Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866–1871

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät der
Kaiser-Wilhelms-Universität

ACAD.
LUGD BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Ernst Götz
aus Darmstadt

Darmstadt 1914
Druck der L. C. Wittich'schen Hofbuchdruckerei

Die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage in den Jahren 1866–1871

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät der
Kaiser-Wilhelms-Universität

vorgelegt von

Ernst Götz
aus Darmstadt

ACAD.
LUGD. BAT.
BIBL.

Darmstadt 1914
Druck der L. C. Wittich'schen Hofbuchdruckerei

Von der Fakultät genehmigt
am 15. November 1913

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit ist als Dissertation bei der philosophischen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg eingereicht worden. Wenn sie nun durch den Druck der Öffentlichkeit übergeben wird, so bitte ich die berufenen Kritiker, möglichst Nachsicht und Milde bei ihrem Urteil walten zu lassen und besonders die Schwierigkeiten, die dieses Arbeitsgebiet selbst für ältere und gereiftere Forscher bietet, ins Auge zu fassen. Sollte es mir gelungen sein, trotz aller natürlichen Hemmnisse der idealen Aufgabe der Geschichtsschreibung ein wenig nahezukommen, nach dem Worte Rankes zu zeigen, „wie es eigentlich gewesen ist", so sage ich allen meinen Lehrern der Geschichte an dieser Stelle herzlichen Dank. Besonders bin ich Herrn Professor Dr. Wiegand für das rege Interesse an meiner Arbeit und die Förderung, die ich von ihm erfahren habe, sehr verbunden. Hoffentlich wird die Kenntnis der wichtigsten Periode der neuesten deutschen Geschichte durch diesen Beitrag in einigen Punkten gemehrt und erweitert werden.

Straßburg i. E., 19. Dezember 1913.

Ernst Götz.

Gliederung der Arbeit.

Seite

I. Einleitung: Gegenstand der Untersuchung und ihr Quellenmaterial . 7

II. Dalwigks Politik bis 1866 11

III. Die Stellung der öffentlichen Meinung Hessens zu den brennenden Fragen in Deutschland 24

IV. Hessische Regierungspolitik vom Prager Frieden bis Juli 1870 . . . 53

V. Hessen und der Casus foederis 71

VI. Der Beitritt Hessens zum Reiche 78

Verzeichnis der benutzten Literatur.

O. Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 1898.
Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1901.
H. Kohl, Wegweiser durch Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.
R. v. Delbrück, Lebenserinnerungen II 1905.
Ernst II., Herzog von Sachsen, Aus meinem Leben III 1889.
H. Baumgarten und Jolly, Staatsminister Jolly 1896.
H. Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. 1898.
R. v. Mohl, Lebenserinnerungen II 1901.
M. v. Poschinger, Kaiser Friedrichs Tagebücher 1901.
R. v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben III 1901.
O. Graf von Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben 1901.
Fr. F. Graf von Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten 1887.
A. v. Suckow, Rückschau 1901.
Moritz Busch, Tagebuchblätter II 1899.
Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten 1909.
Deutsche Revue 1892, 2—4; 1912, 3.
Das Staatsarchiv, Bd. XX, Bd. LVII.
Ludwig Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern 1912.
Alice, Grand-duchess of Hesse, letters to her Majesty the Queen 1897.
W. E. v. Ketteler, Schriften hrsg. von Johann Mumbauer 1911.
Ludw. Bamberger, Gesammelte Schriften 1895—1897.
Pfülf, Bischof von Ketteler 1899.
A. Rapp, Die Württemberger und die nationale Frage 1910.
Ollivier, L'empire libéral.
G. Rothan, L'affaire du Luxembourg 1882.
La vie militaire du général Ducrot 1895.
Erinnerungsblätter an Freiherrn von Dalwigk zu Lichtenfels 1881.
Geschichte der „Frankfurter Zeitung" 1911.
Preußische Jahrbücher 1866—1871.
Grenzboten 1866—1871.
Verhandlungen der I. Kammer der Landstände 1866—1871.
Verhandlungen der II. Kammer der Landstände 1866—1871.
„Kölnische Zeitung" 1866—1871.
„Allgemeine Zeitung" 1866—1871.
„Frankfurter Zeitung" 1870—1871.
„Darmstädter Zeitung" 1866—1871.
„Mainzeitung" 1867—1871.
„Hessische Volksblätter" 1866—1871.
„Wormser Zeitung" 1870—1871.
„Mainzer Journal" 1866—1871.
„Mainzer Abendblatt" 1866—1871.
„Mainzer Anzeiger" 1868—1871.
Ott. Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches 1902.
H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches V. u. VII 1890 u. 1894.
E. Brandenburg, Der Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund 1910.
A. v. Ruville, Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches 1909.
Georg Küntzel, Bismarck und Bayern 1910.
Künzel-Soldan, Das Großherzogtum Hessen, 1893.
Der Preßprozeß Metz-Fendt, ein Beitrag zur Zeitgeschichte 1869.
Oncken, Bennigsen.
H. Friedjung, Österreich 1848—1860.

I. Gegenstand der Untersuchung und ihr Quellenmaterial.

Die nachstehende Untersuchung hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Stellung Hessen-Darmstadts zur deutschen Einigungsfrage für die Jahre 1866 bis 1871 im Zusammenhang zu beleuchten. Berührt ist diese Frage in fast allen neueren Werken über die Gründung des Deutschen Reiches; doch ist sie, da das Eingreifen Hessens in keiner Weise entscheidend oder antreibend gewirkt hat, nirgends näher behandelt worden. Wie alle Darstellungen, die sich mit der Geschichte jener Jahre befassen, leidet auch diese unter dem Umstand, daß die Akten, die allein genügendes Licht auf die Politik der Regierung werfen könnten, noch zum größten Teil in den Ministerien verwahrt gehalten werden, und damit die Aufgabe der Forschung, ein objektives, auf alles erreichbare Quellenmaterial sich stützendes Bild aller Ereignisse zu gewinnen, wesentlich erschwert wird. So kommt es, daß gerade die wesentlichen diplomatischen Vorgänge jener Tage für uns in Dunkel gehüllt sind, und daß manche Darstellung der Gefahr nicht entgeht, auf dem Wege der Vermutung die Lücken auszufüllen, die nun einmal bei der Beschränktheit des Arbeitsmaterials tatsächlich vorhanden sind und vorhanden sein müssen.

Es ist natürlich, daß unter solchen Verhältnissen ein Thema, wie das hier behandelte, eine besondere Art der Bearbeitung verlangt, und daß eine Darstellung der Haltung Hessen-Darmstadts zur Frage der deutschen Einigung in erster Linie die öffentliche Meinung behandeln muß, weil es dieser Faktor im Staatsleben allein ist, der sich uns in einem reichhaltigen Material unverhüllt kundtut. Falsch wäre es indessen, auf die Erörterung des zweiten wesentlichen Faktors, auf die Betrachtung der Regierungspolitik, zu verzichten. In einem kleinen Lande sind die Berührungspunkte unter den einzelnen Trägern des öffentlichen Lebens viel zahlreicher als in großen Staatsgebilden, die Handlungen der Regierung werden häufiger der Öffentlichkeit bekannt, selbst wenn sie ursprünglich geheim gehalten wurden, eine Tatsache, die es im vorliegenden Falle als begründet erscheinen läßt, die Politik der Regierung und die Geschichte der öffentlichen Meinung gemeinsam zu behandeln. Gerade aber bei unserem besonderen Stoffe muß darauf hingewiesen werden, daß uns im Vergleich zu anderen Verhältnissen — man braucht nur an Varnbühler und die württembergische Politik der Jahre 1866 bis 1871 zu denken, — über Dalwigk und die politischen Gesichtspunkte,

denen er in der langen Zeit seiner Amtsführung folgte, gar nicht wenig Quellen zur Verfügung stehen.

Von dem benutzten Material sind außer den bekannten Werken von Delbrück, Hohenlohe, den Briefausgaben in der „Deutschen Revue", die ja jedermann heranziehen muß, der sich über jene Zeit an der Hand der Quellen orientieren will, besonders zu nennen die „Erinnerungsblätter an Freiherrn von Dalwigk zu Lichtenfels", eine von einem alten Diplomaten und unbedingten Anhänger Dalwigks verfaßte Lebensbeschreibung und mitunter zu weitgehende Verteidigung seiner Politik.[1] Neben den Tagebuchblättern von Moritz Busch sind vor allem bedeutungsvoll die Briefe der Prinzessin Alice an die Königin Viktoria, die Schriften des Bischofs Ketteler, die Darstellung seines Lebens von dem Jesuiten Pfülf und die gesammelten Schriften Ludwig Bambergers. Was das vielumstrittene Verhältnis Hessens zu Frankreich anlangt, so kommen hier neben den in der „Deutschen Revue" 1912 veröffentlichten Briefen des Legationsrats Hofmann an Dalwigk die Aufzeichnungen des Generals Ducrot und Olliviers Werk „L'empire libéral" in Frage.

Für die Kenntnis der öffentlichen Meinung sind von allerhöchstem Werte die Kammerberichte der Jahre 1866 bis 1871. Umfassendes Material geben uns ferner neben den Wahlprogrammen die Zeitungen und Zeitschriften. „Der Schwerpunkt der Zeitung liegt in der Berichterstattung, also in der Mitteilung von Tatsachen und der Besprechung von Tages-, längstens Wochenereignissen. — Die Zeitschrift überschaut von vornherein längere Zeiträume; die Tätigkeit der Zeitung voraussetzend und auf ihr fußend, kann sie sich im allgemeinen der Berichterstattung enthalten und sich auf die Hervorhebung besonders wichtiger Tatsachen und die Besprechung besonders bedeutsamer Themen beschränken. Sie nimmt ihren Standpunkt etwas höher und entfernter, sucht Persönlichkeiten als Ganzes zu erfassen, nicht Augenblicksbilder zu geben, sondern Entwicklungen zu zeigen. Zum Wesen der Zeitung gehört der Artikel, das unmittelbare Echo des Ereignisses; zum Wesen der Zeitschrift gehört der Essay, der „Versuch der Lösung" einer höheren, darstellerischen Aufgabe." Diese Charakteristik der Presse, wie sie Hermann Diez in seinem Büchlein über „Das Zeitungswesen" gibt, trifft vollkommen zu auf die Literatur an Zeitungen und Zeitschriften, die wir in unserem Falle zur Verwertung heranziehen können. Aus der großen Masse der im Großherzogtum Hessen erscheinenden Zeitungen, die in weit überwiegender Mehrzahl weiter nichts waren als Amtsverkündigungs- und bloße Berichterstattungsblätter, hoben sich einige wenige hervor, in denen sich das politische Leben widerspiegelte, vor

[1] Wenn man eine Vermutung über den ungenannten Verfasser dieser Schrift aussprechen darf, so wäre es vielleicht Heinrich von Gagern oder Ludwig von Biegeleben.

allem auch deshalb, weil sie täglich erschienen und uns so die Stimmungen und Anschauungen der Öffentlichkeit unmittelbar erkennen lassen. Als einzige oberhessische Zeitung, welche eine politische Tendenz verfolgte und eine etwas weitere als lokale Bedeutung hatte, ist der „Wetterauer Bote" zu nennen, der die Interessen der Fortschrittspartei vertrat. Derselben Richtung gehörten auch an einige in Ingelheim und Alzey erscheinende rheinhessische Provinzblätter und der „Mainzer Anzeiger",[2] ihr Hauptorgan aber war die nach dem Kriege von 1866 gegründete, in Darmstadt erscheinende „Mainzeitung", die vor allem in heftigster Weise den Kampf gegen das Ministerium Dalwigk führte. Ihr geistiger Leiter war der kleindeutsche Politiker August Metz, und viele Artikel dieser Zeitung stammen aus seiner Feder. Wohl über den größten Leserkreis verfügte das „Mainzer Journal" mit seinem Ableger, dem „Mainzer Abendblatt". Bischof Ketteler und sein Domkapitular Dr. Moufang hatten auf dieses Blatt maßgebenden Einfluß und benutzten es zur Verbreitung ihrer katholisch-großdeutschen Ideen. Das Organ der Regierung war die „Darmstädter Zeitung", wohl das für die Kenntnis der ganzen Verhältnisse wichtigste Blatt, ihr verantwortlicher Redakteur war Dr. Wolf, der seine Stellung bis zum Rücktritt Dalwigks innehatte und die öffentliche Meinung geschickt in dessen Sinne bearbeitete. Dem Darmstädter Regierungsblatt stand auch die „Wormser Zeitung" nahe, welche politisch vollkommen farblos war, einen Leitartikel über die schwebenden Tagesfragen nur selten brachte und sich darauf beschränkte, das ein oder zwei Tage vorher in der „Darmstädter Zeitung" Gedruckte ohne jeden Kommentar wörtlich wiederzugeben. Neben diesen Zeitungen hatten die in Darmstadt erscheinenden „Hessischen Volksblätter" einen großen Leserkreis. Sie waren aus der „Hessischen Landeszeitung", die von dem Druckereibesitzer Leske, dessen Teilhaber Groß und August Metz begründet worden war,[3] entstanden und stellten sich nach der Gründung der demokratischen Partei in deren Dienst. Die „Hessischen Volksblätter" verfügten nach 1866 stets über die besten Beziehungen zur Regierung;[4] ihr Redakteur in den Jahren 1868 bis 1870, Herr Georg Gries, war ein fanatischer Gegner Bismarcks und des Norddeutschen Bundes. Ebenfalls demokratisch und dem Kabinett Dalwigk nach dem Jahre 1866 freundlich gesinnt war die äußerst preußenfeindliche

---

[2] Ursprünglich war der „Mainzer Anzeiger" der demokratischen Partei dienstbar, bei den Zollwahlen geriet er unter den Einfluß Bambergers und der Fortschrittspartei. Vgl. hierüber Kap. III.

[3] Vor 1866 übte Metz seine politische Macht nicht zum geringsten durch diese Zeitung aus; deren verantwortlicher Redakteur war Leske, der aber neben Metz kaum Einfluß auf die Zeitung hatte. Auch als Leske von der Redaktion zurücktrat und durch den Redakteur Wittig abgelöst wurde, änderte sich dieser Zustand nicht. Erst das Jahr 1866 brachte hier einen Umschwung.

[4] Sie galten sogar während des Jahres 1866 und zu Anfang 1867 als Organ der Regierung. Vgl. Kap. III.

„Frankfurter Zeitung", die nicht nur für Frankfurt, sondern auch für Hessen von größter Bedeutung war.

Eine hohe Abonnentenzahl hatten die im Großherzogtum Hessen erscheinenden Blätter um jene Zeit nicht. Die „Volksblätter" und das „Mainzer Journal" dürften selbst in dem politisch so lebhaften Jahre 1868 nicht über eine Auflage von viertausend Exemplaren hinausgekommen sein. Die „Mainzeitung" hatte im ersten Jahre ihres Bestehens 1867 etwa zwölfhundert Abonnenten. Die Blätter wurden meist nur am Ort ihres Erscheinens gelesen, nur die „Darmstädter Zeitung" gelangte in jede Gemeinde des Landes, meist durch Vermittlung der Kreisämter und Bürgermeistereien. Neben der von Leopold Sonnemann geleiteten „Frankfurter Zeitung", welche meist auf den Bahnhöfen und in den Lokalen verbreitet war und schon damals eine Zeitung ersten Ranges war, hatte auch die „Kölnische Zeitung" stete Fühlung mit dem Lande und war von Einfluß auf dessen öffentliches Leben. Wenig verbreitet war der dem Norbunde freundlich gesinnte „Schwäbische Merkur", welcher ebenfalls gelegentlich Berichte aus Hessen brachte. Eingehendere Berücksichtigung verdient dagegen die „Augsburger Allgemeine Zeitung", das in ganz Süddeutschland viel gelesene, gut unterrichtete Blatt.

Abgesehen von einer kleinen Mainzer Wochenschrift, den demokratischen „Rheinischen Volksblättern", erschienen keine politischen Zeitschriften von Bedeutung in Hessen. Aber als willkommene Ergänzung des Materials stehen uns verschiedene große außerhessische Zeitschriften zur Verfügung, die mannigfache Beziehungen zu Hessen hatten. Es handelt sich hierbei zunächst um die „Preußischen Jahrbücher", die zwar weniger Korrespondenzen aus Hessen abdruckten, aber wegen ihrer steten Bekämpfung des Ministeriums Dalwigk zu beachten sind. Die gegen Dalwigk gerichteten Artikel dieser Zeitschrift gehen meist auf Heinrich von Treitschke zurück und sind namentlich für das Jahr 1870 von Wert. Korrespondenzen aus Hessen brachten, zum Teil regelmäßig, die Jahrgänge 1866 bis 1871 der „Grenzboten". Bei der Beurteilung des zeitschriftlichen Materials muß man sich vor allem des Umstands erinnern, auf den namentlich auch Heinrich von Treitschke mit Recht hinweist, daß die Kenntnis der Süddeutschen und der süddeutschen Presse über norddeutsche, die der Norddeutschen und der norddeutschen Presse über süddeutsche Vorgänge und Zustände nicht immer eine genaue gewesen ist. Die Korrespondenzen der Grenzboten scheinen nicht immer aus erster Hand zu stammen, die politischen Ereignisse werden deshalb in jener Zeitschrift nicht immer so richtig beurteilt wie in der Tagespresse.[5] Was die Erkenntnis und Feststellung der politischen Er-

[5] Wenn wir zum Beispiel in beiden politischen Zeitschriften den Beschluß der Zweiten Kammer vom 3. Juni 1867 auf Eintritt in den Nordbund falsch aufgefaßt sehen, so erscheint wohl die Annahme berechtigt, daß die Anschauung von der Nordbundfreundlichkeit der hessischen Kammermehrheit von einem mit

eignisse anlangt, so sind hierbei die Zeitschriften eine Quelle sekundärer Natur und treten an Wert hinter den Zeitungen zurück. Für unsre Arbeit liegt ihre Bedeutung in der politischen Tendenz, die sie verfolgen. Mit größerer Ruhe und von höherem Gesichtspunkt als die für das Tagespublikum bestimmte Zeitung fällen sie ihr Urteil und streben nach ihren Zielen.

Aus dieser Fülle von Literatur bietet sich uns nun das Material dar, auf Grund dessen wir versuchen wollen, für die Jahre von 1866 bis 1871 ein Bild, sowohl der Politik Dalwigks und seiner Anhänger als auch der öffentlichen Meinung jener Zeit zu entwerfen.

II. Dalwigks Politik bis 1866.

Von allen Ministern, welche in den Jahren 1870 und 71, während des großen deutschen Einigungskampfes, die deutschen Staaten zu vertreten berufen waren, ist wohl der hessische Minister von Dalwigk zu Lichtenfels[6] derjenige, gegen dessen deutschnationale Gesinnung die meisten Vorwürfe und Einwände seitens der modernen deutschen Geschichtsschreibung erhoben worden sind. Nicht berechtigt scheint bei der Behandlung unseres Stoffes die Frage, ob denn die Stellung eines so kleinen Staates wie Hessen inmitten der großen und ausschlaggebenden Machtfaktoren jener Zeit überhaupt Beachtung und Würdigung verdiene. Wenn auch in engerem Rahmen treten alle die großen und kleinen Strömungen jener Tage mit ihren Absichten und Wirkungen hier in Erscheinung. Der Gegensatz zwischen klein- und großdeutscher Richtung, leise Anklänge an die Zeit des Rheinbundes, das alles sind geschichtlich interessante Tatsachen, denen es sich wohl verlohnt nachzugehen, wo sie sich mit Bismarcks Politik, mit den Notwendigkeiten einer neuen Zeit auseinandersetzen müssen. Hier in Hessen, an der berühmten Mainlinie, machten sich die Gegensätze zwischen Nord und Süd nach dem Kriege von 1866 aufs schärfste geltend, und hier erwuchs auch am ersten der Konflikt zwischen Landessouveränität und Bundesgewalt, ein Vorspiel zu den „Kämpfen um Reichsverfassung und Kaisertum", die für das ganze Deutschland in den Versailler Verhandlungen ihren Austrag fanden.

den hessischen Verhältnissen wenig vertrauten Gewährsmann ausgeht. Die mit den Ereignissen in näherer Berührung stehende „Kölnische Zeitung" gelangte zu der richtigen Meinung, daß in diesem Beschluß durchaus nicht der Ausdruck eines lebhaften Wunsches zum Eintritt oder preußenfreundlicher Gesinnung zu sehen sei. Vgl. Kap. III.

[6] Dalwigk wurde am 14. Dez. 1802 in Darmstadt geboren. Herbst 1818 bestand er an dem dortigen Gymnasium das Abiturientenexamen. Er studierte in Göttingen, Berlin und Gießen. In Berlin stand er namentlich unter dem Einfluß Savignys. 1826 trat er in den hessischen Staatsdienst ein und durchlief dann die üblichen Rangstufen des hessischen Juristen. Vgl. über seinen Lebensgang den Aufsatz von Diehl in der „Allgemeinen deutschen Biographie".

Der Amtsantritt des Ministers Dr. Reinhard Carl Friedrich von Dalwigk zu Lichtenfels fällt in die Zeit der Restitution des Bundestages im Jahre 1850. Auf innerpolitischem Gebiete ist für das Ministerium Dalwigk charakteristisch sein steter Kampf mit den liberalen Majoritäten der Zweiten Kammer. Unterstützung und Anlehnung fand Dalwigk bei dem Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel von Ketteler. Der Einfluß der katholischen Richtung wurde dadurch begünstigt, daß ihr auch die Großherzogin Mathilde von Hessen, eine geborene Prinzessin von Bayern, angehörte.[7] Am Hofe bestand ferner, geführt von dem Freiherrn von Biegeleben und von Rodenstein, eine einflußreiche Partei, die dem Mainzer Bischof günstig gesinnt war. Bischof Ketteler erlangte in der Mainz-Darmstädter Konvention von 1854 bedeutende Zugeständnisse vom Staate. Der Staat verzichtete auf seine Patronatsrechte, seine Mitwirkung bei Besetzung des Bistums, das Aufsichtsrecht über das katholische Vereinswesen und die geistlichen Lehranstalten, hob die katholische Fakultät zu Gießen auf und überließ dem Bischof allein die Heranbildung des Klerus. Dafür zeigte sich der Bischof auch dankbar und bildete in der Folge eine Hauptstütze der Dynastie und der Politik des Ministers.

Dalwigks innere Verwaltung war musterhaft, und er war persönlich beliebt, wo er auch immer in amtlicher Stellung mit dem Volke Fühlung genommen hatte. Als Kreisdirektor von Mainz, wo er bei den verwickelten Verhältnissen dieses Platzes gegenüber dem Bunde und der Mainzer Bürgerschaft auf einem wichtigen Posten stand,[8] gewann er sich eine große persönliche Anhängerschaft, nicht nur in der Stadt, die ihn später zum Ehrenbürger machte, sondern auch in den Landgemeinden. In die Zeit seiner ministeriellen Geschäftsführung fällt in den sechziger Jahren die Gründung der ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften, einer Organisation, die seitdem eine gewaltige Ausdehnung gewonnen hat. Bei der Gründung der Bank für Handel und Industrie, bei der Frankfurter Kapitalisten die Hauptrolle spielten, interessierte er die hessische Regierung für dieses

---

[7] Der persönliche Einfluß Herrn von Kettelers auf die streng katholische Großherzogin, die öfters zur Beichte nach Mainz fuhr, dürfte nicht gering gewesen sein.

[8] Der Posten eines Kreisdirektors von Mainz erforderte viel Takt und diplomatisches Geschick. Der Großherzog von Hessen war seit 1815 Landesherr der Stadt, der Deutsche Bund hatte ein Besatzungsrecht in der „Bundesfestung"; österreichische und preußische Militärbehörden befanden sich in der Stadt, und es war nicht immer leicht, die Schwierigkeiten, die sich öfters zwischen Besatzung und Gemeinderat wegen des Festungsrayons, der Kompetenz der Militärgewalten ergaben, zu schlichten. Dalwigk übte die Verwaltung des Kreises Mainz übrigens während der aufgeregten Jahre 1848 und 1849 aus, in denen von dem nahen Frankfurt her oft genug Bewegung und politische Streitsucht unter die Bürgerschaft getragen wurden.

Unternehmen[9] und wirkte dahin, daß der Hauptsitz der Bank Darmstadt wurde. Unter seiner Verwaltung war Anfang 1866 das Großherzogtum Hessen bei mäßigen Gemeinde- und Staatsumlagen nahe daran, vollkommen schuldenfrei zu werden.

Die größte Regsamkeit entfaltete Dalwigk indessen auf dem Gebiete der äußeren Politik, und hier suchte er neben dem Einfluß seines Heimatlandes den der andern deutschen Mittelstaaten möglichst zu heben. Bis 1856 lebte noch Prinz Emil von Hessen, nach Treitschkes Worten eine „Hauptsäule der hochkonservativen Partei in Südwestdeutschland",[10] der sich noch zu seinem Waffengenossen Napoleon I. hingezogen fühlte und dem Konstitutionalismus ebenso abhold war, wie der Vorherrschaft einer der beiden deutschen Großmächte über die Mittel- und Kleinstaaten. Daß die durch ihn und manche alte Offiziere gegebenen unmittelbaren Zusammenhänge mit der Rheinbundszeit mitunter einen nachhaltigen Einfluß auf die hessische Politik ausübten, ist begreiflich, und die Politik, die das „dritte Deutschland" in dem Jahrzehnt von 1852 bis 1862 unter hervorragender Beteiligung Dalwigks betrieb, zeigt besonders in der letzten Hälfte eine deutliche Hinneigung zu Frankreich.[11]

Auf dem Boden der Wirtschaftspolitik war zu Anfang der fünfziger Jahre der Grund zu einer Koalition der deutschen Mittelstaaten gegen Preußen gelegt worden. Die österreichische Monarchie, des ungarischen Aufstandes Herr geworden, strebte danach, in den Zollverein aufgenommen zu werden und neben Preußen die handelspolitische Führung Deutschlands zu gewinnen.[12] In den folgenden Jahren entwickelte sich nun im Anschluß an jene Absichten Österreichs ein engeres Verhältnis der deutschen Mittelstaaten untereinander. Man stand in den leitenden Kreisen dieser Staaten den Bestrebungen des Habsburgerreiches freundlich gegenüber; vor allen Dingen war es aber das Ziel der föderalistisch gesinnten deutschen

---

[9] Nach seinem Rücktritt von der Leitung der Regierung im Frühjahr 1871 wurde er vom Großherzog zum Staatsbevollmächtigten bei der Bank ernannt, ein Beweis dafür, daß der Landesherr sein kaufmännisches Talent zu schätzen wußte.

[10] Vgl. den Aufsatz von Heinrich von Treitschke „Die Einführung der Verfassung in Hessen"; in Künzel-Soldan „Das Großherzogtum Hessen" p. 324 bis 329.

[11] Es ist hier nicht der Ort, eine längere Darstellung der mittelstaatlichen Politik jener Zeit zu geben, so interessant auch die Aufgabe wäre. Die folgende Darlegung hat sich bestrebt, einen kurzen Überblick über die Entstehung des Würzburger Bündnisses zu bieten und einige Momente hervorzuheben, die uns die Annäherung jenes Bundes an Frankreich erkennen lassen.

[12] Der zweite Band von Heinrich Friedjungs Buch „Österreich 1848 bis 1860", orientiert aufs beste über diese Bestrebungen, die auf den österreichischen Handelsminister Bruck zurückgingen. Das Buch zeigt weiterhin mancherlei Zusammenhänge, die zwischen der Politik des Fürsten Schwarzenberg und den deutschen Mittelstaaten bestanden.

Staatsmänner, dem „dritten Deutschland“ durch engeren Zusammenschluß eine natürliche Bürgschaft für seine Unabhängigkeit von den europäischen Bundesmächten zu schaffen.

In Konferenzen zu Darmstadt, Bamberg und Würzburg nahmen die Leiter der deutschen Mittelstaaten im Laufe der fünfziger Jahre miteinander Fühlung. Besonders die Ergebnisse der Würzburger Konferenzen, welche am 21. November 1859 begannen, sind als die bedeutsamste Kundgebung anzusehen. Neben der wirtschaftlichen erschien ihnen auch gerade nach der Niederlage Österreichs die politische Annäherung um so dringender geboten. Das Programm, das die Würzburger Verbündeten öffentlich bekanntgaben, enthielt vor allem mannigfache Vorschläge zur Verbesserung der Kriegsverfassung. Es nahm ferner die Einheit von Maß, Münze und Gewicht, von Zivil- und Strafrecht und die Begründung eines Bundesgerichts in Aussicht. Nach dem Badener Fürstentag von 1860 kamen die mittelstaatlichen Minister nochmals im August zu Würzburg zusammen und boten Österreich und Preußen den Oberbefehl über das gesamte Bundesheer an, wenn diese beiden Staaten ihre gesamte Streitmacht dem Bunde zur Verfügung stellten. Sei es nun, daß es die Mittelstaaten mit diesen Reformvorschlägen wirklich ehrlich meinten und sich über deren Ablehnung durch Österreich und Preußen gekränkt fühlten, sei es, daß sie ihre Schwenkung an Frankreichs Seite schon im Jahre 1859 vorbereiteten und sie nur vor der Öffentlichkeit und den deutschen Großmächten zu verdecken gedachten, jedenfalls läßt sich für das Frühjahr 1861 nachweisen, daß die „Würzburger Politik“ im geheimen mit einer Umwälzung in Deutschland und einem kriegerischen Angriff Frankreichs rechnete. Nichts charakterisiert besser die Stimmungen und Pläne der „Würzburger“ zu jener Zeit, als eine Denkschrift vom 26. April 1861, deren Verfasser wir nicht kennen, die jedoch dem Herzog Ernst von Koburg vorgelegen hat und uns so die Kenntnis jener Pläne vermittelt.[13]

„Die mittelstaatliche, sogenannte Würzburger Politik bezweckt die Erhaltung und Stärkung der dynastischen Interessen gegenüber den Gefahren einer Beschränkung oder einer völligen Aufhebung durch nationale Institutionen mit preußischer Spitze.“ Weiter schlagen die Eingeweihten vor, den Komplex der Staaten des Deutschen Bundes in sieben Königreiche zu teilen: 1. Österreichische Bundesländer; 2. ein reduziertes Preußen; 3. Bayern; 4. Sachsen;

[13] Herzog Ernst von Koburg: „Aus meinem Leben III p. 120“. Die Tatsache, daß Herzog Ernst diese Denkschrift mitteilt, würde vielleicht noch nicht dazu berechtigen, ihren Inhalt ohne weitere Prüfung als wahr anzunehmen. Indessen hat dieselbe Denkschrift, noch genauer und detaillierter ausgearbeitet, auch Bennigsen vorgelegen, so daß kein Grund vorliegt, Herzog Ernsts Glaubwürdigkeit in diesem Punkte in Zweifel zu ziehen. Vgl. den Inhalt der Denkschrift bei Oncken, Bennigsen I p. 516 ff.

5. Hannover; 6. Württemberg; 7. Hessen.[14] Die „Würzburger" wollen an Macht durch die Einverleibung der kleineren Staaten wachsen und durch gegenseitigen Beistand dem Konstitutionalismus ein Ende machen. „Diese Grundlage", heißt es dann weiter, „kann auf die Gutheißung des Kaisers der Franzosen rechnen. Nur mit seiner Hilfe und bei Gelegenheit eines großen Krieges kann der Plan zur Ausführung reifen." Zur Durchführung der Pläne sei es nötig, das VII., VIII. und IX. Bundesarmeekorps in Süddeutschland zu konzentrieren. Vorbesprechungen, welche die mittelstaatlichen Minister von Beust, von Borries, von Hügel, von Dalwigk und von der Pfordten, also die Vertreter Sachsens, Hannovers, Württembergs, Hessens und Bayerns, am Mittwoch vor Ostern 1861 zu Heidelberg abgehalten hatten, schienen befriedigend ausgefallen zu sein.

Für diese Richtung der Dalwigkschen Politik hatte Bismarck bereits 1853 den Ausdruck „rheinbündische Tendenzen" gebraucht (Anh. zu Bismarcks Gedanken und Er. II p. 134).[15] Um die Annäherung an Frankreich begreiflich zu machen, weist der Verfasser der „Erinnerungen an Freiherrn von Dalwigk zu Lichtenfels" darauf hin, daß Dalwigk nach den Stürmen der Jahre 1848 und 1849 die Geschäfte übernommen hatte, und daß er sich zu Napoleon III. während der fünfziger Jahre vor allem deshalb hingezogen fühlte, weil er in ihm den Besieger der Revolution sah.

Daß dieser Gesichtspunkt bei Dalwigks politischen Handlungen eine Rolle spielte, ist sicher. Im Jahre 1856 vertrat er zum Beispiel als einziger süddeutscher Minister die Auffassung, daß der Bund Preußen in der Neuenburger Frage unterstützen müsse, und er allein war bereit, preußischen Truppen den Durchmarsch nach dem Süden zu gestatten.

Die Hinneigung Dalwigks und der anderen mittelstaatlichen Minister zu Frankreich ist aber vor allem bedingt gewesen durch ihre

[14] Diese Einteilung Deutschlands in sieben Kreise zeigt einen unverkennbaren Zusammenhang mit den großdeutschen Reformplänen, welche zehn Jahre früher im Februar 1850 Fürst Schwarzenberg gehegt hatte. Vgl. darüber Friedjung „Österreich 1848 bis 1860" II, 1 p. 32 ff.

[15] 1853 ist indessen diese Bezeichnung noch nicht für die verantwortliche Politik Hessens berechtigt. Dalwigk war damals noch nicht Napoleon III. zugeneigt. Bismarck dürfte den Ausdruck damals mehr aus Ärger über die widerspenstige Haltung Dalwigks in der Zollfrage und in richtiger Erkenntnis bestimmter Darmstädter Stimmungen, die er während seiner Tätigkeit am Frankfurter Bundestage kennen lernte, gebraucht haben.

Auch bei dem zweiten Hauptführer der „Würzburger", dem König Wilhelm von Württemberg, läßt sich für die Zeit der Zollvereinsschwierigkeiten zu Anfang der fünfziger Jahre noch keine Hinneigung zu Frankreich nachweisen. Seine Briefe aus jener Zeit geben sogar Zeugnis von eifrigen Bemühungen, im Interesse Deutschlands eine Einigung zwischen Österreich und Preußen herbeizuführen. Vgl. Heinrich von Poschinger „Aus der politischen Korrespondenz des Königs Wilhelm I. von Württemberg", D. Revue 1906, 1.

Abneigung gegen Preußen und durch die Besorgnis um die Existenz der zur Zeit des Rheinbundes geschaffenen Staatsgebilde. Man befürchtete, daß die größere Gefahr für die Selbständigkeit des „dritten Deutschland" von Preußen und nicht von Frankreich drohe.[16] König Wilhelm von Württemberg, der neben Dalwigk den Gedanken eines Zusammenschlusses der deutschen Mittelstaaten am regsten förderte, sah einen Sieg Napoleons über die Großstaaten Deutschlands voraus und hielt es für das richtige, sich zu günstiger Zeit dem unzweifelhaften Sieger anzuschließen, der ja seine Selbständigkeit „nicht dauernd alterieren" werde.[17] Dies wird wohl der Grund und die Veranlassung gewesen sein, weshalb Dalwigk und die „Würzburger" bei Frankreich Deckung und Rückhalt suchten. Für Dalwigks gesamte Politik war der Grundsatz, mit allen möglichen und erreichbaren Mitteln gegen Preußen anzukämpfen, und so die drohende Mediatisierung Deutschlands und seiner Heimat abzuwenden, der leitende Gesichtspunkt. Diese politische Richtung hatte schon 1852 zu einer Szene zwischen ihm und dem preußischen Gesandten in Darmstadt und zu vorübergehendem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Hessen geführt. Bei jeder Gelegenheit, in viel höherem Maße als andere Minister, die ihm nahestanden, legte er seine Abneigung gegen Preußen an den Tag und trieb, mitunter völlig vereinzelt, gegen diesen Staat Opposition.[18]

---

[16] Überdies hatte die Neutralität Preußens in dem „deutsch-französischen Kriege" vom Jahre 1859 das Ansehen dieses Staates in Süddeutschland aufs schwerste geschädigt. Man lebte dort allgemein in der Anschauung, daß eine Trennung Preußens und Österreichs den Sieg Frankreichs über jeden dieser beiden Staaten verbürge; die Erfahrungen zu Anfang des XIX. Jahrhunderts wirkten bestimmend auf das politische Denken Süddeutschlands.

[17] Oncken, Bennigsen p. 517 sind vertrauliche Worte des Königs von Württemberg wiedergegeben, die den eigentlichen Zweck des Würzburger Bundes, die Stimmungen und Gedankengänge seiner Gründer aufs treffendste charakterisieren. „Wie gegenwärtig die Dinge in Europa stehen," so motiviert der König seine Abschwenkung an Frankreichs Seite, „habe Napoleon den Sieg in Händen; Rußland werde ihm kein Hindernis in den Weg legen, da es selbst im Innern vollauf zu tun habe. Österreich sei von inneren und äußeren Feinden gleichartig in die Enge getrieben, England wünsche dem Kriege zu entgehen, und deshalb könne Deutschland nicht auf seinen Beistand rechnen. Der Deutsche Bund aber, schon vor dem Kampfe paralysiert, werde ohne Österreich den französischen Waffen, deren Stärke das deutsche Volk unterschätze, nimmermehr gewachsen sein. Daher müsse er, der König, schon aus Klugheitsrücksichten sich gleich jetzt dem unzweifelhaften Sieger anschließen. Er müsse dies aber auch aus einem anderen entscheidenden Grunde tun. Er habe die Wahl zwischen zwei Übeln. Das kleinere drohe ihm von Frankreich, das größere von Preußen. Napoleon werde die Selbständigkeit von Württemberg nicht dauernd alterieren; denn die französischen Heere müßten doch einmal wieder Deutschland verlassen. Dagegen würde es mit der Souveränität des Hauses Württemberg für immer zu Ende sein, wenn er, der König, auf die Aufforderungen Preußens in bezug auf die Verteidigung eingehen wolle."

[18] Als Preußen im Dezember 1857 im Münzverein durchsetzte, daß Papiergeld mit Zwangskurs ohne Silberdeckung nicht ausgegeben werden dürfe, war Dalwigk allein dagegen (Delbrück, Lebenserinnerungen II p. 39, 40). Als

Neben Dalwigk, dem entschiedensten und rücksichtslosesten Vertreter des mittelstaatlichen Partikularismus, waren noch Männer von Einfluß auf die Politik der hessischen Regierung, von denen der eine wegen seiner großen Vergangenheit, die ihn dem Herzen des deutschen Volkes näher gebracht hatte, der andere wegen seiner persönlichen Begabung und seiner Beziehungen zu der Wiener Regierung Beachtung verdient, die Freiherren Heinrich von Gagern und Ludwig von Biegeleben. Robert von Mohl, der nach dem Jahre 1866 badischer Gesandter in Darmstadt war, urteilt nicht besonders günstig über Gagern und seine Tätigkeit in der zweiten hessischen Kammer.[18a] Er stellt ihn dar, als sei er weiter nichts gewesen als eine Kreatur des Ministeriums, und als seine ganze Haltung in politischen und konfessionellen Fragen lediglich durch finanzielle Rücksichten bedingt gewesen. Daß Gagern, wie so viele in Süddeutschland, nach dem österreichisch-französischen Kriege des Jahres 1859 vom kleindeutschen ins großdeutsche Lager übergegangen war, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Aber man wird Mohl entgegenhalten dürfen, daß ein solcher Umschwung der politischen Meinung nicht notwendig einfach finanzielle Gründe haben muß. Gagern vertrat natürlich in seiner Kammertätigkeit wesentlich die Politik der Regierung, wie dies andere hohe Regierungsbeamte auch taten. Man darf ihm aber die Ehrlichkeit und Festigkeit der Überzeugung keineswegs abstreiten. Seine Reden speziell in der Zeit von 1866 bis 1870 sind sicher frei von devotem Servilismus gegenüber der Regierung, aber auch ebenso frei von dem anderen Extrem der steten Rücksichtnahme auf die Stimmung der Masse. Gagern war auch in seinem späteren Lebensalter als Mensch und Politiker von Freund und Gegner gleichermaßen geachtet, und selbst die Führer der sogenannten „Gothaer Partei",[19] Metz und Bamberger, von denen der erstere sich mitunter in wildester Weise als Vertreter des achtundvierziger Radikalismus geberdete, zollten ihm, dem ehemaligen Präsidenten des ersten und glänzendsten deutschen Parlaments, Achtung und Anerkennung. Wieweit Gagern

Preußen den Zwischenzoll auf die Gegenstände erhöhen wollte, deren Einfuhr aus Modena in Österreich begünstigt wurde, traten Januar 1858 alle Vereinsregierungen dieser Auffassung bei, „nur Herr von Dalwigk kann es sich nicht versagen," (Delbrück, Lebenserinnerungen II p. 107) „darauf aufmerksam zu machen, daß Preußen wohl formell im Rechte, sachlich aber gegen Österreich unbillig sei."

[18a] R. v. Mohl, Lebenser. II p. 304 ff.

[19] Die Bezeichnung „Gothaer" bezog sich ursprünglich auf die alte erbkaiserliche Partei des Frankfurter Parlamentes, die am 25. bis 27. Juni 1849 in Gotha tagte. Heinrich von Gagern und sein Bruder Max gehörten ursprünglich selbst zu ihr. Später übertrug sich die Bezeichnung vielfach auf den 1859 gegründeten Nationalverein, dem eine große Zahl der 1848er Kleindeutschen angehörte. Im „engeren Ausschuß" des Nationalvereins saß auch August Metz aus Hessen, der Führer der hessischen Fortschrittspartei. Auf die kleindeutsche Richtung in Hessen wandte auch nach dem Jahre 1866 der größte Teil der hessischen Presse die Bezeichnung „Gothaer" an.

zu Anfang der sechziger Jahre auf die Politik Hessens eingewirkt hat, ist nicht festzustellen. Man wird wohl mit Sicherheit behaupten können, daß die „Würzburger Politik" wesentlich von Dalwigk betrieben und gefördert wurde und daß Gagerns Einfluß in jener Zeit gering gewesen ist.

Das Jahr 1864 bezeichnet einen bedeutsamen Wendepunkt in der hessischen wie überhaupt in der süddeutschen Politik. Einer der wichtigsten Förderer der mittelstaatlichen Pläne, König Wilhelm von Württemberg, starb, und man darf wohl sagen, daß dieses Ereignis hemmend auf die politische Regsamkeit der süddeutschen Höfe und Regierungen wirkte. In eben dasselbe Jahr fällt die Ernennung Heinrichs von Gagern zum hessischen Gesandten in Wien. Die hessische Politik suchte sich mühsam neu zu orientieren, das Akutwerden der schleswig-holsteinischen Frage zwang dazu, das Gebiet der politischen Experimente zu verlassen, in das ruhige Fahrwasser der bestehenden Verhältnisse einzulenken und dem Deutschen Bunde ohne Widerstreben Gefolgschaft zu leisten. Man beabsichtigte in Darmstadt, im Sinne der alten preußenfeindlichen Tradition Politik zu treiben, das 1861 erwartete kriegerische Auftreten Frankreichs war nicht erfolgt, und so trat man an die Seite Österreichs, dem der leitende Minister warme Zuneigung und dessen Kaiser er persönliche Verehrung entgegenbrachte.[20] Die persönlichen Beziehungen zwischen Wien und Darmstadt waren äußerst eng. Erzherzog Albrecht von Österreich war der Schwager des Großherzogs von Hessen, Gagerns Bruder Max nahm in der Wiener Diplomatie eine hohe Stellung ein. Die Hinneigung Heinrichs von Gagern zum Katholizismus, die er in seinen späteren Lebensjahren zeigte, ist wohl auch bedingt durch sein herzliches Verhältnis zu seinem Bruder, der den Übertritt zum Katholizismus längst vollzogen hatte. Maximilian von Gagern war überzeugter Katholik geworden und ist neben dem hessischen Staatsrat Ludwig von Biegeleben unter die Kämpfer zu rechnen, die gegen Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre für weltliche und politische Macht des Papsttums stritten.[21] Ludwig von Biegeleben, eines der hervorragendsten Mitglieder des Frankfurter Bundestags,[22] war ein unbedingter Anhänger Österreichs und

---

[20] In das Tiroler Radetzkyalbum schrieb Dalwigk die Worte:

„Ein Kaiser jung — doch alt im Rat,
Ein Marschall alt — doch jung zur Tat,
Zehn Völker und Ein blühend Reich,
Ein tapferes Heer, dem keines gleich,
Ein Land, so treu wie du Tyrol,
Wer das hat, mit wem tauscht er wohl?"

(Erinnerungsbl. an Frhrn. von Dalwigk p. 109.)

[21] Über Max von Gagern und den Kreis, in dem er sich bewegte, orientiert näher Ludwig Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern, 1912.

[22] Vgl. Robert von Mohl, Lebenserinnerungen II p. 215.

stand durch seinen Bruder Ludwig Maximilian, den einflußreichen Referenten in deutschen Angelegenheiten im Wiener Ministerium, in nahem Zusammenhang mit den Plänen und Absichten dieses Staates. Die österreichischen Sympathien und Überzeugungen der den Brüdern Biegeleben nahestehenden Kreise zu Wien und Darmstadt gaben sich mitunter selbst in poetischen Ergüssen kund,[23] gerade nach der Schlacht von Königgrätz erhofften sie die Wiedergeburt des durch die Mainlinie zerrissenen Deutschland von einem verjüngten Österreich, und ihr Zorn richtete sich aufs heftigste gegen das siegreiche Preußen, das uralte Zusammenhänge mit Waffengewalt gelöst hatte.

Ebenso wie innerhalb der Regierung großdeutsche Gesichtspunkte und Gedanken wirksam waren, so drangen sie auch in das Gewirr des politischen Tageskampfes, und das Denken und Fühlen des hessischen Volkes nahm zu ihnen Stellung. Die großdeutsche Richtung, wie sie am Hofe und der Regierung durch die Freiherren von Biegeleben, von Rodenstein, durch den Justizminister Lindelof und den Staatsrat Franck vertreten war, wirkte auf das öffentliche Leben ein durch die gewaltigen Machtmittel der römischen Kirche, der damals ein Organisator und Politiker sondergleichen erstanden war im Bischof Ketteler von Mainz. Durch die Mainzer Konvention hatte der Bischof eine große Selbständigkeit gegenüber dem Staate gewonnen, zu Dalwigk und dem Hofe stand er in gutem Verhältnis. So konnte er in einem kleinen Lande seine Kraft frei entfalten. Er vermochte die Massen zu beherrschen, die er schon als Persönlichkeit fesselte. Mit ihm mußte gerechnet werden als dem bedeutendsten politischen Faktor im Lande, mit dem sich jede andere Strömung in gutem oder in bösem Sinne abfinden mußte. Während für die Parteibildung in Hessen im allgemeinen die Periode nach dem Kriege von 1866 maßgebend ist, die ja eigentlich die Gründungszeit der großen deutschen politischen Parteien auf moderner Grundlage, weniger beeinflußt durch die Ideen des Jahres 1848 als durch das bestimmende Eingreifen Bismarcks in die Geschicke des deutschen Volkes, geworden ist, kann man sagen, daß allein Bischof Ketteler schon vor 1866 am Mittelrhein einen Heerbann um sich gesammelt hatte. Seine Anhängerschaft war nicht schwankend in bezug auf Zahl und Zuverlässigkeit, wie die der anderen politischen Gruppen, die damals ohne eigentliche Organisation nach mancherlei Gesichtspunkten Politik trieben, sondern die Gläubigen seiner Diözese folgten ihm unbedingt, durch die Schar seiner Geistlichen fest an ihn gekettet.

Für die übrigen Parteien des Landes, deren wir zwei unterscheiden müssen, waren in ihrer Politik weniger große politische Ideale maßgebend, als die Tagesfragen ihres Landes, mitunter sogar nur ihre Wahlbezirke. Die Tage des Jahres 1848, die große begeisternde Ideen unter die Massen geworfen hatten, waren verflossen und hatten

[23] Vgl. in dem Buche von Ludwig Pastor die Gedichte p. 408.

nichts hinterlassen als Enttäuschung und politische Unlust. Auch dem Nationalverein, der im Süden Deutschlands überhaupt weniger Anhang hatte wie im Norden, war es nicht gelungen, das Volk als Ganzes politisch zu interessieren. Freilich einen gewaltigen Agitator besaß der Nationalverein in Süddeutschland, und seine Wirksamkeit war bedeutungsvoll für Hessen, Metz, der 1859 selbst an der Gründung des Vereins mitgewirkt hatte.[24] Er besaß eine begeisternde Kraft der Rede und die Macht, die Massen zu beherrschen. Die hessische Fortschrittspartei, wie damals die Gruppe hieß, welche zum Teil dem Nationalverein geneigt war, aber allerlei Elemente umfaßte, die sich sofort nach dem Kriege von 1866 von ihr loslösten, ist eigentlich seine Gründung, und Metz war ihr eigentlicher Führer, bis ihn Bamberger und Dernburg ablösten. Metz ist als Mensch und als Politiker kein ehrlicher Charakter gewesen, er schlug sich gern auf die Seite, wo er dachte, am besten mit Vorteil eine politische Rolle spielen zu können.[25] Wenn man nun fragt, welches Programm die hessische Fortschrittspartei jener Zeit hatte, so muß man sagen, daß sie vorzugsweise mit zwei Agitationsmitteln arbeitete, erstens, Berufung eines deutschen Parlamentes und zweitens, Entlassung des Ministeriums Dalwigk. Die erste Forderung trat zurück, sobald man in der Kammer darauf angewiesen war, an den Aufgaben des Staates mitzuarbeiten, von desto größerer Bedeutung war aber die zweite, welche eigentlich allein die auseinander strebenden Elemente der Fortschrittspartei zusammenhielt.[26] Kampf gegen Dalwigk und sein Ministerium war die Losung, die Metz bei jeder Gelegenheit ausgab. Eine weitere wichtige Forderung seiner Partei bildete die Aufhebung der Mainzer Konvention, die überhaupt in protestantischen Kreisen aufs dringlichste verlangt wurde.

Gegenüber dieser Fortschrittspartei, die sich teils auf der Grundlage der achtundvierziger Ideen, teils auf dem Boden der inneren Politik zusammenfand und bei verschiedenen Kammerwahlen die Mehrheit der Sitze gewann, sammelten sich zu Anfang der sechziger Jahre die Anhänger des Kabinetts Dalwigk ohne bestimmte Parteibezeichnung. Diese Minderheitsgruppe in der Kammer und im Lande

[24] Über Metz sagt Oncken (Bennigsen I p. 463) . . . . . „ein geborener Volksversammlungsredner, der für den Süden eine ähnliche Stellung einnahm wie Schulze-Delitzsch für den Norden, nur nicht dessen inneren Gehalt besaß, manche meinten auch, er pflege im Süden den Demokraten viel lauter herauszustecken als im Norden. Bennigsens hessische Verwandte wenigstens sahen seine Verbindung mit dem verrufenen Demokraten ungern und unterbreiteten ihm Metzens Schandtaten, über die sie auch persönlich zu klagen hatten, freilich ohne Erfolg."

[25] Siehe später sein Verhalten bei Bewilligung der Kriegskredite gegen Preußen.

[26] Über die Vorgänge, aus denen nach dem Kriege von 1866 neue Parteibildungen erwuchsen, über die Anfänge der demokratischen und der nationalliberalen Partei in Hessen siehe Kap. III.

bestand meist aus Beamten, auch Heinrich von Gagern gehörte ihr an. Ihre Aufgabe suchten diese Abgeordneten darin, neben den Interessen ihres Wahlkreises, mit dem sie meist durch Geburt oder Wohnsitz eng verbunden waren, die Politik des Ministeriums zu verteidigen. Wenn sie auch nach dessen Vorbild dem großdeutschen Standpunkt zuneigten, so beweist ihr Auftreten in der Kammer, daß sie, abgesehen von Gagern nicht die großzügigen Vertreter dieser Richtung waren, sondern, daß sie ihr namentlich deshalb angehörten, weil eben „eine hohe Regierung" großdeutsch gesinnt war. Unter ihnen befanden sich nichtsdestoweniger einige aus voller Überzeugung großdeutsch denkende Politiker, meist mit dem Bischof Ketteler eng verbunden.

Neben dieser Volkskammer, für die sich das Volk gar nicht oder nur in geringem Maße interessierte, stellte die Erste Kammer einen politischen Faktor von hoher Bedeutung dar. Durch seinen begabten und redegewandten Domkapitular Dr. Moufang übte Bischof Ketteler einen großen Einfluß in ihr aus. Neben den vom Landesherrn ernannten Mitgliedern saßen hier die Angehörigen früher reichsunmittelbarer Geschlechter, zum großen Teil, wie die Isenburg und Erbach, durch Jahrhundert alte Traditionen, durch Waffendienst und persönliche Anhänglichkeit an das Haus Österreich gekettet. Mit dieser festgeschlossenen Gruppe der österreichisch und großdeutsch gesinnten Standesherren mußte sich der Minister abfinden und sich mit der Macht auseinandersetzen, die sie schon allein durch ihren großen Grundbesitz in einem verhältnismäßig kleinen Lande bedeuteten. Eine zweite an Einfluß etwas geringere Gruppe, meist oberhessischer Adeligen, wie die Riedesel und Dalwigk, waren, seitdem die Dynastie über das Land herrschte, mit ihr verbunden und vor allem dem Großherzog persönlich ergeben. Sie standen in naher verwandtschaftlicher Beziehung zu dem kurhessischen Adel und eben diese Kreise waren es auch, die die verläßlichste, lange Zeit die einzige Stütze des Kurfürsten von Hessen gebildet hatten. Sie bekleideten seit Jahrhunderten in Kassel und Darmstadt die höheren Hofämter und stellten einen großen Teil des Offizierkorps.

Die erste größere politische Bewegung seit dem Jahre 1848, die, ohne einer bestimmten politischen Partei dienstbar zu sein oder von ihr auszugehen, das Volk aufrüttelte, besonders auf dem linken Rheinufer, wo seit den Tagen der Mainzer Klubisten die größte politische Regsamkeit herrschte, fällt in das Jahr 1866. Wenn auch schon das Jahr 1864 die Massen wieder in den Bann der deutschen Idee gezogen hatte, so waren doch die Befürchtungen, die man bei Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Preußen gerade in der Rheingegend hatte, besonders geeignet, politisches Interesse zu erwecken, weil man persönlich in Mitleidenschaft gezogen zu werden schien. Es war im Landtage wie im Lande nur eine Stimme der Entrüstung über das Vorgehen Bismarcks. Die deutschen Patrioten

vermuteten ein Zusammengehen Preußens und Frankreichs gegen Österreich und befürchteten den Verlust des linken Rheinufers. Es bildete sich in der bayrischen Pfalz im Jahre 1866 ein geschäftsführender Ausschuß, der sich gegen die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich aussprach. In Bingen tagte am 23. Mai 1866 eine von diesem Ausschuß einberufene Versammlung, in der als Hauptredner die Mainzer Dumont und Görz und der Alzeyer Advokat Finger auftraten. Am 3. Juni versammelten sich fünftausend Männer aus Rheinhessen zu Ober-Ingelheim und faßten einen Beschluß, in dem sie sich aufs schärfste gegen Bismarck wandten. Hierbei sprach Metz die Worte: „Nie und nimmermehr kann von einer preußischen Spitze in Deutschland die Rede sein.“ Und im Ritsertschen Saale zu Darmstadt erklärte Metz, als der Krieg ausgebrochen: „Gott sei Dank, daß Herr von Dalwigk bisher handelte wie ein ehrlicher Deutscher; er wird auch fernerhin als mutiger Minister handeln, und damit er auch Mut bekomme und sich nicht fürchte vor den Verrätern, die ihm und unserem verehrten Großherzoge Angst machen wollen, deshalb treten wir zusammen und erklären: Wir stehen hinter dir, wenn du ehrlich und mutig wie bisher für Schleswig-Holstein, für das gute deutsche Recht der Herzogtümer einstehst.“ Am 17. Juni 1866 sprach sich eine Versammlung in Mainz gegen Bismarcks Politik und gegen die Lostrennung des linken Rheinufers von Deutschland aus, am 19. Juni bildete sich ein Komitee im Anschluß an den Pfälzer Ausschuß in Worms. Kurz und gut, das Volk billigte allgemein die Stellung des Bundes und damit Dalwigks gegenüber Preußen. Vor allem auch war es Metz, Mitglied des Nationalvereins und bis 1866 Hauptvertreter der kleindeutschen Richtung innerhalb seiner Partei und der Kammer, der gegen Bismarcks Politik eiferte. Wenn man sieht, wie dieser Agitator in der Öffentlichkeit auf Dalwigks Seite trat, so erscheint es verwunderlich, daß die Mehrheit der Fortschrittspartei, durch Metz, der das Referat übernommen hatte, bewogen, in der Kammer die Vorlage der Regierung über die Bewilligung der nötigen Kriegskredite zu Fall brachte. In der oben erwähnten Ingelheimer Versammlung und in seinem Kammerreferat vom 12. Juli 1866 vertrat er die Anschauung, daß man dem Ministerium Dalwigk wegen seiner innerpolitischen Stellung nicht die Mittel zum Kriege bewilligen könne,[27] demselben Ministerium, dem er öffentlich Unterstützung zusicherte. Um sein zweideutiges Verhalten zu verschleiern, stellte er in der Agitation einen ebenso harmlosen wie populären Plan in den Vordergrund, nämlich den einer allgemeinen deutschen Volksbewaffnung gegen Bismarck. Diese unklare Haltung des beliebten Volksredners wird verständlich, wenn man bedenkt, daß man zu Anfang des Krieges nicht wissen konnte, ob der kriegerische Erfolg Öster-

[27] Er machte mit seinem Kammerreferat den übelsten Eindruck bei den preußischen Mitgliedern des Nationalvereins. Oncken, Bennigsen I p. 746.

reich oder Preußen zufallen werde. Metz meinte, daß Österreich siegreich sein werde und gedachte die Segel bei günstiger Zeit nach dem Winde zu richten.[28]

In eben jener Kammersitzung vom 12. Juli gab auch Dalwigk eine bedeutsame Erklärung, die als Ausdruck des von ihm vertretenen mittelstaatlichen Gesichtspunktes aufzufassen ist. Veranlaßt durch den regierungsfreundlichen Abgeordneten Wernher, sprach er die Worte: „Ich wollte nur in Bezug auf die Rede des Herrn Abgeordneten Wernher bemerken, daß ich mit seinen Wünschen in Bezug auf die Fortexistenz von Preußen und dessen Bedeutung und Stellung in Deutschland vollständig einverstanden bin, und daß eine Einmischung der Mittelstaaten in diesen bedauerlichen Krieg wesentlich den Erfolg haben wird, daß eine Zerreißung Preußens nicht stattfindet. Der Zweck des Kampfes kann keineswegs der sein, Preußen in seiner berechtigten Stellung in Deutschland zu schwächen, wie Österreich als solchem Unterstützung zu gewähren." Klar und deutlich hatte Dalwigk in diesen Worten ausgesprochen, daß er es auch nicht begrüßen werde, wenn das Ergebnis des Kampfes ein allzu starkes Übergewicht Österreichs über die deutschen Mittelstaaten sein werde.

Die kriegerischen Ereignisse zu Anfang des Juli 1866 kamen der „mittelstaatlichen Politik" in ganz Deutschland völlig unerwartet. Die kaiserliche Armee, die man als der preußischen überlegen angesehen hatte, war bei Königgrätz vernichtend geschlagen worden. Der Gedanke an eine Vorherrschaft Österreichs in Deutschland war der Verwirklichung ferner als je; der Traum eines Siebzigmillionenreiches, die Hoffnungen und Pläne der Großdeutschen, das alles war durch die Wucht der Tatsachen in das Reich der Utopie verwiesen worden. Preußens Siege erweckten im Lager der Kleindeutschen hellen Jubel, weil die Hoffnung berechtigt schien, daß die Lösung der deutschen Frage nun in ihrem Sinne erfolgen werde. Die Leiter der deutschen Mittelstaaten aber sahen mit Besorgnis die unbestrittene, überragende Stellung der norddeutschen Großmacht. Für die Integrität ihrer Gebiete und ihre politische Selbständigkeit war die größte Gefahr erwachsen, der Feldzug, den die Truppen des VII. und VIII. Bundesarmeekorps ohne militärische Begeisterung und in stetem Hader der einzelnen Kontingentsführer untereinander führten, verlief ebenso erfolglos und bedeutend unrühmlicher wie der der österreichischen Armee in Böhmen. Von Beginn des Krieges an hatte der Kriegführung der süddeutschen Staaten jede Neigung zu einem großzügigen Unternehmen gefehlt.[29] Auch während des Feldzuges

[28] Oncken, Bennigsen I p. 691.

[29] Die zwischen dem 10. und 14. Juni beratene und beschlossene Übereinkunft zwischen Henikstein, dem österreichischen und von der Tann, dem bayrischen Generalstabschef, hatte bestimmt, daß die Truppen des VII. und auch Teile des VIII. Bundesarmeekorps sich in Böhmen, dem unzweifelhaften Hauptkriegsschauplatz, mit den Österreichern und Sachsen vereinigen sollten, damit dann

am Main scheiterte jeder strategische Plan, ein Unstern schwebte über den kriegerischen Leistungen der Bundesarmee, die der gegnerischen preußischen mehr als doppelt überlegen war. Sie wurde denn auch in einer Reihe von Gefechten, bei denen das eine Kontingent meist das andere ohne Unterstützung ließ, geschlagen. Die hessische Division, die einzige des VIII. Bundesarmeekorps, welche sich zu Anfang des Krieges sofort in kriegsmäßigem Zustand befand, wurde bei Laufach am 13. Juli von Teilen der preußischen Division Göben unter starken Verlusten zurückgeschlagen, ihre fernere Tätigkeit im Verlauf des Feldzuges war nicht sehr erheblich, das Übergewicht der preußischen Waffen und Führung zeigte sich auch auf diesem Kriegsschauplatz deutlich. Dalwigk und die anderen süddeutschen Minister konnten nicht mehr auf einen Erfolg der Waffen gegen Preußen hoffen, sie mußten sehen, wie es ihnen bei den diplomatischen Verhandlungen, die zwischen Österreich und Preußen am 23. Juli zu Nikolsburg begannen, am besten gelingen würde, ohne größere Einbuße an Gebiet oder Unabhängigkeit aus der mißlichen Lage zu kommen, in der sie sich jetzt befanden.[30] Am 30. Juli kam auch Dalwigk in Nikolsburg an, wo er nun versuchte, sich im Interesse seines Staates Gehör und Geltung zu verschaffen.

III. Die Stellung der öffentlichen Meinung Hessens zu den brennenden Fragen in Deutschland.

Von zwei Mächten erhoffte Dalwigk Schutz für die territoriale und politische Unversehrtheit seines Landes, von Frankreich und von Rußland. In Preußens Absicht lag es ursprünglich, die ganze Provinz Oberhessen, welche von nassauischem und kurhessischem Gebiet umschlossen war, zu annektieren. Frankreich willigte ein, daß Preußen die Veränderungen des Besitzstandes im Norden der Mainlinie ungehindert vollziehen könne, wenn nur der Süden Deutschlands in staatlicher Hinsicht vom Norden gesondert bliebe. Napoleon dachte um Mitte Juli 1866 den Großherzog von Hessen für den Verlust des nördlichen Gebietsteiles durch die bayrische Pfalz zu entschädigen und äußerte sich auch in diesem Sinne am 22. Juli zu dem preußischen Gesandten in Paris, von der Goltz.[31] Auch Bismarck stand dieser Absicht nicht ablehnend gegenüber, besonders fiel auf preußischer

Benedek mit gewaltiger Übermacht im Norden Böhmens die Offensive ergreifen könne. Die bayrische Regierung verweigerte indessen den Abmarsch ihrer Truppen nach Böhmen, weil sie für die Deckung ihres eigenen Gebietes besorgt war.

[30] Die Haltung Hessens während der Friedensverhandlungen, die wesentlich durch die in den nächsten Jahren so wichtige Frage des Eintritts in den Nordbund bestimmt wird, findet sich Kap. III.

[31] Vgl. Heinrich von Sybel V p. 290.

Seite die Stimmung des Kaisers von Rußland ins Gewicht, der eine größere Schädigung seiner hessischen Verwandten nicht gerne sah.[32] Zu einem kriegerischen Eingreifen in Deutschland war Napoleon in jenem Zeitpunkt nicht geneigt. Gegen Ende Juli gab er seine Zustimmung zu einem von Drouyn de Lhuys entworfenen Plane, wonach die 1815 an deutsche Staaten abgetretenen Gebietsteile links des Rheins wieder mit Frankreich vereinigt werden sollten. Die französische Politik wurde indessen durch den Widerstand Bismarcks bewogen, von der Durchführung dieser Absicht, welche nur um den Preis eines Krieges möglich gewesen wäre, abzustehen.

Der Großherzog von Hessen und sein Kabinett waren unmittelbar nach den preußischen Siegen der Ansicht gewesen, daß ein Gebietsverlust möglichst zu vermeiden sei. Man zeigte sich im Laufe der Verhandlungen bereit, mit dem ganzen Staatsgebiete in den geplanten norddeutschen Bund einzutreten, wenn nur die Bedingungen des Friedensschlusses erträglich seien. Die von Frankreich vorgeschlagene Entschädigung für Oberhessen war dem Großherzog vor allen Dingen deshalb nicht genehm, weil sie auf Kosten eines Bundesgenossen erfolgen sollte.[33] Preußen milderte schließlich die Friedensbedingungen dahin, daß Hessen für Oberhessen dem Norddeutschen Bund beitreten solle. Ein Brief des Kaisers Alexander an König Wilhelm vom 12. August hatte dieses Nachgeben veranlaßt. Noch Anfang August, als Bismarck den Südstaaten, besonders Bayern, bei den Verhandlungen zu Berlin mit größeren Gebietsverlusten drohte, versuchte indessen Dalwigk, trotzdem gerade für Hessen leichtere Bedingungen in Aussicht standen, den Kaiser der Franzosen zum Marsch an das linke Rheinufer zu bewegen, aber ohne Erfolg.[34]

Am 3. September 1866 unterzeichnete Dalwigk den endgültigen Friedensvertrag. Hessen mußte in die Abtretung der kaum erworbenen Landgrafschaft Homburg und in die Zahlung von drei Millionen Gulden Kriegsentschädigung willigen. Diese Bedingungen waren nicht hart, schwer empfand man dagegen den Verlust der oberhessischen Kreise Biedenkopf und Vöhl, des sogenannten Hinterlandes, in denen sich Domanialforsten und Güter im Werte von sechs Millionen Gulden befanden.[35] Eine hochwichtige Bestimmung des Friedensvertrages war ferner die, daß die ganze Thurn- und Taxissche Postprovinz Hessen, die über hundert Postanstalten faßte

[32] Der Kaiser von Rußland war der Schwager des Großherzogs von Hessen.

[33] Vgl. La vie militaire du général Ducrot II p. 280.

[34] Vgl. H. v. Sybel V p. 390.

[35] Diese Abtretung spielte in der Folge für die Stellung Hessens zum Nordbund eine Rolle. Vgl. Kap. IV.

und deren Besitz wegen der wichtigen rechts- und linksrheinischen Postverbindungen von großer Bedeutung war, an Preußen fiel.[36]

Die sonderbare Stellung Hessens zum Norddeutschen Bunde, dem es einerseits als Mitglied angehörte, andererseits als unabhängiger Staat gegenüberstand, dieser Zustand der doppelten Existenz eines kleinen Staates, verlangte, wenn man nicht den Weg gehen wollte, nur eine lockere Union zwischen dem nord- und dem südmainischen Landesteil herzustellen, unbedingt Beseitigung. Dies konnte aber nur geschehen durch Aufgabe der isolierten Stellung des Hauptgebietes südlich des Maines oder durch die Auflösung des Gefüges des Nordbundes, bei der auch Oberhessen gleich den übrigen Teilen des Großherzogtums eine „unabhängige internationale Existenz" gewinnen konnte. Was die Mainlinie für ganz Deutschland war, das war sie in noch höherem Maße für Hessen, eine Zerreißung alter Zusammengehörigkeit und Einheit. Der Prager Friede bestimmte die Politik aller deutschen Minister und im Kampfe für oder gegen die Grundsätze, die in seinem Artikel IV enthalten waren, begannen sich in Nord und Süd politische Gesinnungsgenossen zu regen und Parteien zu bilden. Neben der württembergischen Volkspartei entstanden in Deutschland im Jahre 1867 die nationalliberale Partei, die in leidenschaftlichster Weise für die Einigung Deutschlands und gegen den Inhalt des Artikels IV des Prager Friedens kämpfte, in Bayern 1868 die Patriotenpartei, die entschiedene Vertreterin des Gedankens der Unabhängigkeit der Mittelstaaten. Wie nun in Hessen unter besonderen lokalen Verhältnissen diese allgemein deutschen Parteibildungen sich äußerten, welche Gruppen sich durch bestimmte politische Grundsätze voneinander unterschieden und wie sie entstanden, soll zunächst hier untersucht werden.

Schon die Stellung der Fortschrittspartei zur Bewilligung der Kredite für den Krieg gegen Preußen, die Tatsache, daß die Mehrheit ihrer Mitglieder sich in einer so wichtigen Angelegenheit dem zweideutigen Verhalten des Referenten Metz angeschlossen hatte, zeigte, daß diese politische Gruppe, die in einer so kritischen Lage ihre Anhänger nicht für ein entschiedenes Ja oder Nein sammeln konnte, des eigentlichen inneren Haltes entbehrte. Der Ruf nach einer allgemeinen Volksbewaffnung gegen Bismarck, eine doktrinäre Forderung des achtundvierziger Radikalismus, hatte schon in der Kammer nicht mehr sämtliche Angehörige der alten Fortschrittspartei bei der Fahne halten können; denn einige Abgeordnete, deren demokratische Gesinnung über allen Zweifel erhaben war, hatten unter Führung des Mainzers Dumont für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt. Auch das Agitationsmittel, mit welchem Metz im Juni 1866

[36] Diese Schilderung der Lage Hessen-Darmstadts nach Abschluß des Friedens beruht teils auf der Sybelschen Darstellung (Begr. des Deutschen Reiches V p. 388 ff.), teils sucht sie dieselbe zu ergänzen.

gearbeitet hatte, ein allgemeines deutsches Parlament zu berufen, hatte nur in Rheinhessen gewirkt, aber auch hier in manchen, vorwiegend katholischen Bezirken nicht. Nach dem Kriege von 1866 zerfiel die alte Fortschrittspartei völlig, und es trug auch nicht zur Hebung ihres Ansehens bei, daß Metz sich jetzt wieder seiner kleindeutschen Ideen, die er beim Herannahen des Krieges abgelegt hatte, erinnerte. Er fing öffentlich zu behaupten an, er und der größere Teil seiner politischen Freunde seien im Juni 1866 gegen den Krieg mit Preußen gewesen und hätten für Neutralität des Landes gestimmt.

Von der Fortschrittspartei löste sich der linke Flügel los, der zunächst nur eine kleine Schar von Mitgliedern ausmachte, sich aber allmählich zu einem mächtigen Faktor des öffentlichen Lebens entwickelte. Weniger bedeutungsvoll hinsichtlich der Zahl der Kammersitze, die sie gewannen, als durch das Ansehen und den Einfluß ihrer Presse, waren die Demokraten, wie sie sich nannten, doch diejenige Partei, welche neben den Fortschrittlern die beste Aussicht besaß, in den breiten Massen des Volkes Anklang zu gewinnen. Bei der Bildung dieser politischen Gruppe bestehen gewisse Zusammenhänge zwischen Hessen und Württemberg. Von diesem Lande geht sogar die eigentliche Veranlassung dazu aus, daß die „Volkspartei" nach dem Kriege auch am Rheine Wurzel faßte. Ein Anfang zu einer Organisation der radikalen Elemente der Fortschrittspartei war schon im Jahre 1865 in einer Versammlung zu Darmstadt gemacht worden, der aber weitere Ergebnisse zunächst nicht gehabt hatte. Ein wesentliches förderndes Moment kam diesen Bestrebungen zu Hilfe durch die Beteiligung der „Frankfurter Zeitung".

Zu Pfingsten 1866 fand, von Sonnemann und Kalb, ihren Redakteuren mitberufen, eine Versammlung von Demokraten aus Nassau, Hessen und Frankfurt im Frankfurter Zirkus statt, deren Zweck ein Protest des deutschen Volkes gegen Bismarcks Politik sein sollte. Nach dem Einmarsch der Preußen in Frankfurt war die Zeitung genötigt, ihren Sitz nach Stuttgart zu verlegen, wo sie unter dem Namen „Neue deutsche Zeitung" bis Ende 1866 erschien. Dieser vorübergehende Aufenthalt in Stuttgart war von hoher Bedeutung für die Entwicklung des süddeutschen Parteilebens; denn hier traten die Redakteure Sonnemann und Kalb in persönliche Beziehungen zu den Häuptern der schwäbischen Demokratie, zu Moritz Mohl, ihrer volkswirtschaftlichen Autorität, zu Julius Haußmann und Karl Mayer, dem Redakteur des Stuttgarter „Beobachter". Am 13. Januar 1867 schrieb Moritz Mohl an Sonnemann, der die Zeitung unter dem alten Namen wieder nach Frankfurt verlegt hatte: „Die würdige Haltung und der seltene Takt, worin Sie unter den schwierigsten Verhältnissen Ihren Grundsätzen in der „Frankfurter Zeitung" getreu zu bleiben wissen, muß Ihnen die Hochachtung jedes Ehrenmannes in Deutschland, wie seither jederzeit, so auch künftig ver-

doppelt erwerben."[37] In Versammlungen zu Frankfurt und Mainz nahmen die Demokraten des ganzen mittelrheinischen Gebietes miteinander Fühlung; ihre Organisation vollendeten sie in einer Mainzer Versammlung vom 11. August 1867, wo sie als ihre Hauptaufgabe die Bekämpfung der „Gothaischen Klique", also der kleindeutschen Richtung, bezeichneten und sich den Namen beilegten „Demokraten aus Hessen, Nassau und Frankfurt". Neben Sonnemann standen an ihrer Spitze die Mainzer Bürger Dumont und Öchsner, die der Fortschrittspartei, welcher sie früher angehört hatten, den Rücken gewandt hatten. Die Demokraten verlangten in erster Linie Förderung der Freiheitsbestrebungen. Sie wurzelten in jenen Ideen, welchen zur Zeit der Metternichschen Reaktion König Wilhelm von Württemberg durch das 1820 von dem Publizisten Lindner geschriebene „Manuskript aus Süddeutschland" den Weg in den Gedankenkreis des süddeutschen Volkes eröffnet hatte. Die deutsche Trias, der Gedanke der förderativen Einigung der süddeutschen Verfassungsstaaten, schien den Demokraten das erstrebenswerte Ziel, umfassende Rechte des Volkes und der Parlamente bildete ihre zweite Grundforderung.[38] Wenn diese Bestrebungen nun auch in der Rheingegend Wurzel schlugen, so winkte ihnen vor allem in Mainz, wo seit der französischen Revolution immer eine Schar doktrinärer Demokraten und Republikaner eine Rolle spielte, ein günstiger Boden. In dieser Partei aber , — das beweist das Verhalten des „Beobachters", der bedeutendsten schwäbischen Tageszeitung, in den Jahren 1866 bis 1870 — gab es auch Sympathien für Frankreich,[39] also eine Richtung der Gesinnung, die derjenigen verwandt war, welche Dalwigk, freilich zu ganz anderen Zwecken, bei der Politik der „Würzburger Zeit" beeinflußt hatte. So verschieden die politischen Grundanschauungen

[37] Gesch. der „Frankfurter Zeitung", p. 166.

[38] Die allgemein bekannte erste Auflage von Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen" 1831 enthält eine Gegenüberstellung Österreichs mit Preußen und äußert in diesem Zusammenhang eine hohe Auffassung von Preußens nationaler Mission. Rapp (Die Württemberger und die nationale Frage 1863 bis 1871 p. 23) hat indessen in der zweiten Auflage von 1832 einen Umschwung von Pfizers Meinung in einem Preußen mißgünstigen Sinne feststellen können. Es sind hier Gedanken ausgesprochen, die einerseits an das „Manuskript aus Süddeutschland" erinnern, andererseits in den Anschauungen der Demokraten der sechziger Jahre wiederkehren. In der zweiten Auflage verlangt Pfizers Friedrich die „Vereinigung im Geiste der förderativen Entwicklung' und zwar zunächst die engere „Vereinigung der konstitutionellen deutschen Staaten unter einem gemeinschaftlichen Panier", der eigentlich „deutschen Bundesstaaten" gegenüber den europäischen Bundesmächten Preußen und Österreich. In dieser dritten Ländermasse der rein deutschen Staaten liegt die bessere politische Zukunft. Sie brauchen auch ein Bündnis mit Frankreich nicht zu scheuen, wofern dieses hilft gegen die reaktionären Großstaaten das wahrhaft deutsche Interesse zu vertreten.

[39] Über die Stellung der „Volkspartei" bei einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen, insbesondere des „Beobachter" und der „Demokratischen Korrespondenz", vgl. ebenfalls Rapp p. 245, 312 ff.

des hessischen Ministers von denen der Demokraten waren, der Gegensatz gegen Preußen, das nach dem Kriege übermächtig geworden schien, einigte die einander innerlich fremden Richtungen, die hessischen Regierungsmitglieder mit den Radikalen, zu gemeinsamem Widerstand gegen Bismarck, der ihnen gleichmäßig Feind war. Besonders gegen die Partei, die Bismarck und Preußen freundlich gesinnt war, schienen Dalwigk die Demokraten zum Kampfe geeignet, und sie durften in der Folge auf seine Unterstützung rechnen, wie sie auch ihm seine öffentliche und geheime Politik durch ihr Verhalten gegen die neue Fortschrittspartei erleichterten.

Diese war auf der Grundlage der alten Kammermehrheit erwachsen, auch bei ihrer Bildung lassen sich, wenn auch in minderem Maße, gewisse Beziehungen zu Württemberg feststellen, die vor allem durch den Mitbegründer des Nationalvereins August Metz vermittelt wurden. Schon am 3. Februar 1861 hatte Metz im Verein mit den Stuttgartern Adolf Geiger und Karl Pfeifer einer Landesversammlung württembergischer Liberaler den Beschluß abgewonnen, man empfehle den Beitritt zum Nationalverein. Wenn auch dieser Beschluß einen größeren Erfolg zunächst nicht hatte, so war doch die Verbindung zwischen den Kleindeutschen der beiden Länder angebahnt, und sie wurden noch enger durch die Übersiedelung des bedeutenden Publizisten David Friedrich Strauß von Stuttgart nach Darmstadt. Schon 1848 war Strauß der Meinung gewesen, daß Deutschland zuerst nach der Einheit trachten müsse, die freiheitliche Entwicklung werde dann schon von selbst kommen. Nach 1866 bezeichnete er die süddeutsche Politik als schlecht und immer auf der unrechten Seite stehend[40] und wirkte seiner deutsch-nationalen Gesinnung gemäß für den Eintritt des Südens in den Nordbund. Wenn auch Strauß dem Getriebe des Parteilebens fernstand, und die wesentlichen Arbeiten, die er schuf, dem Gebiete der theologisch-philosophischen Wissenschaft angehören, so ging dennoch sein Geist nicht über die so wichtigen Fragen der politischen Welt hinweg, er äußerte seinen Standpunkt, wenn er es für nötig hielt, und griff öfters schriftstellerisch in den Kampf der Meinungen ein.[41]

Die hessische Fortschrittspartei begann, durch Metz' agitatorisches und organisatorisches Talent geleitet, in enger Anlehnung an die übrigen Gesinnungsgenossen in Deutschland, vor allem an Bennigsen und die Gründer des Nationalvereins, ungehemmt von lästigem Anhang den Kampf für das kleindeutsche Prinzip. Nach dem Kriege von 1866 ward sie unterstützt durch die Wucht der Tatsachen und das Sehnen weiter Kreise des Volkes nach Einheit des deutschen Vaterlandes und des hessischen Staates, der mit seiner doppelten Existenz

[40] Rapp, Die Württemberger, p. 179.

[41] Besonders im Herbst 1870. Vgl. darüber Rapp p. 406, 420, 451. Seinen kleindeutschen Standpunkt vertrat er meist in der „Allgemeinen Zeitung".

ein widersinniges Gebilde schien. Neben Metz, der trotz seiner zweideutigen Politik vor dem Kriege links des Rheins eine feste Anhängerschaft besaß, wirkte auch von Nassau her in der Person Karl Brauns ein Mann auf das Land ein, dessen politisches Auftreten der Sache der neuen Fortschrittspartei viel nützte. Am 3. August 1867 fand, durch bayrische Initiative veranlaßt, die erste Vertrauensmännerversammlung der kleindeutschen nationalen und liberalen Parteien Süddeutschlands zu Stuttgart statt, wo neben zwanzig Württembergern, unter ihnen Römer und Hölder, achtzehn Bayern und sieben Badensern auch fünf Hessen unter der Führung von Metz und Bamberger anwesend waren.[42] Der letztere, der lange Jahre fern von seiner Heimat in Paris geweilt hatte, war Ende des Jahres 1866 nach seiner Vaterstadt Mainz zurückgekehrt und hatte sich neben Metz schnell eine maßgebende Stellung in der Partei errungen. Als festgeschlossene, wenn auch noch schwache Parteigruppe hatten die hessischen Fortschrittler schon Ende 1866 einen schweren Wahlkampf zu bestehen. Unter Anspannung aller Kräfte hatten sie einen Sturmlauf gegen das Kabinett Dalwigk versucht und dabei einen schweren Mißerfolg erlitten.

Ehe wir aber zur Betrachtung dieses Landtagswahlkampfes vom November 1866 übergehen, ist es nötig, einen Blick auf die Elemente zu werfen, auf die sich Dalwigk gegenüber seinen Gegnern in der inneren Politik hauptsächlich stützte. Neben den Demokraten, deren Zusammenschluß gegenüber den Gothaern Dalwigk aufs wärmste begrüßte, war die Minderheit der sofort nach dem Kriege von 1866 aufgelösten Zweiten Kammer seine natürliche Bundesgenossin. Als deren öffentliche Organisatoren und Leiter traten auf Oberforstrat Baur, der Darmstädter Advokat Hallwachs und der Gießener Provinzialdirektor Goldmann, der sich im Juli und August 1866 geweigert hatte, die okkupierte Provinz Oberhessen im Namen des Königs von Preußen zu verwalten und deshalb auf einige Monate nach der Festung Wesel gebracht worden war. Hinter ihnen versteckten sich die eigentlichen Leiter der Parteigruppe, Mitglieder des Ministeriums, die der Kammer als Abgeordnete angehörten. Zu der straffen organisatorischen Geschlossenheit der anderen Parteien gelangten diese Liberal-Konservativen wie sie sich nannten, niemals, sie verfügten aber im Vergleich zu ihnen über wesentlich wirksamere Agitationsmittel. Als Anhängerschaft des Ministeriums stand ihnen der gesamte Verwaltungs- und Regierungsapparat zu Gebote, um ihre Kandidaten durchzubringen.

Bei einigen Mitgliedern dieser liberal-konservativen Partei, namentlich bei denjenigen, welche dem Mainzer Bischof nahestanden, oder unter seinem Einfluß gewählt waren, muß man unbedingt, ebenso wie bei den Demokraten, eine entschiedene und fanatische

[42] „Allgemeine Zeitung" 1867, Nr. 219.

Anhängerschaft an den großdeutschen Gedanken, ein warmes Gefühl für Österreich als die Grundlage ihrer gesamten politischen Anschauung voraussetzen. Die eigentlichen Führer jener Regierungsgruppe waren der katholisch-politischen Richtung, die von Mainz ausging, zugeneigt oder ergeben. Daß Heinrich von Gagern und Freiherr von Biegeleben die eigentlichen Leiter waren, welche die Masse der Regierungsanhänger in ihren Handlungen bestimmten, das geht daraus hervor, daß sie bei jeder wichtigeren Gelegenheit hervortraten, diejenigen, die in der Öffentlichkeit als die Führer der Partei galten, in den Hintergrund drängten, und daß die Partei sich gewöhnlich in ihrem Sinne entschied. Bei Biegeleben und Gagern waren indessen nicht nur großdeutsche Gesichtspunkte maßgebend. Wohl hatten sie beide am 28. Oktober 1863 zu Frankfurt an der Gründung des meist aus mittelstaatlichen Regierungsmännern und katholischen Edelleuten aus Bayern bestehenden großdeutschen Reformvereins teilgenommen, aber sie waren beide praktische Politiker genug, um nach dem Kriege von 1866 wenigstens zu versuchen, sich mit der neugeschaffenen Lage auseinanderzusetzen. Wenn man seit der Ernennung Gagerns zum hessischen Gesandten in Wien einen größeren Einfluß dieses Mannes auf die hessische Politik voraussetzen darf, so wurde dieser Faktor noch bedeutsamer nach der Vollendung der Neugestaltung Deutschlands durch den Prager Frieden und der Gründung des Norddeutschen Bundes. Gagern gelang es aber niemals, die hessische Politik ganz in seinem Sinne zu leiten.[43] Biegeleben, der ebenso wie Gagern prinzipiell großdeutsch gesinnt war, hatte zusammen mit seinem Gesinnungsgenossen wohl die Notwendigkeit erkannt, den durch den Krieg geschaffenen Tatsachen Rechnung zu tragen. Wenn ihnen der Eintritt des gesamten Großherzogtums Hessen in den Nordbund, also der Verzicht auf ihr großdeutsches Ideal, annehmbar gemacht werden sollte, so mußte vor allem das Übergewicht des preußischen Staates gegenüber den kleineren Verbündeten beseitigt werden. Der preußische Landtag sollte beseitigt werden, der Schwerpunkt der preußischen Gesetzgebung in die Einzellandtage verlegt werden. Nur wenn die preußischen Provinziallandtage die Stellung aller deutschen Parlamente einnehmen würden, sei eine gedeihliche Entwicklung Deutschlands in föderativem Sinne möglich. Diesen Ideen, welche Gagern aus seinen kleindeutschen Erinnerungen des Jahres 1848 hervorholte, trat zur Seite seine Forderung auf Schaffung eines Oberhauses, in dem die deutschen Fürsten Ersatz für die an den Bund abzutretenden Rechte finden sollten, und in dem auch die Herrscherhäuser der annektierten Gebiete Vertretung finden sollten.

[43] Die Stellung Heinrichs von Gagern innerhalb der Regierung und seine Mitwirkung bei der Politik Dalwigks wird bei der Betrachtung der Politik der Regierung in den Jahren 1866 bis 1870 im nächsten Kapitel berücksichtigt werden. Hier ist nur der Ort, seine politischen Ideen zu entwickeln, weil diese von höchstem Einfluß auf das politische Leben im Lande waren.

Die Auflösung des alten hessischen Landtages zeitigte im Herbst 1866 einen erbitterten Wahlkampf, bei dem diese eben in der Bildung begriffenen Parteigruppen sich gegenübertraten. Dalwigk hatte die Parole ausgegeben: „Hessisch oder preußisch", die angesichts der Annexionen eine große Zugkraft besaß.[44] Die Wahlen gingen nach Wunsch des Ministeriums aus. Von achtundvierzig Abgeordnetensitzen konnte die Fortschrittspartei nur dreizehn gewinnen, den Liberal-Konservativen fielen zweiunddreißig zu, und die Demokraten, deren einziges, zunächst noch schwieriges Agitationsgebiet Rheinhessen war, gewannen drei Sitze, darunter die wichtige Vertretung von Mainz. In Oberhessen und Starkenburg, dem rechtsrheinischen Teile Südhessens, siegten in der Hauptsache die Liberal-Konservativen, in Rheinhessen die Fortschrittspartei, der nur die Demokraten drei Sitze entrissen. Einige fähige Männer, Metz, Dernburg und Bamberger, wurden dort gewählt.

Was nun die Kundgebungen betrifft, die auf den Ausfall der Wahl von Einfluß waren, so ist hier zunächst zu nennen ein Aufruf von sechsundzwanzig Abgeordneten der alten fortschrittlichen Kammermehrheit, die am 8. August 1866 in Darmstadt tagten. „Eine Trennung Deutschlands nach der Mainlinie", heißt es darin, „entspricht nicht dem Bedürfnis und Streben, schafft nicht den wahren Frieden, nicht Einheit in Gesetzen und Staatseinrichtungen, die Trennung würde vielmehr Macht und Ansehen nach außen beeinträchtigen, die Wege für fremden Einfluß offen lassen, den Grund legen zu neuen inneren Kämpfen."[45] Daneben aber wirkte das Auftreten Bambergers auf den Ausfall der rheinhessischen Wahlen mit ein. Am 27. November 1866 erließ er von Paris aus ein Wahlmanifest an die Wähler Rheinhessens.[46] Es beginnt mit den Worten: „Die Wahl der Abgeordneten für die hessische Kammer hat dieses Mal eine Bedeutung, welche weit über die Grenzen des Landes hinausreicht. Sie kann von unabsehbarer Folge für das gesamte Deutschland sein. In der entscheidungsschwangeren Wichtigkeit solchen Momentes schöpft ein altes Mitglied der demokratischen Partei den Mut, auf den Wunsch einiger Gleichgesinnten nach langjähriger Trennung in den vorbereitenden Kampf der Meinungen miteinzutreten." Er gibt

[44] Die „Hessische Landeszeitung", die späteren „Volksblätter", damals noch neben der „Darmstädter Zeitung" Organ der hessischen Regierung, nannte in ihren Artikeln die hessische Fortschrittspartei die annexionistische oder preußische Partei. Am 4. November 1866 schrieben sie: „In Wahrheit handelt es sich um fanatische Anschließerei an den nördlichen Militär- und Junkerstaat, der sich fußfällig darum bitten läßt, noch ein paar Mäuslein in die Arena hereinzulassen und auch mit diesen das Katzenspiel eines Parlamentes zu treiben. Was den hessischen Wahlmännern angesonnen wird, ist, so viel an ihnen liegt, die Preisgebung jeder Selbständigkeit, die Einpferchung des gesamten außerösterreichischen Deutschlands in eine schwarz-weiße Kaserne."

[45] Beilage zur „Allg. Zeitung", 1866, Nr. 224.

[46] „Grenzboten", 1866, IV., p. 429 ff.

dann einen historischen Rückblick über den Schaden der kleinen Dynastien für Deutschland und betrachtet dann die durch den Krieg von 1866 geschaffene Lage: „Auf der einen Seite steht ein deutscher Bund, dessen erstes Erwachen die drei unverbesserlichen Regentenhäuser in Deutschland gestürzt, dreißig Millionen Landsleute in einen Bund vereinigt hat; ein Bund, der, wenn wir uns nicht starrsinnig unserm eigenen Wachstum widersetzen, in Bälde das ganze Deutschland umfassen muß.

Was aber steht auf der anderen Seite? Etwas unendlich Schwächeres, Unvollkommenes. Geringeres, als selbst der vielgeschmähte deutsche Bund je gewesen. Drei bis vier kleine Staaten ohne jeden gesetzlichen oder übereinkunftsmäßigen Zusammenhang, ohne die Kraft, welche zu selbständiger Entwicklung unentbehrlich ist und ohne jeden Anfang künftiger Verschmelzung." Dann wendet er sich gegen die Bestrebungen, einen Südbund herbeizuführen. Man dürfe nicht gegen den Nordbund einwenden, daß Preußen nicht „frei genug" sei. Die hessische Verfassung sei nicht viel besser als die preußische, da der Schwerpunkt in beiden Ländern bei der Ersten Kammer liege. Die Herren Fürst von Ysenburg und Baron von Riedesel seien genau so wenig Demokraten, wie die Mitglieder des preußischen Herrenhauses. „Wer uns heute nicht mit faßlichen Worten, sondern nur mit allgemeinen Beteuerungen nachweisen kann, wieso er der Freiheit eine Gasse machen wolle, der störe und verwirre uns nicht in dem großen elementaren Werk der eben zu gründenden Einheit." . . . „Die Einheit ist aber keine Narretei! Sie ist das Dasein, das Wesen, das Fundament eines Volkes, das Zusammenwirken seiner Kräfte und der Strom seines Lebens, das Ineinandergreifen seiner Glieder und das Zusammenfließen seiner Säfte." . . . „Seit fünfzig Jahren war Deutschland lahm. Kein Glied folgte dem andern, kein Wille galt für die Glieder. Und jetzt, da endlich drei Vierteile der Nation in die Möglichkeit gebracht worden sind, bald einen Willen und bald eine Kraft zu haben, jetzt sollen wir uns mit dem letzten lahmen Arm wehren, daß nicht die Einheit zum Ziele gedeihe." Dann bekämpft er den Einwand, daß es männlicher Bürger unwürdig sei, den Eintritt in einen Bund zu begehren, der gar nicht Verlangen nach ihnen trage. Das Volk Norddeutschlands verlange genau so sehnlich, wie das des Südens nach der Einigung. „Hört man diese sonderbündlerischen Hessen so stolz von ihrer Würde und Selbständigkeit reden, so sollte man doch wirklich glauben, es sei die Feder des Herrn von Dalwigk oder das Schwert des Prinzen Alexander, welches die Preußen am Main zum Stehen gebracht." Einen Staat, der wie Hessen nur dem Eingreifen Rußlands, also einer fremden Macht, seine Selbständigkeit verdanke, könne man nicht frei und selbständig nennen.

„In Deutschland", fährt er fort, „gibt es heuer nur eine Macht und diese eine Macht ist Preußen. . . . Preußen ist berufen, Deutsch-

land in sich zu einigen, wie Piemont dazu berufen war für Italien. Die Republikaner könnten ihr Staatsideal gegen den Widerstand Preußens nirgends in Deutschland verwirklichen . . . das Schicksal Deutschlands ist tausendfach festgeschmiedet an das Schicksal Preußens, ob's uns gefalle oder nicht. Wollt ihr frei werden, so helft Preußen frei machen." Er schließt mit den Worten: „Denkt Ihr aber anders, seht Ihr, daß es mit diesen Lehren genug war, und daß es Zeit ist, für die Einheit Deutschlands zu stimmen, gleichviel unter welcher Fahne, fällt Eure Wahl auf solche Männer, welche zur Verschmelzung mit dem Norddeutschen Bund drängen, dann gebt Ihr vielleicht den Ausschlag für das große Werk, um welches Deutschland seit einem halben Jahrhundert vergeblich gerungen hat, . . . dann ist die Einigung Deutschlands um ein Großes näher gerückt, dann hat das einige Deutschland keine andere Aufgabe mehr, als sich frei zu machen, dann streitet Ihr nicht für die letzten Reste einer unseligen Vergangenheit, sondern für den höchsten Preis einer großen Zukunft."

Die Niederlage der Fortschrittspartei, auf deren Seite soviel warme und ehrliche Begeisterung wirkte, war nicht nur veranlaßt durch die Machtmittel der Regierung, welche im Sinne der liberal-konservativen Partei arbeiteten oder dadurch, daß weite Kreise der Bevölkerung der Metzschen Politik mit Mißtrauen gegenüberstanden. Der Hauptgrund für die Niederlage der Fortschrittspartei lag in der äußerst abgeneigten Stimmung der Bevölkerung gegen Preußen. Die Parole „Hessisch oder preußisch" erfüllte ihren Zweck vollkommen, und das hessische Volk stellte Dalwigk eine sichere Kammermehrheit zur Verfügung, die seine Politik unterstützte.[47] Man war trotz aller Opposition gegen Dalwigks innere Politik, wo er sich an die Seite des Bischofs von Mainz stellte,[48] entschlossen, ihn gegenüber Preußen nicht zu verlassen. „Die Fortschrittspartei", schreibt ein dieser Partei nahestehender Einsender in einer Zuschrift an die „Allgemeine Zeitung", „welche stets für die preußische Spitze wirkte, ist bei den Wahlen nur deshalb unterlegen, weil ihr Programm lautete: ‚Entfernung des Ministeriums Dalwigk, Anschluß an den Norddeutschen Bund'".[49]

Die erste Frage von größerer Wichtigkeit, mit der sich die neugewählte Kammer, in der die bedeutendsten Parteiführer sämtlich wiederkehrten, nach ihrem Zusammentritt beschäftigte, war die des Eintritts Hessens in den Nordbund. Metz war es, der diese Forde-

[47] In der Augsburger „Allg. Zeitung", 1866, Nr. 220, schreibt ein Einsender aus Hessen: „Tatsächlich ist zunächst zu konstatieren, daß unser Volk, der Mittel- und namentlich der Bauernstand, dem eine wirkliche Einsicht in die notwendigen Folgen der veränderten Sachlage nicht innewohnt, mit wahrhaft rührender Treue an dem durch die Gewalt der Waffen überwundenen Standpunkt festhält. In diesen Kreisen lebt noch zurzeit nur ein Gefühl, das der tiefsten, wie man glauben könnte, unversöhnlichen Entrüstung gegen Preußen, das all den Jammer und das Elend dieser Tage verschuldet hat . . ."

[48] Man bekämpfte vor allem die Mainzer Konvention. Vgl. Kap. II.

[49] Beilage zur „Allg. Zeitung", 1866, Nr. 346, p. 5702.

rung, die ja schon im Wahlkampf eine Rolle gespielt hatte, am 24. Januar 1867 in die Erörterung brachte. Die Fortschrittspartei stellte durch den Abgeordneten George den Antrag auf Eintritt in den Norddeutschen Bund, die Kammer stimmte aber nicht darüber ab, sondern legte ihn einfach ad acta. Bei der Debatte, die über diesen Antrag entstand, gab sich zwar eine allgemeine Stimmung kund, daß es besser sei, die Schwierigkeiten, die aus dem merkwürdigen Verhältnis Oberhessens zum größeren Teile des Landes erwuchsen, durch völligen Eintritt in den Nordbund zu beheben. Selbst Dumont, der später den Anschluß aufs heftigste bekämpfte, war dafür, wenn genügender Schutz gegen den „preußischen Militärdespotismus" vorhanden sei. In der Mehrheit aber war die Kammer der Meinung des Freiherrn von Gagern, der den Anschluß an den Norddeutschen Bund nur gutheißen wollte „unter der Bedingung der Wahrung der inneren Selbständigkeit und der bundesstaatlichen Entwicklung Deutschlands". Er schien also der Ansicht zu sein, daß die „bundesstaatliche Entwicklung" in dem Norddeutschen Bunde nicht genügend gesichert sei. Der Schwerpunkt seiner Rede lag aber in der Forderung, daß einem Eintritt der Südstaaten in den Nordbund eine Verständigung der süddeutschen Regierungen untereinander vorhergehen müsse.[50] Dalwigk äußerte sich zu den Anregungen in der Kammer gar nicht, und es vergingen einige Monate, bis die Sache wieder zur Sprache gelangte. Die Kammer beschäftigte sich zunächst mit anderen Fragen. Am 12. Februar 1867 stimmte die Erste Kammer dem Friedensvertrage mit Preußen zu, nachdem einige Tage vorher die Zweite Kammer ihre nach der Verfassung notwendige, durch die Macht der Tatsachen erzwungene Zustimmung erteilt hatte.

Zum zweitenmal hatte die Volksstimmung Gelegenheit, in Parlamentswahlen ihren Ausdruck zu finden im Frühjahr 1867 bei den Wahlen zum ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes. Oberhessen, der Teil des Landes, der allein berechtigt war, an diesen Wahlen teilzunehmen, sandte drei Abgeordnete in das Parlament. Der eine, Graf Solms-Laubach, war Mitglied der Ersten Kammer; er war konservativer Gesinnung und begehrte den Eintritt ganz Hessens nicht etwa deshalb, weil er Bismarck und dem Norddeutschen Bunde besonders freundlich gesinnt war. Gerade aus Liebe zu dem Lande Hessen, mit dem sein altes, früher reichsunmittelbares Geschlecht von altersher verwachsen war, hielt er den Eintritt seiner ganzen Heimat für aufschiebbar, aber eines Tages doch im Interesse der Staatseinheit für unumgänglich. Der zweite, Herr Wendel aus Butzbach, nahm überhaupt keine entschiedene Stellung ein und übte sein Mandat nie-

[50] Gagerns Auftreten in der Kammer verdient besonders auch deshalb Beachtung, weil dadurch die Stellung der Regierung zu den brennenden politischen Fragen charakterisiert wird. Die Behandlung der Regierungspolitik im nächsten Kapitel wird auch die diplomatische Tätigkeit Gagerns, die besonders während des Jahres 1867 von Bedeutung ist, zu schildern versuchen.

mals aus, der dritte endlich, Freiherr von Nordeck zu Rabenau, Angehöriger eines alten hessischen Adelsgeschlechtes und warmer Anhänger der Dynastie, stand dem Nordbund günstig gegenüber und tat auch im Reichstag Schritte, den Eintritt des gesamten Großherzogtums herbeizuführen. Freiherr von Rabenau näherte sich im Reichstag der altliberalen Partei. Er war von dem Berufe Hessens, für die Einheit Deutschlands zu wirken, überzeugt und brachte zusammen mit dem Grafen Solms die Diskussion über den Anschluß Südhessens an den Nordbund wieder in Fluß, zunächst durch eine Interpellation vom 9. März 1867. Bismarck gab zur Antwort, daß Hessen sich mit Österreich und Bayern ins Benehmen setzen solle. Darauf erklärte Legationsrat Hofmann, daß Hessen den Anschluß von der Auslegung des Prager Friedens durch Österreich abhängig mache. Selbst im Falle, daß Österreich zustimme, würde aber trotzdem die Eintrittsfrage eingehende Prüfung verdienen, weil das Land dadurch große Lasten übernehmen würde. Die mannigfachen Äußerungen Hofmanns über die Stellung Hessens zum Nordbunde wurden meist veranlaßt durch das Auftreten des Abgeordneten von Rabenau, der sich durch momentane Mißerfolge oder Verzögerungen keineswegs abschrecken ließ, sein Ziel beharrlich weiter zu verfolgen.[51] Eine zweite Erklärung Hofmanns vom 21. März 1867 im Norddeutschen Reichstag zeugt auf den ersten Blick nicht von Abneigung gegen den Nordbund. Er sagte, man solle die föderativen Grundlagen des Bundes nicht vernichten; denn hierin liege der Keim zum Anschluß Süddeutschlands.[52]

Auch in Hessen selbst setzte die Agitation für den Eintritt in den Nordbund wieder ein, und zwar faßten die Offenbacher Fortschrittler am 4. Mai 1867 eine Resolution auf Eintritt in den Norddeutschen Bund. Auch die Zweite Kammer äußerte sich plötzlich in diesem Sinne. Am 3. Juni 1867 entschied sie sich für den Anschluß an Norddeutschland, und zwar nicht auf Grund des fortschrittlichen Antrags vom Januar, sondern auf Antrag des liberal-konservativen Abgeordneten Goldmann, der ausdrücklich die Worte einfügte „unter Wahrung unserer inneren Selbständigkeit". Sehr merkwürdig ist die Tat-

[51] Am 13. März 1867 sprach er im Reichstag die Worte: „Wir werden die Pioniere sein, die Norddeutschland über den Main tragen. Wir sind bereit, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber meine Herren, nichts, was darüber hinaus ist, diese Richtung wollen und werden wir im Interesse unserer Dynastie und unserer Eigenart wahren."

[52] Diese Erklärungen des hessischen Regierungsvertreters, welche die Meinung erwecken müssen, daß die leitenden Persönlichkeiten Hessens um diese Zeit den Eintritt des ganzen Landes in den Nordbund in ernstliche Erwägungen gezogen hätten, bedürfen eines Vergleiches mit Dalwigks politischen Plänen im Laufe des Jahres 1867, besonders während der Luxemburger Frage. Dalwigks Besprechungen mit französischen Diplomaten geben einen deutlichen Fingerzeig für den eigentlichen Grund jener Stellung der hessischen Regierung, wie sie Hofmann, veranlaßt durch den Freiherrn von Rabenau, kundtat. Vgl. Kap. IV.

sache, daß ein großer Teil der Regierungsmehrheit, die ja Dalwigk unbedingt ergeben war und ihre Wahl seiner Unterstützung verdankte, sich Goldmann anschloß und zusammen mit den fortschrittlichen Abgeordneten eine Mehrheit für den Antrag zusammenbrachte. Die Auffassung, daß die Nordbundsfreundlichkeit dieser Liberal-Konservativen aufrichtig gewesen wäre, ist sicher falsch; der Teil der Liberal-Konservativen, der den Antrag stellte, hatte sogar in der Begründung genügend seinen Widerwillen gegen Preußen Rechnung getragen, jedenfalls um den anderen Mehrheitsmitgliedern die Sache annehmbar zu machen. Man könne, so meinten die neuen Freunde des Nordbundes, wenn man in den Bund eintrete, zusammen mit den Mittel- und Kleinstaaten Norddeutschlands eine Gegenpartei gegen Preußen im Bundesrate bilden, die sich durch den Zutritt der anderen Südstaaten noch verstärken werde.[53]

Das Verhalten der Kammermehrheit läßt sich aber noch unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß die internationale Spannung, welche durch den Luxemburger Konflikt veranlaßt war, von Einfluß auf die Stellung der Kammer gewesen sei. Halboffiziöse preußische Blätter, wie die mitunter von Bismarck beeinflußte „Kölnische Zeitung", faßten den Beschluß als ein Produkt der Angst und Besorgnis für die Integrität des Landes auf. Am 2. Dezember 1867 erklärte die „Kölnische Zeitung" den Antrag durch das Bedürfnis nach dem mächtigen militärischen Schutze Preußens.[54] In jener Sitzung vom 3. Juni 1867 gab die Regierung noch keine bestimmte Erklärung darüber ab, wie sie sich zu dem Eintritt in den Nordbund verhalte, ebenso wie ja auch aus den oben erwähnten Erklärungen des Bundesratsgesandten Hofmann noch keine Klarheit über ihre Absichten zu gewinnen ist. Erst als der Antrag nach der Klärung der Luxemburger Frage am 17. Juni 1867 in die Erste Kammer gelangt war, gab Dalwigk die unzweideutige Erklärung ab, daß er auf Grund des Prager Friedens den Eintritt des ganzen Großherzogtums in den Norddeutschen Bund nicht für möglich halte, auch Graf Beust, der

[53] Zweite Kammer, 3. Juni 1867.

[54] Der Artikel ist von Berlin datiert und beschäftigt sich im allgemeinen mit der preußenfeindlichen Haltung der hessischen Regierung, die sich vor allem wieder bei den letzten Landtagswahlen gezeigt habe. Die Stellung Hessens, wo Dalwigk die Parole: „Hessisch oder preußisch" ausgegeben habe, stehe im Gegensatz zu der nordbundfreundlichen Haltung Badens. Die Stelle über den Beschluß der Zweiten Kammer lautet folgendermaßen: „ . . . wünscht die Mehrheit der Bevölkerung den Eintritt; es fehlen ihr jedoch die Mittel, diesen Wunsch mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, da sich das Ministerium unter Benutzung der damaligen Abspannung und Konfusion und unter dem Beistand der radikal-partikularistischen Presse von Frankfurt bei den Wahlen vom Herbst 1866 eine unbedingt ergebene Kammermajorität gesichert hat, die sich zwar auch einmal für den Eintritt ausgesprochen hat, jedoch nur als die Luxemburger Frage drohend am Himmel stand und die Angst in maßgebenden Kreisen dominierte. In einem solchen Falle der unmittelbaren Gefahr wird selbst die Regierung plötzliche Eintrittsgelüste verspüren."

österreichische Reichskanzler, teile diese Auffassung. Man würde Preußen nur Unannehmlichkeiten bereiten. Die Erste Kammer verwarf den Antrag unter den schärfsten Ausdrücken der Abneigung, und der Wunsch der fortschrittlichen Minderheit, in den Nordbund einzutreten, fand in der ganzen Zeit bis 1870 keine Mehrheit mehr im Landtag. Ein förmlicher Antrag auf Eintritt wurde auch in der Folge nicht mehr gestellt.[55]

Sofort nach der Erklärung des hessischen Ministers in der Ersten Kammer stellte Freiherr von Rabenau im Reichstag an den Bundeskanzler die Anfrage, wie es sich damit verhalte, daß nach Dalwigks Behauptung Preußen durch den Eintritt der südlichen Teile des Großherzogtums Unannehmlichkeiten bereitet würden.[56] Bismarck nannte diese Äußerung Dalwigks eine unbegründete; dieser Einwand fiel also weg. Aber trotzdem regte sich kaum eine Stimme, die auf den Widerspruch zwischen Dalwigks und Bismarcks Erklärungen hinwies. Außerhalb des Lagers der Fortschrittspartei wurde die Frage des Eintritts in den Nordbund nicht mehr angeschnitten. Es bildete sich sogar bei der Zunahme der finanziellen Lasten des Landes, die infolge des Verhältnisses zum Norddeutschen Bund, insbesondere der Militärkonvention, welche die Friedenspräsenz der hessischen Truppen bedeutend erhöht hatte, immer mehr wuchsen, eine immer schärfere Stimmung gegen Preußen, die von einem Eintritt in den Nordbund überhaupt nichts wissen wollte.

Der von dem Finanzministerium überreichte Nachtrag zum Finanzgesetz für die Finanzperiode 1867/68 brachte die Mitteilung, daß die Mittel der Hauptstaatskasse nicht ausreichten, um die Mehrbedürfnisse des Militäraufwandes zu bestreiten, so daß von der Staatsschuldentilgungskasse 100 000 Gulden entliehen werden mußten. Für das Jahr 1868 bezifferten sich die Mehrkosten für das Militär und die Militäranstalten auf ungefähr 1 245 000 Gulden. Als Beitrag des Großherzogtums für die zum Norddeutschen Bund gehörigen Landesteile zur Bestreitung der Bundesausgaben waren im Jahre 1868 127 000 Gulden in Anschlag gebracht worden.[57] Auf 1 472 000 Gulden war nach diesem Nachtrag zum Finanzgesetz die Summe veranschlagt, welche die Regierung brauchte, um das nötige Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Nur für 400 000 Gulden erhoffte man aus den Mehreinnahmen des Jahres 1868 Deckung, das Defizit betrug also 1 072 000 Gulden. Die Abtretung des Hinterlandes an Preußen, der Kreise Biedenkopf und

[55] Über den scheinbaren Gegensatz zwischen dem Verhalten Dalwigks und der Kammer im Juni 1867 siehe später.

[56] Nordd. Reichstag 24. Juni 1867.

[57] Das Großherzogtum Hessen brachte die Beiträge Oberhessens zu den Ausgaben des Norddeutschen Bundes nicht aus Oberhessen allein auf, sondern stellte dieser Provinz die nötigen Gelder aus Landesmitteln zur Verfügung.

Vöhl, hatte dem Staate eine beträchtliche Summe von Domanialeinkünften entzogen und seine Finanzkraft wesentlich geschwächt.

Daß sich unter solchen Verhältnissen die Abneigung der Bevölkerung gegen den Nordbund in weiten Kreisen erhielt, und daß sie vor allem durch die Agitation der demokratischen Partei, die neben der „Frankfurter Zeitung" in den Darmstädter „Hessischen Volksblättern" eine vorzügliche Vertreterin ihrer Anschauungen gewonnen hatte, genährt wurde, ist verständlich.[58] Während des Krieges von 1866 und einige Monate danach standen die „Volksblätter" neben der „Darmstädter Zeitung" der Regierung nahe; auch nach ihrem Übergang in den Besitz der demokratischen Partei zeigten sie sich über die Politik der Regierung gut unterrichtet, und diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß sie von außerhessischen Blättern noch in den Jahren 1868 und 1869 als „Organ des Herrn von Dalwigk" bezeichnet wurden.[59] Während des Jahres 1867 war ferner ein wichtiges Glied der demokratischen Presse der „Mainzer Anzeiger". Dieses Blatt wirkte ursprünglich im Sinne der alten Mainzer Lokaldemokratie. Nach der Spaltung der alten Fortschrittspartei in Volkspartei und neue Fortschrittspartei vertrat es in seinen Leitartikeln meist den Standpunkt der ersteren, schwenkte aber allmählich ins Lager der Gegner über.[60] Bei den Zollwahlen öffnete es seinen Sprechsaal der Kandidatur Bamberger und machte so die Leitartikel, welche für die Kandidatur Dumont geschrieben waren, unwirksam.[61]

Die Parteien hatten zum drittenmal Gelegenheit, die Wirkung ihrer Programme und die Zugkraft ihrer Agitationsmittel zu erproben, als im Frühjahr 1868 die allgemeinen Wahlen zum ersten deutschen Zollparlament stattfanden. Die oberhessischen Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Jahre 1867 hatten noch unter einer großen Indifferenz der Bevölkerung zu leiden gehabt, die an dem politischen Leben des Norddeutschen Bundes wenig oder gar keinen Anteil nahm. In der Stadt Gießen, wo im August 1866 in weiten Kreisen der Bevölkerung eine annexionsfreundliche Stimmung geherrscht hatte, und wo man ein regeres politisches Interesse als in den Landbezirken voraussetzen darf, hatten von 1500 Stimmberechtigten nur 108 und von diesen 107 zugunsten des Freiherrn von Rabenau von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. In dem nördlich vom Main gelegenen rheinhessischen Orte Kostheim hatten von 350 Wahlberechtigten sogar nur 6 gewählt. Wenn nun auch für die südhessischen Wahlen zum Zollparlament die mangelhafte Beteiligung der Wählerschaft charakteristisch ist, die stellenweise hinter der bei den Landtagswahlen vom Herbst 1866 weit zurückblieb, so läßt

[58] Vgl. Kap. I.

[59] Zum Beispiel sogar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 4. März 1868.

[60] Vgl. Kap. I.

[61] Über die „Mainzeitung" vgl. Kap. I.

sich doch eine allgemeine Steigerung des politischen Interesses, namentlich links des Rheins, wo sich zwei auf volkstümlichem Boden beruhende Parteien, die Demokraten und die Fortschrittler, miteinander maßen, nicht verkennen. In den rechtsrheinischen Kreisen enthielten sich die extremen Feinde des Nordbundes, Ultrakonservative, Klerikale und Demokraten, vielfach der Agitation und forderten ihre Anhänger zur Wahlenthaltung auf. Der Hauptkampf spielte sich hier ab zwischen der liberal-konservativen Regierungspartei und der Fortschrittspartei. Der Gegensatz, welcher in ganz Süddeutschland die Parteien trennte, war die Frage, ob man eine Kompetenzerweiterung des Zollparlamentes auf das politische Gebiet wünsche oder nicht. In Hessen bekannte sich die Fortschrittspartei rückhaltslos zur Kompetenzerweiterung, die Demokraten und Ultramontanen bekämpften sie. Die hessische Regierung und mit ihr die liberal-konservative Partei versuchten nun, in der öffentlichen Agitation einen anderen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen. Die Parole „Fachmänner", welche Dalwigk für die Zollwahlen ausgab, hatte den Vorteil, daß sie außerhalb des Landes nicht den Anschein der Preußenfeindlichkeit erweckte, und daß die Frage der Kompetenzerweiterung, an welcher ja die hessische Regierung infolge der Stellung Oberhessens zum Norddeutschen Bunde in erster Linie interessiert war, in der Wahlagitation eine etwas geringere Rolle spielte. Am 30. Dezember 1867 fand in Anwesenheit einiger höherer Beamter eine vorbereitende Sitzung des liberal-konservativen Wahlvorstandes zu Darmstadt statt, bei der es als höchst wünschenswert bezeichnet wurde, „einen Sachverständigen im eigentlichen Sinne des Wortes zu wählen".[62] Als Kandidat für Darmstadt-Groß-Gerau wurde in dieser Versammlung Obersteuerrat Fabricius in Vorschlag gebracht.

Am 22. Dezember 1867 tagten die Vertrauensmänner der Fortschrittspartei in Darmstadt, und am 1. Januar 1868 veröffentlichte die „Mainzeitung" deren Wahlprogramm, das alle Merkmale Metzscher Agitationskunst trägt. Zu drei Vierteln seines Inhalts beschäftigte sich der Wahlaufruf mit Steuer- und Zollfragen. Durch einen längeren Passus, in dem die Herabsetzung der Weinzölle und der hessischen Zapfgebühr für Wein verlangt wurde, kam man den Wünschen der weinbautreibenden Bevölkerung entgegen, ein Umstand, der wohl dem Sieg der Fortschrittspartei links des Rheins förderlich war. Am Schlusse aber geht der Aufruf mit eindringlichen Worten auf die nationale Bedeutung des Zollparlamentes ein.

„Mitbürger! Nicht bloß eine wirtschaftliche Bedeutung hat das Zollparlament, ihm fällt auch eine hochpolitische Aufgabe zu. Die Erwählten der Nation können nicht zusammentreten, ohne ihre Stimme mit wuchtiger Gewalt dafür zu erheben, daß dem deutschen Volke endlich sein Recht gewährt werde, daß es als ein nach innen

[62] „Volksblätter" 1868 Nr. 2.

und außen in freiheitlicher Verfassung festgeeinigtes Ganze dastehe, und zu dem Rang unter den Völkern der Welt emporsteige, zu dem es durch seine Kraft und Intelligenz berufen ist. Dem geeinten Volke gebührt es, dann überall für die politische, bürgerliche und geistige Freiheit einzustehen.

Im Angesicht Deutschlands und Europas sollen die hessischen Vertreter im Zollparlament erklären, daß das hessische Volk festhält an diesem Ziel, für das die besten Kräfte unserer Nation seit langem gestritten haben. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben nur einen Weg übrig gelassen, dieses Ziel zu erreichen. Dreißig Millionen Deutsche sind im Nordbund geeinigt, ein Drittel des Großherzogtums gehört bereits diesem Bunde an. Die Erweiterung des Nordbundes zum großen freien Reiche durch Zutritt der süddeutschen Staaten muß deshalb unser Ziel sein.

Nur dann kann die Wohlfahrt einer Nation ungestört sich entfalten, wenn die staatliche Existenz fest begründet ist. Eine Fortdauer oder Zerreißung Deutschlands durch die unglückselige Mainlinie bedroht fortwährend beide. Unzertrennbar verschlungen ist unsere politische und volkswirtschaftliche Zukunft, es ist unmöglich, beide getrennt zu fördern, nur verbunden können sie uns gewähren, was wir mit Recht als großes Volk an geistigem und materiellem Glück zu fordern berechtigt sind.

Mitbürger! Zeigen wir uns der großen Aufgabe würdig, die an uns herantritt, deren Lösung auf lange über unsere Zukunft entscheidet. Das Fehlschlagen so mancher gerechter Hoffnungen und Wünsche darf uns nicht abhalten, den Weg zu betreten, der uns durch Zusammenberufung des Zollparlaments eröffnet wird. Nicht kleinmütiges Nichtstun und Grollen, nur zähe und ausdauernde Tätigkeit kann uns die Zukunft erobern.

Wählen wir solche Männer in das erste deutsche Zollparlament, die mit Verständnis und Kraft für diese Grundsätze einstehen, Vertreter der Freiheit volkswirtschaftlicher Entwicklung, die gleichzeitig Vertreter des großen nationalen Gedankens sind, der Aufrichtung eines in Freiheit geeinigten Vaterlandes!"

Unter den Unterzeichnern dieses vom 22. Dezember 1867 datierten Aufrufes befinden sich Bamberger von Mainz, Kugler und Böhm von Offenbach, Friedrich Dernburg, August und Ignaz Metz von Darmstadt.

Die gegnerischen Parteien traten gegenüber der Fortschrittspartei nicht geschlossen auf den Plan.

In Offenbach-Dieburg trat Freiherr von Wambolt, der der Richtung des Bischofs Ketteler und des „Mainzer Journal" angehörte und bei der Wahl am 19. März eine ansehnliche Minderheit von Stimmen auf sich vereinigte, dem Fortschrittler Kugler gegenüber. In seinem Wahlaufruf hofft er, daß die Wähler trotz der Ereignisse des Jahres 1866 nicht vergessen hätten, daß im christlichen

Staate Recht vor Gewalt gehen solle. Die Unabhängigkeit der vier Südstaaten müsse bewahrt werden, um die Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit Österreich zu wahren. Am Ende des Aufrufes heißt es: „Ich würde es als eine Hauptaufgabe der süddeutschen Zollabgeordneten betrachten, sich nicht bloß jeder Kompetenzerweiterung des Zollparlaments auf das entschiedenste zu widersetzen, sondern sogar danach zu streben, daß die Bedeutung eben dieses Parlaments herabgedrückt werde. Letzteres wäre zu erzielen ohne Gefährdung sonstiger Interessen durch allmähliches Übergehen zum Prinzip des Freihandels. In dem Maße nämlich, wie die Zahl der zollpflichtigen Artikel, schwindet auch der Einfluß, den das Parlament und Preußen auf Grund der bestehenden Verträge dermalen auf uns ausüben.

Die Erweiterung aber der dem Zollparlament zugewiesenen Tätigkeit wäre um deswillen zu bekämpfen, weil auf diesem von Preußen angestrebten Wege das Zollparlament in gegebener Zeit für uns würde, was der Berliner Reichstag bereits für den Nordbund ist. Werden aber erst die meisten und wichtigsten Gesetze für uns in Berlin gemacht, so wüßte ich nicht, was uns noch am Preußisch-Sein fehlen könnte."

In Mainz unterstützten großdeutsche Katholiken und Regierung den demokratischen Kandidaten Dumont. In seiner Kandidatenrede vom Anfang Februar 1868 sprach sich Dumont mit Entschiedenheit gegen den Eintritt in den Nordbund und gegen Kompetenzerweiterung des Zollparlaments aus. Die gefährlichste Gegnerschaft erwuchs aber der Fortschrittspartei in der liberal-konservativen Regierungspartei, die in der erwähnten Versammlung vom 30. Dezember 1867 den Gesichtspunkt „Fachmänner" in den Vordergrund geschoben hatte. Gemäß der Haltung der Regierung verfolgten ihre Kandidaten die Taktik, sich über die schwebenden politischen Fragen gar nicht oder nur höchst unklar auszusprechen. Schon am 18. Juni 1867, als die Kammermehrheit, wenigstens zum Teil,[63] die Aufnahme in den Nordbund verlangte, sagte die fortschrittliche „Mainzeitung", daß die teilweise nordbundfreundlichen Reden der liberal-konservativen Abgeordneten nur gehalten seien, um die nordbundfeindlichen Tendenzen zu verhüllen, die dieselbe Partei bei anderen Gelegenheiten unverhüllt kundtue. Aus den Reden der liberal-konservativen Kandidaten und Parteiführer spricht auch bei Gelegenheit der Zollwahlen manchmal die Anschauung, daß man zusammen mit den anderen Südstaaten in den Norddeutschen Bund eintreten solle; im allgemeinen aber kann man sagen, daß sie auch bei diesen Wahlen ihre preußenfeindliche Haltung beibehielten; nur so läßt sich der erbitterte Kampf verstehen, der sich in Erbach-Bensheim und Darmstadt-Groß-Gerau zwischen Fortschrittspartei und Liberal-Konservativen abspielte. Am 1. März 1868 gibt die „Mainzeitung" das Programm des Obersteuerrats

[63] Die Kammermehrheit, die Liberal-Konservativen, hatte sich bei der Abstimmung vom 3. Juni bekanntlich gespalten.

Fabricius, des liberal-konservativen Kandidaten für Darmstadt, ungefähr folgendermaßen so wieder: „Die Verfassung des Zollvereins beruht auf Verträgen und kann selbstverständlich nur auf demselben Wege, wie sie zu Stande gekommen ist, also durch anderweite Verständigung unter den betreffenden Regierungen abgeändert werden." Die „Mainzeitung" stellt weiterhin fest, daß sich das Programm des Herrn Obersteuerrats Fabricius in keiner Weise für den Eintritt in den Nordbund, und daß es sich gegen den Eintritt eines einzigen Südstaates allein ausspreche. Die in den größten Teil der norddeutschen Presse übergegangene Anschauung, daß auch die konservative Partei den Eintritt in den Nordbund wünschte, läßt sich nur erklären durch die falsche Auffassung ihrer Haltung, welche durch das öffentliche Bekanntwerden des Beschlusses der Zweiten Kammer auf Eintritt in den Nordbund hervorgerufen worden war.[64] Die liberal-konservative Partei trieb Regierungspolitik und war nicht nordbundfreundlicher als die Regierung, stellenweise machte sie Dalwigk sogar, der die Erfüllung der hessischen Vertragspflichten vor der Kammer befürworten und um ihre verfassungsgemäße Zustimmung nachsuchen mußte, ernsthafte Schwierigkeiten, wenn es ihr schien, daß man bei irgend einer Gelegenheit mit Vorteil gegen den Nordbund opponieren könne. Neben dem ultramontanen, dem demokratischen und den liberal-konservativen Kandidaten begünstigte die Regierung in der „Darmstädter Zeitung" zwei inoffizielle fortschrittliche Kandidaturen gegenüber der Fortschrittspartei als solcher, in Worms den Kreisrat Pfannebecker und in Bingen den Landwirt George.

Die Agitation wurde mit großer Heftigkeit betrieben. Namentlich Mainz, wo die Aussichten der beiden Kandidaten Dumont und Bamberger ungefähr gleich waren, sah den erbittertsten Wahlkampf, bei dem auf demokratischer Seite die Machtmittel der Regierung, auf fortschrittlicher das große Vermögen Bambergers wirksam waren. Das halbamtliche Organ der hessischen Regierung wandte sich mehrfach gegen die Nationalliberalen und die mit ihnen verbundenen hessischen Fortschrittler. Aus dem Mainzer Kreisamt wurden Stimmzettel für die Kandidatur Dumont verteilt.[65] Bamberger arbeitete in Wort und Schrift für die Fortschrittspartei; in der „Mainzeitung" veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln: „Was ist denn das, ein Zollparlament?" in denen er das Volk über die große nationale Bedeutung der Wahlen aufklärte. Der eigentlich demokratische „Mainzer Anzeiger" öffnete ihm mit Vorliebe seinen Inseratenteil

[64] Auch Heinrich von Sybel (Begründung des Deutschen Reiches V. p. 311) schreibt, daß die nationale Partei in Hessen-Darmstadt, worunter keine andere Partei verstanden sein kann als die hessische Fortschrittspartei, alle sechs Sitze südlich des Mains gewonnen habe, eine Auffassung, die von anderen Historikern kritiklos übernommen worden ist.

[65] Der „Mainzer Anzeiger" 1868 bringt in Nr. 68 sogar die Behauptung, daß die „Stimmzettel und Proklamationen für die Kandidatur Dumont packweise aus dem Regierungsgebäude in die Umgegend versandt worden seien".

und Sprechsaal. Dem Kandidaten der Lassalleaner, dem Arbeiter Böll, bot Bamberger eine Geldentschädigung, wenn er seine Anhänger ins Bambergersche Lager dirigiere und seine Kandidatur zurückziehe.[66]

Bei den Wahlen am 19. März fielen in den sechs hessischen Wahlkreisen südlich des Mains drei Mandate, nämlich Mainz—Oppenheim, Bingen—Alzey und Offenbach—Dieburg, den Fortschrittlern zu; zwei Mandate, das in Darmstadt—Groß-Gerau und Erbach—Bensheim, gewannen die Liberal-Konservativen.[67] Die drei preußenfreundlichen Abgeordneten waren Bamberger, Metz und Kugler; in der Person des Obersteuerrats Fabricius und des Kommerzienrats Fink, kam die Preußen abgeneigte Stimmung zum Ausdruck. Der Wormser Regierungsrat Pfannebeker, der das Programm der Fortschrittspartei zu fördern versprach, sich jedoch nicht unter den Unterzeichnern des Aufrufes vom 22. Dezember 1867 befand, hielt sich in der Mitte zwischen beiden Richtungen. Weil er die Unterstützung der Regierung genoß, hatten ihn Fortschrittspartei und „Mainzeitung" aufs heftigste bekämpft. Im Vergleich zu den Landtagswahlen des Jahres 1866 ist eine Steigerung der Bedeutung der Fortschrittspartei nicht zu verkennen. Dieses Wachstum ist wohl wesentlich eine Folge der guten Organisation; die Tatsache, daß sie über geschickte und einflußreiche Volksredner verfügte, hat ihr viel genützt. Auch die Wahlkreiseinteilung kam ihr zu statten, vor allem in Mainz, wo die rheinaufwärts gelegenen protestantischen Ortschaften zugunsten Bambergers den Ausschlag gaben, wenn auch Dumont nur um wenige Stimmen hinter ihm zurückblieb. Einen durchschlagenden Sieg aber hatte die Fortschrittspartei nicht errungen. Ebenso wie in Baden, hielten sich auch in Hessen die nationalliberale Richtung und ihre Gegner ungefähr die Wage.

Bei der Adreßdebatte, mit der die Sitzungen des Zollparlamentes eröffnet wurden, spielten Metz und Bamberger eine führende Rolle. Als Metz und Bamberger im Interesse ihrer rheinhessischen Wählerschaft, ihrem Wahlaufruf entsprechend, die Herabsetzung der hessischen Weinsteuer beantragten, hatten die hessischen Abgeordneten zum ersten Male Gelegenheit, bei einer praktischen Frage ihre Stimmung für oder gegen Kompetenzerweiterung des Zollparlamentes kundzutun. Auch die hessische Regierung nahm die Veranlassung wahr, durch den Bundeskommissär Hofmann jede Kompetenzüberschreitung scharf und nachdrücklich abzulehnen. In jener Sitzung vom 18. Mai 1867 hielt Obersteuerrat Fabricius an der Hand statistischen Materials

[66] Böll erklärte dies selbst am 15. März 1868 in einer Arbeiterversammlung zu Mainz (vgl. „Darmstädter Zeitung" 19. März 1868).

[67] Die „Mainzeitung" rechnet auch die Wormser Wahl als Niederlage der Fortschrittler. Am 24. März 1868, als alle südhessischen Resultate mit Ausnahme von Erbach bekannt waren, schreibt sie: „Wir haben heute drei Siege und zwei Niederlagen zu verzeichnen."

eine Rede gegen den Metzschen Antrag, und die hessischen Abgeordneten schieden sich plötzlich in eine kompetenzfreundliche und eine kompetenzfeindliche Gruppe. Zu der letzteren gehörten außer Fink und Fabricius auch Pfannebeker und Graf Solms.

Die von den Nationalliberalen erstrebte Initiative des Zollparlaments in der Frage der Einigung Deutschlands unterblieb. Der für die nationalliberale Partei ungünstige Ausgang der süddeutschen Zollwahlen wirkte in den Jahren 1868 und 1869 lähmend auf ihre Agitationskraft. Auch die hessische Fortschrittspartei, die während des Jahres 1867 in Kammer und Presse für den Eintritt in den Nordbund gewirkt hatte, der bei den Zollwahlen drei wichtige Sitze zugefallen waren, stand in den folgenden Jahren unter dem hemmenden Eindruck der Niederlagen der Nationalliberalen bei den Wahlen und im Parlament, wo sie bei der Abstimmung über die Adresse an König Wilhelm in der Minderheit geblieben waren. Die Briefe Bambergers an seine Wähler, die er im Jahre 1868 während der Session des Zollparlamentes schrieb, zeigten denn auch neben festem Vertrauen auf eine endliche Lösung der deutschen Frage eine allmählich wachsende Stimmung der Resignation.

Im Landtage erregten die sich stets erhöhenden Militärforderungen den Ärger der Abgeordneten. Man war entrüstet darüber, daß Hessen, wenn es die Einheit der Gesetzgebung für das ganze Land wahren wollte, die für Oberhessen geltenden Gesetze des Norddeutschen Bundes einfach im Süden des Landes einführen müsse. Nur für den nördlichen Gebietsteil durfte man mitberaten, während das ganze Land sich der Machtsphäre des Nordbundes unmöglich entziehen konnte. Bei der Brau- und Branntweinbesteuerung, für deren Inkrafttreten in ihrer Heimat die oberhessischen Abgeordneten eine Frist bis zum 1. Juli 1869 erwirkten, fühlte man sich benachteiligt, ob mit Recht oder Unrecht, sei dahingestellt. Man betrachtete ferner die zahlreichen Pensionierungen von Offizieren auf Preußens Wunsch mit dem Gefühl, daß hier dem hessischen Staate ein schreiendes Unrecht geschehe. Mehr und mehr wurden scharfe Äußerungen gegen Preußen laut. Die Belastung, die dem Lande durch die beabsichtigte Tabaksteuer drohte, die Nachteile, welche man aus der Abtretung der Frankfurt—Offenbacher Eisenbahn an Preußen erwachsen sah, die Tatsache, daß die Regierung im Laufe des Jahres 1867 mit dem Plane einer Einkommensteuer hervortreten mußte, alles dies verschärfte die Erbitterung. Als Preußen im Jahre 1868 auf Grund der Militärkonvention verlangte, daß die hessischen Offiziere im Gehalt den preußischen gleichgestellt würden, sah sich die Regierung, die natürlich genötigt war, diese Forderung vor dem Landtage zu vertreten, einer starken Opposition in der sonst so gefügigen Kammer gegenüber. Vertragsmäßig hätte Hessen schon am 1. Januar 1868 die höheren preußischen Gagen-Löhnungs- und Verpflegungssätze einführen müssen. Im Juni 1868 beriet erst die Zweite Kammer dar-

über. Am 20. Juni lehnte sie es mit 33 gegen 5 Stimmen ab, die preußischen Gagen einzuführen. Die Regierung setzte sich mit allen Kräften dafür ein, die Erste Kammer betonte bei ihrem Beschluß ausdrücklich die Notwendigkeit, einmal übernommene Verpflichtungen auch zu halten, es war umsonst, die Zweite Kammer beharrte mit allen gegen sieben Stimmen auf ihrem früheren Beschluß; man lehnte es sogar ab, die preußischen Gagen bis zum 1. Januar 1869 einzuführen. In jener Sitzung vom 20. Juni hatte der der Fortschrittspartei angehörige Abgeordnete Edinger von Worms die für die allgemeine Stimmung äußerst charakteristischen Worte gesprochen: „Man werde durch diese Anforderungen nur das erreichen, daß man die renitenten süddeutschen Staaten noch mehr zurückschrecke, und er sehe kein anderes Correctiv gegen die allgemeine Verarmung, die dieses Verfahren zur Folge haben müsse, als — schrecklich sei es zu denken — die Auflehnung, er hoffe nicht, daß es soweit kommen werde." Im Landtagsabschied von 1868 wurde der Beschluß der Zweiten Kammer, durch den natürlich ein für die Regierung äußerst unangenehmer Konflikt mit Preußen herbeigeführt wurde, aufs tiefste bedauert. Erst im Jahre 1869 nahm die Zweite Kammer, vielleicht durch die landesherrliche Mißbilligung ihres früheren Verhaltens veranlaßt, mit knapper Mehrheit auf den dringenden Wunsch der Regierung die preußischen Gagen an.

Fraglos wurde im Laufe der Jahre in Hessen, wie ja auch in allen anderen Südstaaten, die Stimmung der Bevölkerung immer preußenfeindlicher und dem Eintritt in den Nordbund abgeneigter, als sie 1867 gewesen war. Mehr und mehr hob sich der Einfluß der extremen Nordbundsfeinde, der Demokraten. Sie hatten bei den Reichstagswahlen in Frankfurt gesiegt und waren bei den Mainzer Zollwahlen nur um wenige Stimmen hinter Bamberger zurückgeblieben. Namentlich in Rheinhessen, wo sie die Unterstützung der Regierung im Kampfe gegen die Fortschrittspartei für sich hatten, begannen sie diese an Bedeutung zu übertreffen.[68] Neben der „Rheinischen Volkszeitung", einer Mainzer Wochenschrift, propagierten die „Frankfurter Zeitung" Leopold Sonnemanns und die „Hessischen Volksblätter" des Herrn Georg Gries in Darmstadt ihre Ideen. Förderlich war ihnen vor allem die Stimmung des Volkes,

[68] In dem Prozeß, den die hessische Regierung gegen Ludwig Bamberger und einige Mainzer Bürger angestrengt hatte, weil diese in einem Flugblatt vom 17. März 1868 gesagt hatten, „das Ministerium stehe im Bündnis mit der kirchlichen Intoleranz," hob das Gericht in seiner Urteilsbegründung hervor — man belegte die Unterzeichner jenes Aufrufes mit Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten — daß man nicht nur „in Erwägung des Umstandes, daß der inkriminierte Wahlaufruf eine Schmähung Großherzoglichen Ministeriums enthalte", zur Verurteilung gelangt sei, sondern daß dies auch „durch den ganzen, lediglich aus Invektiven gegen die demokratische Partei und deren Führer bestehenden Tenor des untergebenen Wahlaufrufes wesentlich begründet" sei. (Grenzboten 1869, I p. 20.)

besonders in Mainz. Der französische General Ducrot, der Kommandant des Straßburger Armeekorps, der im Frühjahr 1868 eine militärische Orientierungsreise im ober- und mittelrheinischen Gebiet unternahm, erzählt, wie in Mainz die Arbeiter über die Preußen schimpften und die Landleute sich über die Verwüstung ihrer Weinberge bei militärischen Übungen beklagten.[69] Nicht nur in Mainz, auch in Darmstadt und auf dem Lande herrschte ein geradezu fanatischer Haß gegen Preußen bis in den Juli 1870 hinein. Die Zeitungen der Jahre 1866 bis 1870 sind geradezu vollgepfropft mit Berichten über Schlägereien zwischen preußischen Soldaten der Mainzer Garnison und Bewohnern der Stadt und der umliegenden Dörfer. In den Nummern der partikularistischen „Hessischen Volksblätter" bilden die „Mainzer Militaria" ein stehendes Kapitel. In seinen Artikeln über „Bismärckerei" und „Zollerei" legte der Redakteur Georg Gries eine ungemeine Grobheit an den Tag. Er äußert sogar manchmal die Anschauung, daß dem bestehenden Zustand ein europäischer Krieg vorzuziehen sei.[70] Wegen eines Artikels „Großpreußischer Dreiklang" vom 28. April 1868, in dem er den König von Preußen und Bismarck in gröbster Weise beschimpfte, wurde er zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Trotz der Mahnungen der „Darmstädter Zeitung", seine Derbheit zu zügeln, mußte er im Jahre 1868, als er den König von Preußen bei einem Besuche, den dieser dem Großherzog abstattete, mit einem geharnischten Artikel begrüßte, wiederum mit einer gerichtlichen Strafe belegt werden. Er hatte übrigens die Genugtuung, daß auch der „Mainzer Anzeiger", welcher dem „Bettelpreußen" Bamberger als Organ diente, im Februar 1870 wegen Beleidigung des Mainzer Gouvernements ebenfalls zu einer Strafe, allerdings nur zu einer Geldstrafe von 250 Gulden verurteilt wurde. Sein Hauptziel war die Vernichtung der Nationalliberalen und seine Auslassungen gegen diese Partei zeugen von einem geradezu fanatischen Haß.[71]

Während innerhalb der Jahre 1868 und 1869 die Stoßkraft der Demokraten beträchtlich gewachsen war, ging der Einfluß der Fort-

---

[69] La vie militaire du général Ducrot II p. 229 ff

[70] „Hess. Volksblätter" 1868 Nr. 98 heißt es: „Die Dinge entwickeln sich mehr; Deutschland ist bloß noch eine Kaserne, der täglich steigende Steuerdruck saugt die besten Kräfte des Landes auf. Auf die Dauer können die Völker einen solchen Zustand nicht ertragen, und das Ende ist europäischer Krieg mit allen seinen Schrecken, der aber doch noch einem dauernden bewaffneten Frieden mit unausbleiblichem Hungertyphus vorzuziehen sein dürfte."

[71] „Volksblätter" 1868 Nr. 243 schreibt er über die Nationalliberalen: „Da ist nicht Scham noch Schande mehr, alle Erinnerung ist getilgt an die freiwilligsten Gelöbnisse, mit denen die einst sich so hoch und teuer verschworen; die Entäußerung der eigenen Ehre ist der einzige Punkt ihres Programms auf den sie halten. Im Norden kein Hauch von Mannesgefühl in ihren Reihen, keine Mahnung, mit der sie für das Recht des Volkes, das Recht der Nation einzutreten wagten; in Mitteldeutschland machen sie in Nationalverein mit Rabatt; hier im Süden — wo wäre die Lüge, nach der sie nicht griffen — die

schrittspartei sichtlich zurück. Immer mehr wurde sie als die Partei der steten Steuerbewilligung für den Norddeutschen Bund angesehen, eine Anschauung, die besonders von demokratischer Seite gefördert wurde.[72] Metz, der Führer der hessischen Fortschrittspartei, war überdies aus einem Prozeß gegen seinen politischen Gegner Fendt, der ihn des Ehebruchs beschuldigt hatte, mit wenig Ehren hervorgegangen.[73] Ein Symptom für die Abnahme des nationalliberalen Einflusses, war eine im Jahre 1869 stattfindende oberhessische Ersatzwahl zum Norddeutschen Reichstag in Friedberg—Büdingen, wo Dr. Buff, Präsident der Zweiten hessischen Kammer und Mitglied der liberal-konservativen Regierungsmehrheit, zum Abgeordneten gewählt wurde. Der nationalliberale Kandidat Dr. Oppenheim, den die Führer der hessischen Fortschrittspartei agitatorisch unterstützten, unterlag. Bei Ersatzwahlen zum Landtag wurde in Oberhessen ein Demokrat, in Bensheim an der Bergstraße der liberal-konservative Kandidat, der streng katholisch-großdeutsch gesinnte Staatsrat Freiherr von Biegeleben gewählt. Wie schon erwähnt, erstreckte sich diese Abnahme des nationalliberalen Einflusses auf ganz Süddeutschland. Das Unternehmen, von Hessen oder Baden aus — dort bestrebten sich ja Regierung und Kammer gemeinsam, den Eintritt in den Nordbund herbeizuführen —, die deutsche Frage zur Lösung zu bringen, war vorerst gescheitert. Das Zollparlament hatte das politische Band, das ganz Deutschland verknüpfen sollte, nicht geschaffen. Bei der Karlsruher Zusammenkunft der süddeutschen Nationalliberalen am

---

Verleumdung, nach der sie nicht suchten, der Schanddienst, zu dem sie sich nicht drängten?! Ihres Landes Verfassung, sie tragen sie zertrümmert ihm entgegen. Ihrer Mitbürger Wohlstand, sie bieten sie ihm als freie Morgengabe. Ihres Volkes Zukunft — ihm (d. h. Bismarck) überantworten sie, unbesehen jede Hoffnung, zum Sterben, Verderben. Nur nehmen soll er sie, holen soll er sie, zum — wohin er mag."

[72] Schon bei den Zollwahlen, am 19. März 1868, veröffentlichten die „Volksblätter" einen fettgedruckten Aufruf, in dem sie darauf hinwiesen, daß die nationalliberale Partei und die hessischen Fortschrittler den Steuerdruck, den der Norddeutsche Bund ausübe, begünstigten. Sie raten davon ab, diese Partei zu unterstützen und schließen den Aufruf mit den Worten: „Wer nicht Hessen-Darmstadt seinem staatlichen Untergang und seinem finanziellen Ruin entgegenführen, wer nicht ostpreußische Zustände bei uns einführen will, der versage den Herren August Kugler, Hoffmann II, Wilhelm Büchner, Finger, Bamberger und Metz seine Stimme."

[73] Die in Frankfurt bei Auffahrt 1869 erschienene Broschüre „Der Preßprozeß Metz-Fendt" gibt einen stenographischen und aktenmäßigen Bericht über die Gerichtsverhandlung. Das doppelzüngige und gewissenlose Wesen des Politikers Metz wurde in diesem Prozeß schonungslos enthüllt. Fendt hatte in seinen Artikeln in dem „Deutschen Wochenblatt" in Mannheim Metz in der schärfsten Weise angegriffen und beleidigt. Er hatte Metz nicht nur Ehebruch mit der Frau seines besten Freundes vorgeworfen, sondern ihn unter vielen anderen Dingen auch des Ehrenwortbruchs beschuldigt. Für diese wie für fast alle seine Behauptungen konnte Fendt den Wahrheitsbeweis führen. Fendt wurde nur wegen Verbalbeleidigung zu einer Geldstrafe von 30 Gulden und zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

8. und 9. Januar 1870, bei der sieben Abgeordnete aus Hessen anwesend waren, war denn auch eine allgemeine Stimmung der Resignation maßgebend. Man war nach einem Vortrage Bluntschlis der Meinung, daß der Schwerpunkt der süddeutschen Frage weder in Hessen, noch in Baden oder in Württemberg, sondern in Bayern liege.[74] Diese Erkenntnis kam aber einer Vertagung der deutschen Einigungsfrage bis zu dem Zeitpunkt gleich, da es etwa Bayern belieben würde, mit Vorschlägen an Preußen heranzutreten.[75] Trotz allen Kampfes und allen Opfermutes war es nicht gelungen, die Mainlinie zu überbrücken und die der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung abgeneigten Parteien zu besiegen.

Diese erhoben in ganz Süddeutschland ihr Haupt stolzer als je zuvor. In Bayern gewann die „Patriotenpartei" stetig an Boden. Die württembergischen Demokraten begannen gegen die bestehenden Heereseinrichtungen Sturm zu laufen und machten der württembergischen Regierung die größten Schwierigkeiten in der Kammer. Nach dem schwäbischen Muster verlangten auch die hessisch-nassauisch-frankfurtischen Demokraten die Abschaffung des stehenden Heeres. Die „Volksblätter" legten sich namentlich im Frühjahr 1870 dafür ins Zeug und veröffentlichten bis in den Juli hinein Artikel, in denen sie die Vorteile des Milizheeres auseinandersetzten.

Daß die von den partikularistischen Parteien mit Sorgfalt geförderte radikale und preußenfeindliche Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung einen guten Boden und schnelle Verbreitung fand, ist sicher. Ebenso sicher ist, daß namentlich die demokratischen Kreise Süddeutschlands, besonders Württembergs, mit der Idee eines französischen Eingreifens in Deutschland, wodurch man sich von der Vorherrschaft Preußens zu lösen hoffte, liebäugelten. Daher die Sehnsucht der „Volksblätter" nach einem europäischen Krieg, der die durch das Jahr 1866 geschaffenen Zustände wieder über den Haufen werfen sollte.[76] Man muß aber doch darauf hinweisen, daß man die Preußenfeindlichkeit der öffentlichen Meinung keineswegs mit einer allgemeinen Hinneigung zu Frankreich identifizieren darf. Für eine solche Sympathie des hessischen Volkes für Frankreich fehlen die Beweise, wenn man nicht gerade gelegentliche Artikel der „Volksblätter" als den Ausdruck der Gesamtstimmung des Landes ansehen will. Auf dem linken Rheinufer, wo die meisten Traditionen aus französischer Zeit lebendig waren, wäre eine solche Strömung wohl am ersten erklärlich gewesen. Dem General Ducrot versicherte im

[74] „Grenzboten" 1870 I p. 145.

[75] Auch eine Zuschrift aus Südhessen in Nr. 188 der „Allgemeinen Zeitung" 1870 weist auf die deutsche Aufgabe Bayerns hin und bezeichnet dessen Zutritt als eine für die Lebensfähigkeit des zukünftigen deutschen Reiches höchst wichtige Frage.

[76] Dr. Veit Valentin schreibt über die Stimmung in Hessen, „Deutsche Revue" 1912 III p. 25: „Das böse Wort ‚Lieber französisch als preußisch' konnte hier die Sinnesart von vielen zum Ausdruck bringen."

Frühjahr 1868 ein Mainzer Advokat, daß die rheinische Bevölkerung vor allem die Kleinstaaterei müde sei, und daß sie das Erscheinen der Franzosen geradezu herbeiwünsche, daß ferner die auf dem linken Ufer für Bismarcks Politik günstigen Zollwahlen lediglich als Ausdruck der Mißstimmung über die bestehenden Zustände aufzufassen seien. Dieser Advokat dürfte indessen doch etwas zu sehr in seinem persönlichen Sinne gesprochen haben. Man muß vor allem darauf hinweisen, daß den politischen Bedürfnissen der linksrheinischen Bevölkerung schon frühzeitig durch Einführung der Verfassung in Bayern und Hessen Rechnung getragen worden war und daß auch die Bewohner der Pfalz und Rheinhessens durch eine Zusammengehörigkeit von über fünfzig Jahren mit ihren Dynastien und ihren Staaten verwachsen waren. Auf dem linken Ufer des Rheins spielten aber auch die Reminiszenzen an die achtundvierziger Bewegung eine große Rolle und wirkten fördernd auf die deutsch-nationale Gesinnung. Das Jahr 1848, das zum erstenmal ein das ganze deutsche Volk ergreifendes politisches Leben und ein freigewähltes Parlament deutscher Männer gesehen hatte, war die Grenzscheide geworden, welche die vorausgegangene Zeit der „Französelei am Rheine" abschloß. Die in jenen Landen, in der bayrischen und hessischen Pfalz von altersher vorhandene politische Regsamkeit war seit dieser Zeit in deutschem Sinne wirksam, und um deutsche Fragen entbrannte der Streit der Meinungen.[77] Die Tatsache, daß 1866 fünftausend Männer in Ober-Ingelheim den Worten ihres Führers Metz zugejubelt hatten, der bei Ausbruch des Krieges den Plan eines allgemeinen deutschen Parlamentes und einer Volksbewaffnung vertrat, spricht so sehr für die deutsche Gesinnung jenes Landes, daß die Mitteilungen jenes Mainzer Advokaten an Ducrot sehr übertrieben erscheinen. Weiterhin wirkte in deutschem Sinne der Bischof Ketteler. Im „Mainzer Journal", hauptsächlich aber in seiner 1867 erschienenen Schrift „Neuorientierung der deutschen Politik" wendete er sich gegen die Zersplitterung Deutschlands in sechs Teile und wies darauf hin, daß am Rhein eine Gefahr zu befürchten sei, die alle Deutschen gleichmäßig bedrohe, nämlich das Streben Frankreichs, das linke Ufer zu gewinnen.

Welche Haltung nahm nun inmitten dieser Strömungen derjenige Teil des Volkes ein, auf den es gegebenenfalls am meisten ankam, wie stellte sich das Militär gegenüber Preußen und dem Norddeutschen Bund? Preußischerseits hatte man ursprünglich ein Schutz- und Trutzbündnis mit Hessen-Darmstadt überhaupt nicht schließen wollen, da man in der eigentümlichen Stellung Oberhessens innerhalb des Nordbundes eine genügende Gewähr für die Haltung des ganzen Staates erblickte. Um die Einheit der hessischen Division zu wahren, die in eine bündische und eine außerbündische Brigade zer-

[77] Ludwig Bamberger weist in seinem Aufsatze über „Die Französelei am Rheine, wie sie kam und wie sie ging" auf diese Tatsachen hin. Ges. Schriften I p. 126.

legt zu werden drohte, sah sich Dalwigk genötigt, am 7. April eine Militärkonvention mit Preußen abzuschließen, der am 7. Juni 1867 die hessische Zweite Kammer ihre verfassungsgemäße Zustimmung erteilte. Danach bildeten die hessischen Truppen eine geschlossene Division innerhalb der preußischen Armee. Die Ernennung und Beförderung der Offiziere lag in den Händen des Großherzogs, der König von Preußen hatte das Recht, preußische Offiziere nach Hessen zu kommandieren, und die Ausbildung und Organisation der Truppen zu überwachen. Auf Grund dieser Konvention schlossen Preußen und Hessen nach dem Muster der Verträge mit den anderen Südstaaten am 11. April 1867 ein Schutz- und Trutzbündnis, das ebenfalls von der Kammer am 7. Juni genehmigt wurde. Die Schwierigkeit für das hessische Militär, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben, lag vor allem in der Tatsache begründet, daß man noch 1866 gegen Preußen gekämpft hatte. Namentlich dem gemeinen Mann wurde es schwer, den Gegner von gestern heute als Kamerad zu achten, eine Stimmung, die oft zu mancherlei Schlägereien und Tätlichkeiten führte.[78] Gelegentlich kam es zu Reibereien zwischen hessischen und preußischen Soldaten, 1868 wurde ein beurlaubter hessischer Chevauleger in Mainz von einem preußischen Posten, den er beschimpfte, erschossen. Im Januar 1870 wurde der am zweiten Stockwerk des Darmstädter Postgebäudes angebrachte preußische Adler mit Tinte, Teer und anderen Substanzen bespritzt, eine Handlung, die nicht gut vor sich gehen konnte, ohne der Aufmerksamkeit von fünf Wachtposten, die in nächster Nähe des Postgebäudes verteilt waren, zu entgehen. Im allgemeinen war aber zu Reibereien mit preußischem Militär doch geringe Gelegenheit, da die hessischen Truppen in der Hauptsache in Darmstadt lagen, während die Besatzung der Stadt Mainz aus preußischen Truppen bestand, so daß die Schlägereien, wenigstens unter dem Militär, auf ein möglichst geringes Maß beschränkt blieben.

[78] Bezeichnend für die Stimmung Darmstadts, sowohl der Einwohnerschaft wie des Militärs, ist eine Schilderung der „Mainzeitung" vom 11. August 1867 Nr. 118: „An einem der letzten Sonntage mußten zwei Preußen in der Stengelschen Wirtschaft durch eine von der Schloßwache geholte Abteilung Militär geschützt werden vor den gemeinsten Insulten und den gefährlichsten Drohungen. Der am Mittwoch Abend stattgefundene Unfug setzt allem die Krone auf. Ein preußisches Musikkorps, das am Mittwoch im Moritzschen Biergarten dahier spielte, wurde abends von einem lärmenden Haufen verfolgt, mit höhnischen Redensarten und gemeinen Schimpfworten bis zum Bahnhof geleitet. Die Rotte wuchs natürlich stets an und am Bahnhof ist es, wie man uns sagt, nicht bloß beim viehischen Brüllen geblieben, sondern es wurden handgreifliche Beleidigungen gegen die mit bewundernswerter Geduld abziehenden Preußen vorgenommen; in die Waggons, in welchen dieselben nach Mainz fuhren, wurde mit dicken Steinen geworfen, unter fortwährenden gemeinen Verwünschungen und Drohungen fuhren die preußischen Musiker ab. Man muß gestehen, die Leute werden einen guten Begriff von der Bildung, der Zucht und Ordnung einer süddeutschen Residenzstadt erhalten haben. Die Polizei war, wie gewöhnlich, trotz dieses abscheulichen Skandals, der die Hälfte der Stadt durchzog, und welchen sie wahrnehmen mußte, nicht zu finden, sie scheint in solchen Fällen

Gelegentlich zeigte sich auch in hessischen Militärkreisen eine gewisse Hinneigung zu Frankreich.[79] Die lebendigen Traditionen der hessischen Truppen gingen zurück auf die Rheinbundszeit, auf die Feldzüge der Jahre 1806, 1809 und 1812, wo sie unter der Führung des Prinzen Emil mannigfachen Waffenruhm und manches Wort der Anerkennung aus dem Munde Kaiser Napoleons errungen hatten. Gerade nach dem Tode des Prinzen Emil im Jahre 1856 bildete sich um die Feldzüge in Spanien und Rußland durch Dichtung und Prosa ein verklärender Schimmer und man begann die Gestalt des ehemaligen Führers mit einer durch alle Volkskreise gehenden Verehrung zu umgeben. Der Prinz-Emil-Veteranenverein und die aus jener Zeit noch lebenden Offiziere sorgten dafür, daß die Feldzüge nicht in Vergessenheit gerieten.[80] So sehr diese Faktoren die Stimmung der Soldaten beeinflussen mußten, man wird doch nicht annehmen dürfen, daß die allgemeine Stimmung des Militärs so preußenfeindlich gewesen sei, daß die Truppen einen Krieg an der Seite Frankreichs gegen Preußen dem jetzigen Zustand vorgezogen hätten.[81]

---

wichtigere Dinge zu tun zu haben. Der Haufe, welcher den Preußen folgte, bestand zu einem großen Teil aus Schul- und Lehrjungen, allein leider waren auch viele Erwachsene darunter, und — was uns besonders auffiel — viele Soldaten dabei."

[79] Die „Mainzeitung" spricht gelegentlich von franzosenfreundlicher Gesinnung der hessischen Truppen, so in einem Artikel vom 16. August 1867: „All dieser Preußenfresserei steht würdig die edle Hoffnung zur Seite, daß Frankreich mit seinen roten Hosen all dem Jammer über kurz oder lang ein Ende machen werde. Daher kommt der Mut, daher der Hoffnungsstrahl dieser deutschen Brüder, die Deutschland nur soweit kennen und wollen, als ihre Interessen nicht dabei verletzt werden. Täusche man sich nur nicht, die Hoffnung und Sehnsucht nach den roten Hosen ist weit verbreitet. Es ist ein Jammer, daß es so bestellt ist, aber besser ist, die Wahrheit offen zu sagen und diese elenden, landesverräterischen Gesinnungen an den Pranger zu stellen, als zu schweigen. Selbst hessische Soldaten hörten wir ganz öffentlich davon sprechen, daß es doch bald wieder losgehe und daß es dann mit Frankreich gegen Preußen gehe."

[80] Bei Künzel-Soldan: „Das Großherzogtum Hessen" findet sich eine ganze Anzahl von Gedichten, die die Erinnerungen der Rheinbundszeit verherrlichen. Meist sind sie in den vierziger und fünfziger Jahren entstanden.

[81] Auch die „Darmstädter Zeitung" sucht durch einen vom 16. August 1868 datierten Artikel die franzosenfreundlichen Äußerungen aus Soldatenkreisen zu entschuldigen, und zwar ausdrücklich mit dem Hinweis auf die durch Preußen geschaffenen Zustände. Sie stellt vor allem die Preußenfeindlichkeit bei ihrer Beschreibung der Stimmung der Soldaten in den Vordergrund, wenn sie auch die Möglichkeit franzosenfreundlicher Strömungen nicht ableugnet. „Wenn der eine oder der andere hessische Soldat wirklich von einem Zusammengehen mit Frankreich gegen Preußen gesprochen haben sollte, wie die „Mainzeitung" behauptet, so mag sie bedenken, daß nicht jeder gemeine Mann dieselben Naturanlagen wie sie besitzt und mit ihr in dieselbe Schule gegangen ist, um alle Ereignisse des vorigen Jahres ganz selbstverständlich zu finden und im Handumdrehen den faktischen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die in Aussicht stehenden Steuererhöhungen, die bisher nicht gekannte Kriegsgefahr, die allgemeine Dienstpflicht und die längere Präsenzzeit sind Dinge, die nicht jedermann mit Wonne erfüllen."

Preußen hatte in dem Recht, seine Offiziere nach Hessen zu kommandieren, wo sie verwendet werden mußten, ein vorzügliches Mittel zur Verfügung, um den franzosenfreundlichen Elementen der hessischen Division ein wirksames Gegengewicht zu bilden. Die zahlreichen Pensionierungen hessischer Offiziere auf Preußens Wunsch sind wohl ebenfalls zum großen Teil durch die Absicht zu erklären, die franzosenfreundlich gesinnten Elemente zu entfernen. Der Nachwuchs des Offizierkorps wurde auf preußischen Kriegsschulen ausgebildet und die Kommandierungen hessischer Offiziere nach Preußen dienten ebenfalls dazu, ein freundlicheres Verhältnis zu den neuen Waffengenossen wenigstens anzubahnen. Prinz Ludwig, der Führer der Division, war mit dem preußischen Königshause eng verwandt und Preußen und dem Norddeutschen Bund zugeneigt. Sein persönliches Ansehen bei den Truppen war nicht gering und in preußenfreundlichem Sinne wirksam. So stellte sich allmählich neben die alten Traditionen und Sympathien, die innerhalb des Militärs wirksam waren, eine mehr moderne Strömung und begann an Bedeutung zu wachsen.

Beim Militär war es eben dadurch, daß von Preußen her ein erneuender und erziehender Einfluß sich geltend machte, möglich, daß sich allmählich ein Umschwung der Anschauungen in preußenfreundlichem Sinne vorbereitete, bei dem Beamtentum indessen war dieser Einfluß ausgeschaltet. So wurde der hessische Beamtenstand von allen Ereignissen und Fragen, die das Land berührten, kaum beeinflußt. Dem Kabinett Dalwigk blieb die Beamtenschaft in pflichttreuer Weise ergeben, aber vergebens sucht man eine freimütige öffentliche Äußerung aus ihren Kreisen, die über den engeren Gesichtskreis des Heimatlandes hinausgeführt hätte. Die liberal-konservative Partei, auf die sich die hessische Regierung stützte, bestand vorzugsweise aus Beamten, und die fortschrittliche Minderheit, die keinen einzigen Beamten unter ihren Kammerabgeordneten zählte, führte in der Agitation und in der Kammer bezeichnender Weise den Kampf gegen die gegnerische Partei als einen Kampf gegen das Beamtentum.

IV. Hessische Regierungspolitik vom Prager Frieden bis Juli 1870.

Wir wenden uns jetzt zu dem verwickelten Problem: Wie verhielt sich die hessische Staatsleitung, Dalwigk und der Großherzog, in der Zeit von 1866 bis 1870 zu den brennenden Fragen, die Hessen und ganz Deutschland in Atem hielten? Welche Wege schlug die Politik der Regierung ein, um die Einheit des hessischen Staates wiederherzustellen, oder die doppelte Existenz des Staates als internationaler Staat und als Mitglied des Nordbundes erträglich zu gestalten? Kurz nach dem Kriege von 1866, als man noch unter dem Eindruck

der gewaltigen Machtverschiebung stand, die er hervorgebracht hatte, herrschte zweifellos ebenso wie in anderen deutschen Südstaaten auch in gewissen Kreisen der hessischen Regierung die Überzeugung vor, daß es im Interesse Deutschlands und des Landes gelegen sei, die Mainlinie zu überschreiten. In der Proklamation des Großherzogs vom 18. September 1866 findet sich ein Passus, der eine solche Stimmung zu verraten scheint. „Mein eifriger Wunsch war", heißt es, „den Bund, der dermalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen". Diese Worte dürfen jedoch, gemäß der politischen Überzeugung des Großherzogs und der leitenden Regierungsmänner, nicht anders als in großdeutschem Sinne aufgefaßt werden. Eine Hauptbedingung für Hessen, von der die Regierung den Eintritt in den Norddbund abhängig machte, war die Erhaltung des sogenannten Hinterlandes, eines alten Besitzes in Oberhessen, in dem sich wertvolles Domanialland befand.[82] Dadurch, daß Preußen auf dieser Gebietsabtretung bestand, welche die territoriale Verbindung zwischen dem ehemaligen Kurhessen und dem Herzogtum Nassau darstellte, wurde das gespannte Verhältnis Hessens zum Norddbunde zweifellos verschärft.

Heinrich von Gagern verblieb auch nach dem Friedensschluß auf seinem Wiener Posten. Es wird wohl auf das fernere Verhalten Hessens die Tatsache nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein, daß gerade Gagern trotz seines Gegensatzes gegen Preußen ein Patriot war, von dem man überzeugt sein kann, daß er die enge Anlehnung an Frankreich, die Dalwigk in der Folge suchte, nicht billigte. Es ist sogar anzunehmen, daß Gagern ebenso wie der hessische Gesandte in Berlin, der Legationsrat Hofmann, überhaupt nichts von den Intrigen wußte, die Dalwigk in den folgenden Jahren gegen Preußen anzettelte.

Der Berliner Gesandte und Bevollmächtigte beim Bundesrat des Norddeutschen Bundes, Herr Hofmann, war ein gewandter Diplomat und so recht der kommende Mann in der hessischen Staatsleitung. Freiherr von Beust[83] stellt ihm das glänzendste Zeugnis aus, und Graf Bismarck schätzte ihn als Politiker und Staatsmann. Hofmann war ein zu praktischer Mensch, als daß er nicht erkannt hätte, daß nach den Ereignissen des Jahres 1866 eine gemeinsame Verfassung für Deutschland nur auf kleindeutscher Grundlage aufgebaut werden könne. In Berlin gab er seine großdeutsche Überzeugung auf und ward allmählich und schrittweise ein Freund Preußens und Bewunderer Bismarcks. Schon während des Krieges von 1866, als Hessen von preußischen Truppen okkupiert war, vertrat Hofmann Dalwigk und dem Großherzog gegenüber, die sich nach München begeben hatten, entschieden die Auffassung, daß nur eine enge Annäherung an

[82] Erklärung des Legationsrats Reidhardt in der II. Kammer 3. Juni 1867.
[83] Aus drei Vierteljahrhunderten I p. 356.

Preußen den Interessen des Landes dienlich sei.[84] Dieser preußenfreundlichen Stimmung blieb er auch in der Folgezeit treu und ward zudem jener Faktor in der Leitung des hessischen Staates, der immer und immer wieder zum Anschluß an den Norddeutschen Bund drängte. Seine Stellung in Berlin war eine äußerst schwierige, vor allem wegen der ausgesprochen preußenfeindlichen Gesinnung seines Vorgesetzten Dalwigk und des Großherzogs selbst. Diese beiden Männer, die ja die größte Rolle im Leben des hessischen Staates spielten, blieben auch fernerhin ihren großdeutschen und mittelstaatlichen Gesichtspunkten treu. Dalwigks eifrigstes Bestreben war, die Ereignisse des Jahres 1866 wieder rückgängig zu machen und seinem Lande die Bewegungsfreiheit, die es durch den Prager Frieden, der die Mainlinie konstruierte, eingebüßt hatte, wiederzugewinnen. In enger Beziehung blieb er zu Österreich, wo sein intimer Freund, Graf Beust, die Leitung des Staates übernommen hatte. Dalwigk und die Familie Biegeleben, die in Wien und Darmstadt von hohem Einfluß war, betonten in viel schärferem Maße als Beust die Idee der Revanche an Preußen, und Dalwigk griff dabei zu einem Mittel, das ihm aus der Zeit der „Würzburger Politik" noch am tauglichsten schien, den wachsenden Einfluß Preußens zu bekämpfen, nämlich zu dem Anschluß an Frankreich. Schon während der Nikolsburger Verhandlungen versuchte er diese Macht zum Eingreifen in die Verhältnisse Deutschlands zu bewegen.[85] In den Jahren 1867 und 1868 betrat er den Weg der politischen Intrige und bemühte sich, die Einheit des hessischen Staats durch den äußerst gewagten Versuch der Loslösung von dem Norddeutschen Bund wieder herzustellen. Nach dem Prager Frieden erschien ihm dessen Artikel IV, der die Überschreitung der Mainlinie hindern sollte, ein geeignetes Mittel, Frankreich, das ja an dem Weiterbestand des durch den Frieden geschaffenen Zustandes das allergrößte Interesse hatte, zu bewaffnetem

[84] In einem Brief an Dalwigk vom 30. Juli 1866 befürchtet er den Verlust Oberhessens an Preußen und glaubt die Erhaltung dieser Provinz nur dadurch gesichert, daß der Großherzog norddeutscher Bundesfürst werde. „Ich bitte E. E., es mir nicht übel zu deuten, sondern als einen Beweis meiner aufrichtigen Anhänglichkeit und meiner treuen Ergebenheit gegen E. E. selbst zu betrachten, wenn ich Sie in aller Ehrerbietung dringend bitte, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, zu einem baldigen Entschluß in der oben angedeuteten Richtung zu raten. Mit dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland ist das großdeutsche Programm vernichtet. Daß das übrige Deutschland nicht in zwei — sehr ungleiche — Hälften zerfalle, sondern ein Ganzes bilde, ist, wie ich glaube, eine politische Naturnotwendigkeit. Sträubt man sich dagegen, dies anzuerkennen, so wird man, was nördlich des Mains liegt, ganz verlieren und mit dem südlich gelegenen Teil des Landes später doch in Abhängigkeit von dem Norden geraten. Entschuldigen E. E. diese meine freimütige Expektoration; sie fließt, wie ich nochmals versichern darf, aus redlichster Überzeugung."

[85] Er sagte zu Lefèvre de Béhaine „La France devait entrer sans délai dans le Palatinat et dans la Hesse elle n'y rencontrait ni haines ni préjuges nationaux." (Vgl. Ollivier, L'Empire libéral VIII, p. 525.)

Einschreiten in Deutschland zu bewegen.[86] Sein Ziel war, eine Koalition zwischen Frankreich und Österreich zustande zu bringen und Preußen zu zerschmettern. Er besprach sich zunächst mit Marquis de la Rochefoucauld, dem Sekretär der französischen Gesandtschaft zu Darmstadt.[87] In der Luxemburger Frage versuchte er, den Gegensatz zwischen Frankreich und Preußen bis zum kriegerischen Konflikt zu treiben. Während er einerseits in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte, daß man in den leitenden Kreisen Hessens den Eintritt in den Norddbund in ernstliche Erwägung ziehe — am 21. März 1867 ließ er durch den Legationsrat Hofmann im Norddeutschen Reichstag die gewiß nicht nordbundfeindliche Erklärung abgeben, daß man die föderativen Grundlagen des Bundes nicht vernichten solle, denn hierin liege der Keim zum Anschluß Süddeutschlands —, versuchte er auf der anderen Seite den Beitritt ganz Hessens zum Norddeutschen Bund, also die Übertretung des Artikels IV des Prager Friedens, zum Kriegsgrund zu machen. Aufschluß über diese Bestrebungen Dalwigks gibt ein Brief, den der Graf d'Astorg, der seit 1867 französischer Gesandter in Darmstadt war, an den französischen Gesandten in Berlin Moustier schrieb. Aus diesem Briefe geht hervor, daß Dalwigk im Sommer 1867 sich Frankreich gegenüber erboten hat, auf den Eintritt Südhessens in den Nordbund hinzuwirken, um dadurch ein kriegerisches Vorgehen dieser Großmacht gegenüber Preußen zu veranlassen.[88] Möglichst bald sollte Frankreich die Ge-

[86] Die folgenden Ausführungen beruhen wesentlich auf den Zeugnissen Olliviers, Ducrots und Hofmanns, die einander in wirkungsvoller Weise ergänzen, so daß etwaige kritische Bedenken gegen eine dieser Quellen leicht behoben werden können.

[87] Am 22. Juni 1887 schreibt de la Rochefoucauld an Moustier, daß Dalwigk gesagt hätte: „M. de Bismarck ne m'a pas dissimalé qu'il considérait, que le Hesse, dont la position est exceptionelle, devait dans son intégrité entrer dans la Confédération du Nord. La France, continuit Dalwigk, ne peut laisser le Prusse consommer ses victoires. Lui donnera-t-elle le temps d'organiser ses conquêtes? Mais pour bien faire, afin de ne pas mettre les Allemands en contradiction avec eux-mêmes. afin de ne pas froisser la fibre germanique, il est de toute importance, que l'empereur ne se jette pas en avant, qu'il n'offense pas le sentiment national. Il ne faut pas que les Allemands par l'attitude agressive de la France se jugent attaqués. La France doit faire agir l'Autriche; c'est elle qui doit faire en quelque sorte le jeu de la France et en le faisant elle fera le sien propre et le nôtre. Le cabinet des Tuileries doit amener l'Autriche à adresser un appel aux Allemands et à réclamer l'alliance française." (Ollivier, L'Empire libéral, X, p. 3.)

[88] Der Wortlaut des vom 28. September 1867 datierten d'Astorg'schen Briefes ist folgender: „ . . . . . quels seraient les liens du Sud avec le Nord? Il n'y a qu'un mot: Annexion. C'est l'annexion, l'absorption de l'Allemagne, qu'en réalité la Prusse veut et qu'elle met en execution. Et plus la France attendra, plus elle trouvera organisée la force prussienne, qui ne l'est pas encore du tout dans le Sud. Comme Allemand je ne prononcerais pas ce mot de guerre, mais si j'étais la France je le ferais le plus tot possible car la Prusse considère chaque jour d'aventage la France en état d'infériorité sous le rapport militaire et plus on attendra moins la Prusse aura tort. La France consentira-t-elle à perdre tout le prestige de sa puissance. prestige, dont elle a été si jaloux jusqu'ici

legenheit ergreifen und gegen die noch in der Organisation begriffene preußische Kraft vorgehen. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß die merkwürdige Erscheinung, daß die sonst sehr nordbundfeindlichen Mitglieder der Dalwigk ergebenen Kammermehrheit am 3. Juni 1867 einen Beschluß auf Eintritt in den Nordbund faßten, durch die damalige Stimmung Dalwigks mit bedingt wurde. Um die Tatsache, daß durch einen solchen Beschluß möglicherweise der Konflikt zwischen Frankreich und Preußen verschärft werden konnte, oder nach dem Wunsche Dalwigks verschärft werden sollte, werden nur sehr wenige oder gar keine der Kammermitglieder gewußt haben. Die Erklärung Hofmanns im Norddeutschen Reichstage, der schon im Mai von Dalwigk den Auftrag erhalten hatte, in Berlin nachzufragen, wie man zu dem jetzigen Zeitpunkt einen Antrag Hessens auf Eintritt in den Nordbund aufnehmen werde,[89] und die Haltung Dalwigks selbst, konnten wohl in den Reihen der Regierungsmehrheit die Meinung aufkommen lassen, daß die Regierung eine Initiative der Kammer in der Eintrittsfrage begrüßen würde. Der Beschluß der Zweiten Kammer hatte ja auch die Vaterlandsfreunde in Hoffnung und Freude versetzt; aber die notwendige Zustimmung der Ersten Kammer und Dalwigks am 17. Juni unterblieb. Die Zweite Kammer trat alsdann nie mehr mit einem Wunsche nach dem Eintritt in den Nordbund hervor, nachdem der leitende Minister in der Ersten Kammer den Eintritt des ganzen Landes in den Nordbund zum erstenmal klar und bestimmt abgelehnt hatte. Bezeichnend auch für die Tatsache, daß am 3. Juni 1867 die Stellung der Regierung zu der Eintrittsfrage für die Öffentlichkeit verhüllt gelassen werden sollte, ist die Erklärung des Ministerialrats Neidhardt in der Zweiten Kammer, die durchaus nicht als nordbundunfreundlich anzusehen ist. Wenn auch Neidhardt auf den Prager Frieden und das Einspruchsrecht Österreichs hinwies, so ist aus seinen unmittelbar nach den Anregungen der Kammer gesprochenen Worten zu entnehmen, daß die Regierung sich trotz des Prager Friedens immerhin ernstlich mit dem

---

et qui l'a placée a la tête des nations? Une guerre entre la Prusse et elle est inévitable. Assurément comme Allemand je ne le souhaite pas; comme Hessois je suis prêt. Si la France est prête et que, cherchant un prétexte pour rompre avec la cour de Berlin, elle considère, que l'entrée de la Hesse entière dans la Confédération du Nord est de nature à provoquer cette rupture, je suis disposée à servir ses desseins, et dès demain je proclame l'entrée du Grand-Duché. Sinon je résiste encore. Il est impossible que la France reste plus longtemps spectatrice muette du développement menaçant, que la Prusse prend chaque jour; les assurances de modération que Bismarck donne volontiers ne sont que des mensonges perfides; la guerre seule peut mettre un terme a cet état des choses. Aujourd'hui elle peut se faire à d'heureuses conditions pour la France; plus tard, je crains qu'il ne soit trop tard."

Diese Äußerungen, welche d'Astorg ausdrücklich als Worte Dalwigks wiedergibt, teilt Ollivier mit. Vgl. l'Empire libéral X p. 47. Vgl. unten die Aufzeichnungen des Generals Ducrot.

[89] D. Rev. 1912, III, p. 215.

Gedanken eines eventuellen Eintritts befaßte. Wenn nun Dalwigk am 17. Juni 1867 in der Ersten Kammer erklärte, daß man Preußen durch den Eintritt in den Norddbund Unannehmlichkeiten bereiten werde, so liegt nach allem, was wir an der Hand der Quellen über jene Vorgänge sagen können, die Annahme nahe, daß der Minister zwischen dem 3. und dem 17. Juni die Gewißheit erhielt, ein Kriegsausbruch sei wahrscheinlich nicht zu erwarten, und seine Haltung danach einrichtete. Er berief sich in seiner Kammerrede auf Österreich und den Grafen Beust, der den Eintritt ganz Hessens als im Widerspruch zu dem Prager Frieden stehend bezeichnet habe. Im Gegensatz zu diesem erklärte Bismarck, als Freiherr von Rabenau am 24. Juni 1867 im Norddeutschen Reichstag anfragte, welche Unannehmlichkeiten Preußen durch Hessens Beitritt zum Nordbund erwachsen würden, Dalwigks Behauptung für unbegründet, freilich, ohne daß dies innerhalb der hessischen Kammern eine Wiederaufnahme der Diskussion über die Eintrittsfrage zur Folge gehabt hätte.

Auch auf französischer Seite war man nicht gesonnen, Dalwigks Anregungen zu folgen. Weder seine Bemühungen, noch die ehrlichen Bestrebungen nach Angliederung an den Norddeutschen Bund, die Regierung und Kammer in Baden zeigten, veranlaßten Frankreich aus seiner Reserve hervorzutreten. Weder Badens noch Hessens Eintritt in den Nordbund berührten das französische Interesse, teilte Graf d'Astorg dem zum Krieg drängenden hessischen Minister mit. In barschen Worten wies er ihn ab und sagte, daß erst der Beitritt Württembergs und Bayerns das französische Interesse wachrufen würde.[90] Während des Jahres 1867 hatten denn auch Dalwigks Bestrebungen, Frankreich zum Vorgehen zu veranlassen, keinen greifbaren Erfolg.[91]

---

[90] „Eh! mon dieu! que font vos affaires d'Allemagne à la France?" sagte d'Astorg zu Dalwigk. „Elle s'en soucie fort peu, je vous assure; faites donc vos affaires vous-mêmes; car nous sommes bien résolus à ne pas nous en mêler." (La vie militaire du général Ducrot. II, p. 2[illegible].)

[91] Zeugnisse von hoher Beweiskraft, die wir für die Bestrebungen Dalwigks, Frankreich zum Kriege zu veranlassen, besitzen, sind die angeführten Aufzeichnungen Olliviers und Ducrots. Das Zeugnis Wachenhusens, des Kriegsberichterstatters der „Kölnischen Zeitung" (15. November 1870), der unter den in Cercay im Oktober 1870 von deutschen Truppen gefundenen Papieren ein Blatt entdeckte, auf dem die Worte standen: „Deutschland wünsche zwar nicht den Einmarsch der Franzosen, aber wenn sie kämen, würde man sie mit offenen Armen empfangen", besitzt daneben nur geringen Wert. Wachenhusen redet von einem Brief, den Dalwigk an den französischen Minister Rouher geschrieben habe. Diese Behauptung ist sicher unrichtig, und das Dementi Dalwigks in der „Darmstädter Zeitung" vom 16. November 1870 wendet sich auch gegen diese Behauptung. Dalwigk schreibt wörtlich: „1. Daß der französische Minister Rouher mir persönlich ganz unbekannt ist, und daß ich weder mit ihm, noch mit einem anderen französischen Minister jemals eine Privatkorrespondenz, überhaupt eine Korrespondenz politischen Inhaltes geführt habe. 2. Daß ich niemals einen Brief des von Herrn Wachenhusen angegebenen

Nur im Herbst 1867, als Dalwigk die Pariser Ausstellung besuchte, kam er einen kleinen Schritt vorwärts. Moustier sagte zu Graf d'Astorg, er sei glücklich gewesen, Herrn von Dalwigk persönlich kennen zu lernen. Er wies den Gesandten an, zunächst, ehe er andere Instruktionen erhalten habe, keine andere Haltung in seinen Beziehungen zu Dalwigk als bisher einzunehmen;[92] er vereinbarte aber mit Dalwigks Freund, dem Grafen Beust, daß dieser bei seiner Rückreise über Stuttgart und München nach Wien die süddeutschen Regierungen drängen sollte, einen besonderen Bund zu schließen.

Schon im Sommer 1867, vorzugsweise im Mai, waren die Regierungen Bayerns und Württembergs dem Plan eines Südbundes näher getreten. Doch hatten diese Verhandlungen, die sich vor allem auch mit dem Verhältnis Süddeutschlands zum Norddeutschen Bunde beschäftigten, kein Ergebnis. Merkwürdig übereinstimmend ist es, daß ebenso wie Beust, der gegen Ende des Jahres versuchte, die Regierungen in München und Stuttgart zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu bewegen, auch Dalwigk und die hessische Regierung den Versuch machten, in Stuttgart und München auf die Staatsmänner einzuwirken. Im Dezember 1867 begab sich Heinrich von Gagern im Auftrage der hessischen Regierung nach München, um dort neue Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten anzubahnen. Der wahrhaft deutschgesinnte Mann, den Dalwigk nach München sandte, erfüllte seine Mission, die zweifellos als ein Ergebnis jener Pariser Besprechungen zwischen Moustier, Beust und Dalwigk anzusehen ist, in der ehrlichen Überzeugung, die Sache Deutschlands und seines Heimatstaates zu fördern. Bei den Mitteilungen, die Gagern am 20. Dezember 1870 über seine Münchener Tätigkeit in der hessischen Kammer machte, betonte er zunächst, daß die hessische Regierung in den Nordbund mit seiner bestehenden Verfassung nicht habe eintreten wollen. Im Spätjahr 1867 gab nun Gagern der bayerischen Regierung gegenüber die Erklärung ab, daß der erste Satz der bayerisch-württembergischen Ministerialerklärung vom 6. Mai 1867, „daß eine vorherige Einigung der südwestdeutschen Staaten über die Basis, auf welcher sie mit dem Norddeutschen Bund verhandeln wollen, durch die Natur der Sache das gemeinsame Interesse und den Geist der Verträge geboten sei", die Zustimmung Hessens finde. Auch dem zweiten Satze der Ministerialerklärung, der sich gegen die Annahme der bestehenden norddeutschen Bundesverfassung wandte, stimmte Hessen zu. Der dritte

---

Inhaltes geschrieben habe, oder gar aus der Luxemburger Affäre Anlaß zu einem solchen genommen habe."

Dieses Dementi Dalwigks entspricht vollkommen den Tatsachen. Es läßt sich überdies genau feststellen, welches zu Cercay gefundene Papier gegen Dalwigk belastende Momente brachte. Darüber vgl. später bei der Behandlung der Stellung Dalwigks bei den Versailler Verhandlungen.

[92] Ollivier, X, p. 57.

Satz, wonach es für inopportun erklärt wurde, überhaupt in Verhandlungen einzutreten, da eine Aussicht auf Änderung der norddeutschen Bundesverfassung doch nicht bestehe, fand nicht die Billigung Gagerns.[93] Gagern bemühte sich, Hohenlohe zu Verhandlungen mit dem Nordbund zu veranlassen, jedoch ohne Erfolg. Daß seine Sendung nach München mit einem Mißerfolg endete, liegt vor allem begründet in der ablehnenden Haltung des Königs Ludwig, der seine Stellung zu den Ergebnissen der bayrisch-württembergischen Konferenzen bereits in einem Signat vom 30. Mai 1867 kundgetan hatte.[94] Eine Hauptbedingung Hessens für den Anschluß an den Nordbund war auch ferner die Festsetzung der Friedenspräsenz des Heeres auf ½ Prozent der Bevölkerung.[95] In militärischer Beziehung schien ein enger Zusammenhang Hessens mit den Südstaaten nicht mehr möglich, eine Tatsache, auf die Dalwigk schon am 3. Februar 1867 bei den Stuttgarter Militärkonferenzen der Südstaaten „mit Hinblick auf die eigentümliche Stellung der hessischen Regierung zum Nordbund" hingewiesen hatte.[96]

Während so die für Frankreich und Österreich erwünschte Geschlossenheit der süddeutschen Regierungen nicht erreicht wurde, gelang es Bismarck, in der Berufung des Zollparlamentes einen großen diplomatischen Erfolg über die süddeutschen Regierungen davonzutragen. Dalwigk hatte seine Zustimmung bei den Berliner Ministerverhandlungen damit begründet, „daß ihm wohl nichts anderes übrig bleiben werde, als auch zuzustimmen".[97] Als Dalwigk die hessischen Wahlen möglichst lange hinausschob, zog er sich einen heftigen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 4. März 1868 zu, in dem ihm die Absicht zugeschrieben wurde, möglichst antinationale Wahlen zustande zu bringen. Wie sich die hessische Regierung gegenüber dem Zollparlament verhielt, wie sie bei vielen Gelegenheiten jede Kompetenzüberschreitung ablehnte, ist bekannt.[98] Legationsrat Hofmann sah sich oft genötigt, in der schroffsten Weise die Anschauungen seiner Regierung zu vertreten. Sein Auftreten rief im nationalliberalen Lager allgemeinen Widerspruch hervor. Als die schwäbischen Partikularisten bei der Debatte über die hessische Weinsteuer auf die drohende Haltung Frankreichs gegen eine Erweiterung

---

[93] Ausführlich niedergelegt sind diese Gesichtspunkte, welche Gagern in seiner Kammerrede ja nur im Auszuge, aber inhaltlich vollkommen übereinstimmend wiedergibt, in einem Briefe des Fürsten Hohenlohe an die bayrische Gesandtschaft in Berlin vom 23. April 1867, zugleich ein Beweis dafür, daß die Ergebnisse der Konferenzen vom 6. Mai im wesentlichen durch die Stellung Bayerns bestimmt worden sind.

[94] Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, I p. 239.

[95] Freiherr von Gagern erklärte dies ebenfalls in seiner Kammerrede vom 20. Dezember 1870.

[96] Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, I p. 200.

[97] Hohenlohe, Denkwürdigkeiten I p. 245.

[98] Vgl. oben.

der Kompetenz des Parlamentes hinwiesen, trat auch Bismarck auf den Plan und sprach das berühmt gewordene Wort, daß der Appell an die Furcht niemals ein Echo in deutschen Herzen finden werde. Im Anschluß an jene Debatte entwickelte sich eine Polemik zwischen der „Darmstädter Zeitung" und der „Norddeutschen Allgemeinen", bei der die erstere den Standpunkt vertrat, daß die hessische Weinsteuer eine innere Angelegenheit des hessischen Staates sei, während die letztere darauf hinwies, daß das Zollparlament befugt sei, zu den Ungleichheiten der Besteuerung des Weins in den verschiedenen Ländern des Vereinsgebietes Stellung zu nehmen. Dalwigk hatte indessen die Genugtuung, daß der Zollbundesrat zunächst in seinem Ausschuß die Kompetenz über die hessische Weinsteuer ablehnte, und daß die Frage erst nach der Gründung des Reiches wieder erörtert wurde.

Zu dem Gegensatz zu Preußen, in welchem Dalwigk in der Frage des Zollparlamentes stand, hatte sich Ende 1867 noch ein anderer gesellt, nämlich die Verschiedenheit der Auffassungen, die sich bei einer Einladung ergab, welche Frankreich an die europäischen Staaten richtete, um eine Konferenz in der römischen Frage zustande zu bringen. Das Großherzogtum Hessen war der einzige deutsche Staat, der die französische Einladung nicht nur sofort, sondern auch bedingungslos annahm. Es entwickelte sich auch hier eine Preßfehde zwischen den amtlichen Zeitungen Hessens und des Norddeutschen Bundes. Die „Darmstädter Zeitung" vertrat den Standpunkt, daß Hessen wohl berechtigt sei, als „unabhängiger internationaler Staat" für die südlich vom Main gelegenen Teile in internationale Verhandlungen einzutreten, während ihre norddeutsche Kollegin Dalwigk belehrte, daß es nicht angehe, einen so wichtigen Schritt wie die Zustimmung zu der französischen Einladung ohne vorherige Verständigung mit dem Bundespräsidium zu tun, weil ja auch Hessen für Oberhessen ein Glied des Bundes sei. Während sich die hessische Kammer auch über diese Frage völlig ausschwieg, spielte sie in den Artikeln, welche die „Kölnische Zeitung" und die „Mainzeitung" gegen Dalwigk und seine Politik veröffentlichten, eine Rolle. Die Hartnäckigkeit, mit der sich der kleine Staat gegen den völligen Anschluß an den Norddeutschen Bund wehrte, fiel allgemein auf, und in den Reihen der Nationalliberalen kamen besonders führende Männer ihres rechten Flügels, die das Verhalten Hessens als des an der Eintrittsfrage meistbeteiligten Staates aufmerksam beobachteten, zu der Anschauung, daß der Beitritt Süddeutschlands zum Norddeutschen Bund nicht eine um jeden Preis wünschenswerte Errungenschaft sei.[99]

[99] In einem Aufsatze über „Badens Eintritt in den Bund" (Preuß. Jahrbücher, Bd. XXV, p. 331) schreibt Heinrich von Treitschke mit Bezug auf das Auftreten des Gesandten Hofmann am 18. Mai 1868 im Zollparlament: „Als Herr von Hofmann in jener berüchtigten Reichstagssitzung dem Bundespräsidium scharf und schroff widersprach, da tat er nur, was ihm nach der Verfassung

Die Bemühungen Dalwigks, eine Initiative Bayerns in der deutschen Frage zu veranlassen, waren trotz der Unterstützung Beusts gescheitert. Die Rechte des hessischen Staates, sich an internationalen Verhandlungen zu beteiligen, waren durch die Tatsache, daß der Großherzog auch norddeutscher Bundesfürst war, beschränkt. Den Eintritt in den Norddeutschen Bund mit seiner bestehenden Verfassung wollte man nicht. Die Souveränitätsfrage schien im Frühjahr 1868 geradezu brennend geworden zu sein. Im Zollparlament und in der parteipolitischen Agitation wirkten starke Strömungen für eine Ausdehnung der Kompetenz des Parlamentes. Unaufhaltsam steigerte sich der preußische Einfluß. Das Auftreten der Regierung im Parlament, die Unterstützung, die sie den preußenfeindlichen Kandidaten zuteil werden ließ, zeigen deutlich die beständige Besorgnis, daß das preußische Übergewicht allzu stark zur Geltung kommen und die Selbständigkeit des Staates ganz vernichtet werde. Man kann sich kaum des Eindruckes erwehren, daß die hessische Regierung mit ihrer Zustimmung zu dem französischen Konferenzvorschlag neben einem Beweis des Entgegenkommens gegenüber Frankreich, von dem sie Schutz erwartete, vor allem auch die Frage an Preußen zu stellen beabsichtigte, ob der durch den Prager Frieden geschaffene Rechtszustand für Hessen maßgebend oder illusorisch sei, ob man tatsächlich eine „unabhängige internationale Existenz" habe oder nicht. Und trotzdem er von Frankreich im Jahre 1867 zurückgewiesen war, trotzdem es ihm nicht gelungen war, den bei der Luxemburger Frage drohenden Kriegsbrand durch scheinbare Nordbundfreundlichkeit zum Ausbruch zu bringen, versuchte Dalwigk wiederum im Jahre 1868 von Frankreich Hilfe und Rettung zu erlangen. Bei der französischen Diplomatie hatte er im vorhergegangenen Jahre keine Unterstützung gefunden, jetzt versuchte er durch Vermittlung französischer Generale seinen Wünschen Gehör und sich selbst Zutritt bei Kaiser Napoleon zu verschaffen. Die franzosenfreundliche, aus der Würzburger Zeit lebendige Richtung seiner Gefühle, für die Bismarck das Wort „rheinbündlerisch" gebraucht,[100] erscheint in desto seltsamerem und merkwürdigerem Lichte, je mehr wir aus anderen Zeugnissen Dalwigks wissen, daß ihm die deutsch-nationale Gesinnung keineswegs abging.[101] Die hessischen Staatsmänner im allgemeinen und vor allem auch Dalwigk waren großdeutsch-föderalistisch gesinnt. Um Preußen, das

---

zustand. Woher nun die Entrüstung, das peinliche Befremden, die sich bei jenem Auftritt aller ernsthaften Patrioten bemächtigten? Weil man empfand, daß dieses Recht, rücksichtslos geübt, zur Auflösung aller Ordnung führen müsse. Wie aber, wenn die Bevollmächtigten der drei kleinen Königskronen das Beispiel ihres hessischen Genossen befolgen, die Politik des Widerstandes zu einem System ausbilden und sich zu Führern der parlamentarischen Opposition aufwerfen?"

[100] Anhang zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen II p. 134.

[101] Vgl. darüber Kap. VI gegen Schluß die Gedichte, die er gelegentlich verfaßte.

der Verwirklichung des in der Denkschrift vom April 1861 dargelegten großdeutschen Ideals,[102] wie es die mittelstaatlichen Minister der Würzburger Zeit erträumten, am meisten Widerstand entgegensetzte, von seiner Höhe herabzustürzen, griff Dalwigk, der Abkömmling eines alten deutschen Geschlechts und Leiter der Regierung eines deutschen Staates, zu dem undeutschesten Mittel, das sich denken läßt; er bettelte nochmals bei Frankreich um den Krieg gegen Preußen.

Noch im Sommer 1868 während der Abwesenheit Dalwigks von Darmstadt, der im Juli und August bei Verwandten in Livland weilte, hatte Marquis de la Rochefoucauld um eine Audienz beim Großherzog nachgesucht und ihm mitgeteilt, daß Frankreich vollkommen uninteressiert an den politischen Zuständen Deutschlands sei, und diese Versicherung hatte der französische Geschäftsträger Dalwigk nach seiner Rückkehr persönlich wiederholt.[103]

Mitte Oktober begab sich nun der Minister nach Straßburg und hatte dort eine längere Unterredung mit dem französischen General Ducrot. Er klagte über die Unfähigkeit der französischen Diplomatie, besonders Rouhers, und hob im Unterschied zu seinem Freunde Beust die Notwendigkeit eines schnelles Eingreifens hervor. Frankreich verliere allmählich seinen ganzen Einfluß in Europa, während die Bedeutung Preußens stetig wachse. Hessen halte sich eben mit aller Anstrengung gegen Preußen, länger als zwei, drei Jahre könne auch das nicht mehr dauern. In Württemberg und Bayern ständen Varnbühler und Hohenlohe unter preußischem Einfluß, die Herrscher seien neutral, aber Bevölkerung und Armee preußenfeindlich. In Stuttgart sei es vor allem der Kriegsminister Wagner, der sich Bismarck widersetze. Bayern und Württemberg würden bei Ausbruch des Krieges eine zuwartende Haltung einnehmen, um sich dann, je nach dem ersten Erfolg, für oder gegen Preußen zu entscheiden. In Sachsen sei wohl der König aufrichtig entschlossen, bundestreu zu bleiben, aber Armee und Bevölkerung würden ihm nicht folgen. Wenn Frankreich zu Anfang des Krieges einen Erfolg erziele, könne es auch auf die bewaffnete Unterstützung Österreichs rechnen. Dalwigk gab dann noch den Wunsch kund, persönlich mit Napoleon zu sprechen und ihn über die drohenden Gefahren, gegen welche Frankreich nicht gleichgültig bleiben dürfe, aufzuklären. Ducrot ließ durch den General Frossard diesen Wunsch dem Kaiser mitteilen. Dieser lehnte es aber ab, Dalwigk zu empfangen und zwar mit der Begründung, daß dessen Reise nach Paris zu dem jetzigen Zeitpunkt unmöglich so geheim vor sich gehen könne, daß sie unbeobachtet bleibe. Dalwigks zweiter Versuch, Frankreich zur Tat zu drängen, war ebenso gescheitert wie der erste, er hatte sich wiederum eine Abweisung geholt. Aber trotzdem blieb er seinem Grundsatze, Preußen mit Frankreichs Hilfe zu be-

[102] Vgl. Kap. II.

[103] La vie militaire du général Ducrot II, p. 276 ff.

kämpfen, auch fernerhin treu und erhoffte von ihm die Wiedergewinnung der vollen Selbständigkeit seines Staates. Um die Besprechungen Dalwigks mit d'Astorg, und um seine Reise nach Straßburg wird in Darmstadt nur ein sehr kleiner Kreis gewußt haben, dessen Mitglieder wohl meist in der Umgebung des Hofes, abgesehen von der des Prinzen Ludwig, zu suchen sein werden. Dem General Ducrot hatte der Minister eine ganze Reihe von Kriegsgründen angegeben: die Luxemburger Frage, die Besetzung von Mainz, das, nachdem es seinen Charakter als Festung des Deutschen Bundes verloren hatte, eigentlich nur hessischer Platz war, durch die Preußen, ebenso die Befestigung Rastatts könnten eine Veranlassung zum Einschreiten Frankreichs bieten.

Der einzige Erfolg, den Dalwigk in Straßburg erzielt hatte, war der, daß der General Ducrot die Erlaubnis des Kaisers erhielt, den wiederholten, durch den Oberstallmeister Baron von Capellen vermittelten Einladungen des Großherzogs Ludwig III. nach Darmstadt zu folgen. Der Großherzog empfing ihn unter dem Siegel des strengsten Geheimnisses in einem Landhäuschen in der Nähe Darmstadts. Er sprach sich heftig gegen Preußen aus, das ihn fortwährend kränke und beleidige. Es sei ein Fehler Napoleons gewesen, die Bildung des Norddeutschen Bundes zu dulden. Für Hessen sei die Lage unerträglich geworden, und um ihr zu entgehen, sei er notgedrungen zu den schwersten Opfern bereit. Er sei, um die Unterstützung Frankreichs zu gewinnen, bereit, seinen Anteil auf dem linken Rheinufer abzutreten und eine Entschädigung auf Kosten Badens, wo zwar nicht das Volk, aber der Großherzog und seine Umgebung mindestens ebenso preußisch wie die Pommern und Brandenburger seien, anzunehmen.[104] Alle Versuche des Herrn von Moltke, die hessischen Truppen zu verpreußen, seien bis jetzt mißglückt. Preußen wisse wohl, daß es zwar über die Personen der hessischen Soldaten verfüge, aber nicht über ihre Herzen, und deshalb werde es bei Ausbruch des Krieges die hessischen Truppen möglichst schnell weit fort aus dem Lande schaffen. Der Großherzog werde dann allein inmitten seines treuen Volkes zurückbleiben und sich ohne Zögern dem Edelmut Napoleons anvertrauen. Der Kaiser müsse sich darauf einrichten, am Tage, wo er den Krieg beginne, auf das rechte Ufer des Rheins überzugehen und entschlossen die Offensive zu ergreifen. „Der kleinste Erfolg", sagte der Großherzog, „wird alle süddeutschen Staaten bestimmen, mit Euch zu gehen. Wenn Ihr im Gegenteil aber zögert

[104] Die Mißstimmung des Großherzogs gegen Baden hatte auch noch einen zweiten, mehr persönlichen Grund. In jenen Jahren war zwischen dem Prinzen Alexander von Hessen und Wilhelm von Baden eine Polemik entstanden, die sich mit dem unglücklichen Feldzug des VIII. Bundesarmeekorps am Main befaßte. 1867 war unter dem Einflusse des ersteren eine Schrift erschienen, die unter dem Titel „Der badische Verrat" die heftigsten Vorwürfe gegen die Kriegsführung des Prinzen Wilhelm erhob.

und Preußen den Vorteil der Offensive überlaßt, wie dies ja im Kriege von 1866 gewesen ist, dann seid Ihr sicher verloren; denn wir werden alle gezwungen sein, mit Preußen zu gehen, und einmal im Zuge, werden wir uns nicht mehr zurückhalten können; dann fallt Ihr unvermeidlich vor unserer Übermacht".

Die Mitteilungen, die General Durcrot über diese Unterredung an den Kaiser sandte, wurden von diesem als „fort intéressant" bezeichnet, hatten aber keinen weiteren Erfolg. Man war in Paris nicht gesonnen, damals in einen Krieg einzutreten, trotzdem Dalwigk Frankreich des Wohlwollens einer anderen Macht versichert hatte, mit der gerade Hessen in den besten Beziehungen stand, nämlich Rußlands. Daß Dalwigk in Berührung mit Rußland getreten war, wurde im Herbst 1868 in der deutschen Presse sofort bemerkt. In der „Kölnischen Zeitung", dem „Schwäbischen Merkur" gaben aus Berlin datierte Artikel, die auch von der „Mainzeitung" in Darmstadt verbreitet wurden,[105] eine Schilderung, wonach Herr von Dalwigk in den Ostseeprovinzen, wo er sich während seines Urlaubs aufhielt, Eindrücke empfangen hätte, die ihn die Treue der Livländer gegen das russische Kaiserhaus bezweifeln ließen. Er habe dann dem Kaiser Alexander, der im Herbst in Jugenheim an der Bergstraße bei seinem Schwager, dem Großherzog weilte, die Meinung eingeflößt, daß die Livländer Hinneigung zu Preußen hätten. So seien die strengen Maßregeln gegen die deutschen Bewohner der baltischen Provinzen — nach der Rückkehr des Kaisers Alexander nach Rußland wurden an Stelle der Gouverneure deutscher Nationalität plötzlich russische Gouverneure ernannt — zu erklären. Seinen eigentlichen Zweck indessen, Rußland gegen Preußen aufzuhetzen, habe Dalwigk nicht erreicht. Dieser Artikel der „Mainzeitung" vom 10. November wurde von Dalwigk am folgenden Tage in der „Darmstädter Zeitung" dementiert. Der Wortlaut des Dementis läßt immer noch Raum für die Auffassung, daß ohne Wissen und Zutun Dalwigks die russische Regierung von selbst gegen die Ostseeprovinzen mißtrauisch geworden sei.[106] Auch das russische offizielle „Journal de Petersbourg" druckte

[105] Vgl. die „Mainzeitung" vom 10. November 1868. Der wesentliche Wortlaut dieses Artikels ist folgender: „Nach durchaus glaubwürdigen Mitteilungen, und wie namentlich die Freunde des Herrn von Dalwigk triumphierend verkündigten, wurde derselbe von dem Kaiser Alexander während dessen Jugenheimer Aufenthaltes auf ganz besondere und hervorragende Weise distinguiert, von Sr. Majestät aufgesucht, bei Spaziergängen à part genommen usw. — Bereits damals fügte man hinzu, Herr von Dalwigk habe Gelegenheit gehabt, über seinen jüngsten Aufenthalt in den Ostseeprovinzen der russischen Majestät Mitteilungen zu machen, welche dieselbe aufs lebhafteste interessiert hätten."

[106] Dalwigk bestreitet in der „Darmstädter Zeitung" vom 11. November 1868, daß er in Livland Beobachtungen gemacht habe, welche ihn die Anhänglichkeit der Livländer an das kaiserliche Haus bezweifeln ließen. „Tatsachen, welche geeignet sein könnten, das gute Einvernehmen zwischen Rußland und Preußen zu stören, sind in Livland meines Wissens niemals vorgekommen.

das Dementi Dalwigks in Nr. 255 des Jahres 1868 ab. Die Sache kam aber trotzdem nicht zur Ruhe. Am 14. November brachte die „Kölnische Zeitung" als Leitartikel den Brief eines Livländers, der Dalwigk wiederum in schärfster Weise angriff. Dalwigk antwortete sofort am 15. November in der „Darmstädter Zeitung".[107] Dieses zweite Dementi geht auf die Frage, ob Dalwigk den Kaiser Alexander beeinflußt habe, überhaupt nicht ein, es sagte, trotz aller scheinbaren Bestimmtheit eigentlich nur, daß Dalwigk niemanden in Livland gesprochen habe, der nicht dem russischen Staate treu sei, es läßt sogar im Gegenteil, indem es sich auf die Möglichkeit vertraulicher Äußerungen im Kreise des Verfassers des Artikels der „Kölnischen Zeitung" bezieht, der Meinung Raum, daß tatsächlich in Livland eine antirussische Strömung bestehe. Einige Tage später[108] veröffentlichte Dalwigk einen dritten Artikel, in dem er die ganze Frage nochmals erörterte und schrieb, daß mittelstaatliche Einflüsse nicht nötig gewesen seien, um in Petersburg Verdacht gegen Livland aufkommen zu lassen, und daß er es ablehne, auf die Varianten gewisser preußischer Journale, und wäre es selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", zu antworten. So unklar die Ergebnisse sind, die sich aus diesem Zeitungsmaterial gewinnen lassen, so wirkungsvoll werden sie ergänzt durch die Mitteilungen, die der Minister dem General Ducrot über die Stellung Rußlands machte. Der Kaiser von Rußland hatte sich in Jugenheim bei verschiedenen Gelegenheiten über die gegenwärtige Lage Europas und die völlig unvorhergesehenen Resultate des Krieges von 1866 ausgesprochen. Er äußerte gegen Dalwigk die Meinung, daß Preußen auf seinem Wege nicht Halt

---

übrigens besitzt die Kaiserlich-Russische Regierung in ihren Ostseeprovinzen zu viel Mittel, um sich Aufklärung über die dort herrschenden Stimmungen und Wünsche zu verschaffen, als daß sie nötig hätte, auf die Erfahrungen einzelner Reisenden Wert zu legen."

[107] Der Artikel Dalwigks, der eine Inhaltsangabe der Zuschrift an die „Kölnische Zeitung" an die Spitze stellt, lautet folgendermaßen: „Die heutige ‚Kölnische Zeitung' bringt in einem ersten Artikel einen gegen mich gerichteten Brief eines Livländers, der an Gehässigkeit alles übertrifft, was ich bisher über die Beschuldigung, die Treue der Provinz Livland verdächtigt zu haben, hören mußte. Die Vorwürfe gipfeln in der Behauptung, daß ich die Äußerungen einzelner Livländer, die mir, als einem Fremden, in rückhaltlosem Vertrauen gemacht worden, unter Mißbrauch der Gastfreundschaft benutzt hätte, die Provinz zu denunzieren. Der Verfasser des Briefes übersieht in seiner Leidenschaft, daß, indem er die Möglichkeit solcher vertraulichen Äußerungen unterstellt, er selbst es ist, der die Gesinnungen eines Teiles der Livländer verdächtigt. Ich aber erkläre hierdurch auf das Bestimmteste, daß keiner meiner livländischen Freunde und Bekannten, überhaupt keiner derjenigen, welche ich bei meiner letzten Anwesenheit in Livland sah, sich bei mir anders als im Sinne der strengsten Loyalität und Treue für den Kaiser und das kaiserliche Haus geäußert hat, und daß, wenn wirklich abweichende Ansichten, die man nur im Vertrauen mitteilen könnte, in Livland existieren sollten, deren Vertreter notwendig unter den Bekannten des Verfassers des Briefes in der ‚Kölnischen Zeitung', nicht aber unter den meinigen zu finden sein müßten."

[108] „Darmstädter Zeitung" 1868, Nr. 322.

machen würde, und daß Frankreich infolge der Gefahr, allen Einfluß in Europa zu verlieren, bald eingreifen müsse. „Wenn Preußen in einem Kriege gegen Frankreich triumphiert hätte", sagte der Kaiser, „würde sein Ehrgeiz keine Grenzen mehr kennen; es würde nicht nur das deutsche Kaisertum zu seinem Vorteil wiederherstellen, sondern auch absoluter Herrscher im Baltischen Meer sein wollen, und seine Absichten gingen vielleicht so weit, die deutschen Provinzen von Rußland loszulösen. Wenn aber im Gegenteil Frankreich siegen würde, ist es sehr wahrscheinlich, daß es sich mit der Gewinnung seiner Rheingrenze bis nach Belgien zufrieden geben würde, und das würde nichts Beunruhigendes für uns haben."[109] Dalwigk hatte Ducrot noch auf den Grimm der Kaiserin von Rußland hingewiesen, die das Unglück nicht vergessen könne, das Bismarcks Politik über ihre Heimat gebracht habe, aber auch das ohne Ergebnis. Seine eifrigen Bemühungen, sein politisches Ziel zu erreichen, waren ohne Erfolg geblieben; Dalwigk mußte sich darauf beschränken, in den nächsten Jahren seinen Widerstand gegen den Norddeutschen Bund mit verbissenem Trotz fortzusetzen.

Der Großherzog, der die Politik seines Ministers zweifellos billigte, hatte sich lange gesträubt, die in der Militärkonvention ausbedungene Organisation der Truppen nach preußischem Muster vorzunehmen. Erbgroßherzog Ludwig, der durch seine Gemahlin Alice, eine englische Prinzessin, zur kronprinzlichen Familie von Preußen nahe verwandtschaftliche Beziehungen hatte, wirkte am Hofe in preußenfreundlichem Sinne, und hatte stets darauf gedrungen, daß die nach Hessen kommandierten preußischen Offiziere vertragsmäßig Verwendung finden sollten. Auch als die Kammern durch die Ablehnung der preußischen Gagen- und Löhnungssätze der Regierung die Erfüllung ihrer Verpflichtungen erschwerten, mißbilligte er diese Haltung aufs schärfste.[110] Daß die Regierung ihren Berliner Gesandten Hofmann auf seinem verantwortungsvollen und wichtigen Posten oft ohne jede Instruktion ließ,[111] bereitete diesem wohl mitunter ernstlichen Verdruß, aber vermochte nicht, ihn von dem Wege abzubringen, auf dem er in langsamer stetiger Arbeit den Anschluß seiner Heimat an den Nordbund zu erstreben suchte.[112] Die schroffe Stellung, die

[109] La vie militaire du général Ducrot, II, p. 278 ff.

[110] Legationsrat Hofmann an Dalwigk, Deutsche Revue, 1912, III p. 218.

[111] Am 1. Dezember 1867 bedauert Hofmann, „die Großherzogliche Regierung so oft zur Instruktionserteilung drängen zu müssen," er müsse sich oft wegen mangelnder Instruktionserteilung der Abstimmung enthalten. (Deutsche Revue, 1912, III p. 218.)

[112] Am 18. April 1870 schreibt er an Dalwigk: „Ich bin keineswegs der Meinung, daß wir uns Hals über Kopf in den Norddbund stürzen sollen, aber ich glaube, daß es bald an der Zeit ist, die Frage endlich ins Auge zu fassen, wie sich den Schwierigkeiten begegnen lassen wird, die aus unserer Doppelstellung zum Norddeutschen Bund jetzt schon entspringen, und die bei dem Voranschreiten der Bundesgesetzgebung notwendig von Jahr zu Jahr wachsen

er gelegentlich als Untergebener Dalwigks gegenüber dem Nordbunde einnahm, entspricht durchaus nicht der tatsächlichen Stimmung und Überzeugung dieses Mannes, der genau wie Prinz Ludwig in einer unangenehmen Zwischenstellung den richtigen mittleren Weg zu gehen trachtete. Im April 1868 kam es zu einer Krisis zwischen dem letzteren und der preußenfeindlichen Partei in Darmstadt; der Prinz kam um seine Entlassung ein, weil er es mit seiner Ehre für unvereinbar fand, unter den obwaltenden Umständen im Dienste zu bleiben. Der König von Preußen schickte Ende April den General Bonin nach Darmstadt, um dem Großherzog aktenmäßig nachzuweisen, daß er sein Versprechen nicht gehalten habe. Auch drohte man, die hessischen Truppen nach Preußen zu verlegen. Der Erfolg war, daß das Kriegsministerium entlassen und auf Grund der Vorschläge des Prinzen Ludwig neugebildet wurde. Der Prinz übernahm wieder das Kommando und erzielte schließlich nach längeren Kämpfen mit dem Großherzog, daß ein höherer preußischer Offizier, der General Wittich, ihm zur Seite gegeben wurde. Als der Erbgroßherzog sich an der Reise beteiligen wollte, die der Kronprinz von Preußen im Jahre 1869 nach Ägypten unternehmen wollte, kam es im Oktober 1868, am Tage der Audienz des Generals Ducrot, zu einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Großherzog, der nicht dulden wollte, daß General Wittich für die Zeit der Abwesenheit des Prinzen das Kommando führe. Prinz Ludwig gab indessen nicht nach und ging mit dem Kronprinzen nach dem Süden. Verschiedene Besuche in Berlin hatten den Erbgroßherzog dem preußischen Kronprinzenpaar noch näher gebracht. Der Großherzog erhoffte wie Dalwigk alles Heil für sein Land von seinen internationalen Verbindungen. Mit Rußland, Österreich und Frankreich suchte er sich stets auf besten Fuß zu stellen. Bei der Salzburger Zusammenkunft Kaiser Franz Josefs und Napoleons von 1867, war er anwesend, sein Schwager, Erzherzog Albrecht, neben Biegeleben der Hauptführer der österreichischen Kriegspartei, hielt sich gelegentlich in Darmstadt auf. Der Fürst legte mehr Wert auf gute Beziehungen zu den bedeutenden Herrscherfamilien Europas, als auf ein gutes Verhältnis zu dem Bunde, dem er mit einem beträchtlichen Teile seines Landes angehörte.

Im Frühjahr 1870 schien es, als ob die lang anhaltende Spannung der Höfe und Regierungen zu Berlin und Darmstadt gegen-

müssen." Ferner sagt er, daß man die hessische Regierung in Berlin als eine prinzipielle Gegnerin des Nordbundes und seiner Institutionen betrachte. „Es ist natürlich, daß da, wo diese Ansicht herrscht, unsere Anträge und Wünsche nicht mit derjenigen bundesfreundlichen Bereitwilligkeit aufgenommen werden, auf welche wir an und für sich einen Anspruch hätten." Auch der Besuch des Großherzogs in Berlin im April 1870 werde eine bleibende Besserung der Beziehungen zwischen Hessen und Preußen nicht zur Folge haben, wenn man nicht auf die „Darmstädter Zeitung" und namentlich auf die „Hessischen Volksblätter" einen Druck ausübe, ihre Verunglimpfungen Preußens und seiner Dynastie zu unterlassen. (Deutsche Revue, 1912, III p. 219.)

einander einer milderen Stimmung Platz machen sollte. Der Großherzog stattete Ende April dem König Wilhelm einen persönlichen Besuch ab. Wenn man bedenkt, wie sehr sich der alte Großherzog durch die Ernennung des Legationsrats Wentzel, eines Mannes, den seine sämtlichen Kollegen am alten Bundestag wenig oder gar nicht achteten, zum preußischen Gesandten in Darmstadt brüskiert fühlen mußte,[113] so erscheint tatsächlich dieser Besuch des Großherzogs in Berlin zu einer Zeit, da Bismarck vielleicht das Projekt der deutschen Kaiserkrone in Erwägung zog,[114] auf den ersten Blick als ein Schritt der Annäherung an Preußen. Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst hatte ebenfalls die Vermutung, daß die Reise des Großherzogs nach Berlin eine solche Annäherung bedeute und berichtet in seinen Denkwürdigkeiten von der Auffassung gewisser diplomatischer Kreise zu Berlin, daß der Besuch mit dem Kaiserplan zusammenhänge.[115] Man wird aber doch wohl nicht fehlgehen, wenn man die Fahrt des Großherzogs nach Berlin als einen einfachen Akt der Höflichkeit, als eine Erwiderung der mehrfachen Besuche des Königs von Preußen in Darmstadt während der vorhergehenden Jahre auffaßt. In Berlin gab sich der Gast durchaus keine Mühe, mit der königlichen Familie von Preußen in nähere Berührung zu treten; seinem Benehmen merkte man die Unlust an, sich länger als unbedingt nötig seinen dortigen Verpflichtungen zu unterziehen.[116] Die partikularistischen hessischen Blätter,

---

[113] Robert von Mohl, Lebenserinnerungen II p. 304.

[114] Das 1912 erschienene Buch von W. Stolze „Die Gründung des Deutschen Reiches" hat Bismarcks Kaiserplan im Frühjahr 1870 einer Betrachtung unterzogen. Vgl. besonders p. 296 ff. Schlagend bewiesen hat dieses Buch aber in dieser Frage nichts.

[115] „Auch die Reise des Großherzogs von Darmstadt wird mit diesem Gedanken in Verbindung gebracht. Man behauptet, der Großherzog habe viele Schulden und hoffe auf diese Art herauszukommen. Ebenso meinen diese Politiker, der Kaiser von Rußland sei dem Kaiserprojekt günstig und hoffe dadurch den Thron seiner Schwester gegen die Demokraten zu schützen und habe den Großherzog zur Reise nach Berlin veranlaßt." (Hohenlohe, Denkwürdigkeiten II p. 7.)

[116] Prinz Kraft von Hohenlohe-Ingelfingen, der den Ehrendienst bei dem Gaste versah, berichtet über das Verhalten des Großherzogs in Berlin allerlei interessante Einzelheiten. Ebenso wie der General Ducrot kam auch er nicht zu der allgemeinen, ziemlich abfälligen Beurteilung dieses nur äußerlich schwerfälligen Fürsten. Innerlich war der Großherzog vielen Zeitgenossen an Klarheit des Verstandes und der Einsicht weit überlegen, und sein lebhaftes Interesse für Musik und Theater, das in Darmstadt in lebhaftester Weise zu Tage trat, spricht für eine Regsamkeit seines Geistes, die unter der ruhigen Maske, die er zur Schau trug, häufig dem oberflächlichen Beobachter entging. Prinz Kraft zu Hohenlohe („Aus meinem Leben" p. 398 ff.) erzählt über den Großherzog folgendes: „Es war der erste Besuch, zu dem sich der alte Großherzog nach den Ereignissen des Jahres 1866 hatte entschließen können, bei denen er uns feindlich gegenübergestanden hatte. Verschiedene diplomatische Verhandlungen waren vorausgegangen, und ich ward persönlich vom König instruiert, alles zu tun und einzuleiten, wie es dem Gaste bequem sein werde. Dieser war ein Original durch und durch. Seine riesenhafte Körpergröße, neben der unser König und Kronprinz wie ganz kleine Menschen aussahen, hatten im Verein mit dem zu-

„Volksblätter" und „Mainzer Journal", betrachteten den Besuch als das, was er war, einen Höflichkeitsbeweis, eine Meinung, die dadurch gestützt wird, daß der Großherzog auch in der Folge seine preußenfeindliche Gesinnung beibehielt. Auch Legationsrat Hofmann erwartete von dem Besuch keine bleibende Besserung der Beziehungen zwischen Preußen und Hessen.[117] Als einzige Wirkung der persönlichen Berührung mit dem preußischen Hof im Frühjahr 1870 kann man vielleicht den Umstand betrachten, daß in diesem Jahre, das Hof- und Staatshandbuch für das Großherzogtum Hessen zum ersten Male den Staat als teilweises Mitglied des Norddeutschen Bundes und den Grafen Bismarck als den Kanzler dieses Bundes bezeichnete.

Auf der anderen Seite währte der Gegensatz zu Preußen und dem Norddeutschen Bund mit unverminderter Schärfe fort. Im Mai 1870 befürchtete man wiederum in Darmstadt, daß der aus Ägypten zurückgekehrte Prinz Ludwig das Kommando der hessischen Division niederlegen und ein preußischer General an seine Stelle treten werde. Man war in der Öffentlichkeit der Meinung, daß der Prinz das Generalkommando des preußischen XI. Korps in Kassel übernehmen würde. Indessen, Prinz Ludwig blieb in Darmstadt und führte das Kommando seiner Division weiter. Vielleicht war es Rücksicht, die König Wilhelm auf die persönlichen Empfindungen des Großherzogs nahm, der einen preußischen Offizier als Führer seiner Truppen nicht dulden wollte.

Im Frühjahr 1870 schien sich die von seiten der hessisch-österreichischen Kriegspartei erstrebte Koalition zwischen Österreich und Frankreich der Verwirklichung zu nähern. Erzherzog Albrecht begab sich nach Paris und dann über Darmstadt, wo er einige Zeit Gast des Großherzogs war, nach Warschau. Wie sehr indessen die Darmstädter Politik in diesem Jahre bei der Herbeiführung der Annäherung zwischen Frankreich

---

nehmenden Alter eine große Schwerfälligkeit erzeugt. Er kannte alles, wußte alles, hatte aber eine souveräne Verachtung aller Menschen im allgemeinen, der vornehmen Welt im besonderen, und sprach von Zeremonien nur mit der bittersten Ironie. So ward jedes Wort, das er sagte, ein attischer Witz, und ich kam aus dem Lachen gar nicht heraus, so lange ich bei ihm kommandiert war. Sein hessischer Dialekt, der dem Frankfurter sehr ähnlich war, machte seine Rede für ein Berliner Ohr noch komischer. Als er seine Visiten bei den Mitgliedern der königlichen Familie machen wollte, verlangte er von mir, ihn so zu diesen Visiten herumzuführen, daß er niemand zu Hause träfe, denn die Unbequemlichkeit des Treppensteigens wollte er vermeiden. Meiner Instruktion gemäß, benachrichtigte ich den König davon, der einen Befehl an alle ergehen ließ, den Großherzog nicht anzunehmen. Demzufolge wies uns überall der Portier mit der Meldung ab, die Herrschaften seien ausgefahren. Die Königin Augusta gab eine Soiree. Er ging nicht hin, sondern blieb in seinem Zimmer, rauchend. Aber zur Königin Elisabeth ging er, weil er sie verehrte. Unser König liebte ihn eigentlich, obgleich sie lange politische Gegner waren. Er lachte über seine Witze und neckte ihn schelmisch."

[117] Vgl. den oben mitgeteilten Inhalt des Briefes, den Hofmann am 18. April 1870 an Dalwigk schrieb.

und Österreichs beteiligt war, ob man wirklich im Sinne Dalwigks plante, durch den Eintritt Südhessens einen Kriegsgrund zu schaffen, ist bei dem jetzt zu Gebote stehenden Quellenmaterial nicht festzustellen. Nur vermutungsweise kann man sagen, daß die Reise des Erzherzogs von Darmstadt nach Warschau, die zweifellos den Zweck hatte, bessere Beziehungen zwischen Österreich und Rußland herzustellen, vielleicht durch die persönliche Vermittlung des Großherzogs und seines beim Zaren so beliebten Ministers vorbereitet worden ist.

V. Hessen und der „Casus foederis".

Schon in einer Sitzung des Norddeutschen Reichstages vom 17. März 1870 war die Frage der Stellung Hessens bei einem etwaigen Kriege berührt worden. Der Abgeordnete Dr. Hans Blum hatte ausgeführt, daß unter Umständen die hessischen Soldaten in einen Gewissenskonflikt kommen könnten, denn sie leisteten einen doppelten Eid, den des Gehorsams gegen den Bundesfeldherrn und den der Treue gegen ihren Fürsten. Er hatte den Fall gesetzt, daß eine fremde Macht den Konflikt zwischen Treue und Gehorsam hervorrufen könne, und den Legationsrat Hofmann zu einer Erwiderung veranlaßt, die den bedeutsamen Inhalt hatte, daß der Casus foederis für Hessen gar nicht in Betracht käme. Die hessischen Truppen seien infolge der Konvention einfach ein Teil der preußischen Armee und die Frage, ob der hessische Soldat durch seinen Fahneneid der Gefahr ausgesetzt sei, durch die Treue gegen den Landesherrn Verrat gegen den Bund zu begehen, brauche nicht erörtert zu werden. Bei diesen Ausführungen, die stark durch das selbständige Wesen Hofmanns beeinflußt scheinen, und die jedenfalls nicht die Überzeugung Dalwigks ausdrückten, dachte wohl niemand daran, daß der Fall, wo es sich für die hessischen Truppen darum handeln würde, ihrem Landesherrn oder dem Bunde treu zu bleiben, in einigen Monaten aktuell werden könnte, wenn die Würfel zu Anfang des Krieges von 1870 anders, zugunsten Frankreichs gefallen wären.

Anfang Juli, als die spanische Frage in die Öffentlichkeit gelangte, war die Stimmung in Hessen nicht preußenfreundlicher, als sie bisher gewesen war. Man erblickte in der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern nur ein neues Intrigenspiel Bismarcks. Die „Mainzeitung", das nationalliberale Organ, hielt sich reserviert, die „Volksblätter" dagegen wandten sich in scharfen Artikeln gegen die Politik des „Störenfrieds" Bismarck, „die in der ganzen Welt herumbohre". Bismarck habe, nachdem es ihm nicht möglich gewesen, die Mainlinie zu überschreiten, die spanische Frage angezettelt. Die katholische Richtung schrieb die Schuld am Kriege Napoleon und Bismarck gleichmäßig zu.[118] Die

[118] Vgl. „Mainzer Journal", 13. Juli 1870.

Auffassung änderte sich aber sofort nach dem Bekanntwerden des Verzichts des Prinzen Leopold von Hohenzollern auf die spanische Kandidatur und nach der Veröffentlichung der Emser Depesche. Jetzt fiel die Schuld, den Krieg angestiftet zu haben, nach aller Meinung auf Frankreich. Die „Volksblätter" stellten sich mit einem Schlage auf die Seite Preußens, aus allen Kundgebungen in der Öffentlichkeit spricht die Sympathie für Preußen, nicht überall gleich freudig und gleich begeistert, aber doch überall von dem Gefühle der Notwendigkeit getragen, dem nationalen Gedanken zuliebe alles Trennende zurückzustellen.

Doch griff daneben im Volke auch eine Stimmung der Besorgnis Platz. Wenn man sich im Falle eines Krieges loyal auf die Seite Preußens stellte, so mußte dies zweifellos das Land, wenn Frankreich siegte, aufs bitterste büßen. Die benachbarten Ruinen des Heidelberger Schlosses, die Erinnerungen an die Franzosen, führten nun einmal in jenem Lande dem Volke warnend vor Augen, daß man mit Besorgnis dem Sieg Frankreichs entgegensehen müsse. Vom Rheine an bis weit nach Franken hinein lebten noch Leute, die die Zeit der Napoleonischen Feldzüge gesehen hatten. „Im Lager von Chalons", schrieben die „Volksblätter", „warten 150 000 wohldisziplinierte Krieger auf den Befehl ihres Kaisers, um die Rheinlande zu überschwemmen".[119] In kurzer Zeit, mutmaßte man, werde eine große französische Armee am Rheine stehen. Auf der anderen Seite aber war aller Voraussicht nach für die Selbständigkeit des Landes nichts gewonnen, wenn man sich ohne Vorbehalt Preußen anschloß, eher war darauf zu rechnen, daß der Nordbund sich auf den Süden ausdehnen werde. In der Presse machte sich wohl vereinzelt eine Stimme geltend, die die Regierung zur Neutralität aufforderte und dies mit dem Hinweis auf das Vorgehen Preußens im Jahre 1866 begründete. Dies tat zum Beispiel am 16. Juli ein Bürger in den „Volksblättern". Der Zeitpunkt zum gemeinsamen Auftreten aller deutschen Staaten

[119] Ottokar Lorenz gibt in seinem Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches" p. 281 ff. eine Darstellung jener Stimmung, die in den Julitagen des Jahres 1870 in der Rheingegend herrschte. „. . . . Als ich nach Schweinfurt kam, um von da mit der Post nach Kissingen zu fahren, bemerkte der Beamte am Schalter, das wäre unvorsichtig, alle Leute reisten nach Hause, die Verbindung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ufer des Mains könne nur noch wenige Tage dauern. Und in der Tat! Die damals noch ohne Eisenbahn befahrene Straße von Schweinfurt nach Kissingen bot das Bild einer Völkerwanderung. In unzähligen Wagen jeder Art und Gattung, auf ihren Koffern sitzend, von Ochsen gezogen, auf Strohbündeln gelagert, im Erntewagen, der langsam neben dem außen und innen besetzten Omnibus daher fuhr: so flüchtete am 16. Juli die gesamte Badegesellschaft von Kissingen, weit über tausend Personen, in der festen Überzeugung, daß in wenigen Tagen die Franzosen hier Herren sein werden und eine Heimreise durch die Kriegsereignisse unmöglich würde . . . aber die Wahrheit ist und bleibt es, daß in den Tagen der Kriegserklärung eine ungeheuere Panik durch die Länder ging und daß man von einer maßlosen Überschätzung des Feindes gepeinigt worden war."

gegen Frankreich sei erst gekommen, wenn dieses sich ein Stück deutschen Bodens aneignen wolle.

Auch bei den süddeutschen Regierungen, abgesehen von der Badens, spielte die Frage, ob man nicht durch die bedingungslose Unterstützung des Nordbundes diesen so stärken werde, daß man später unter ungünstigen Verhältnissen in den Norddeutschen Bund, den man so sehr scheute, eintreten müsse, eine Rolle. Abgesehen von der Tatsache, daß die hessischen Truppen schon durch die Bestimmungen der Militärkonvention mit Preußen zur Teilnahme am Kriege verpflichtet waren, konnte natürlich die hessische Regierung ebenso wie die bayrische mit Rücksicht auf die Lage der linksrheinischen Besitzungen beider Staaten den Plan einer öffentlichen Neutralitätserklärung kaum in Erwägung ziehen. Da Dalwigk die Machtmittel fehlten, seinen Gesinnungen gemäß das Verhältnis zum Norddeutschen Bund zu lösen, wahrte er zunächst, um Preußen keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben, die Bestimmungen der Konvention. Unter der Maske eines bundestreuen Staatsmannes aber trieb der Minister auch in diesem gefährlichen Zeitpunkt ein doppeltes Spiel, das gewagt genug war, ihn und seinen Staat an den Rand des Abgrundes zu führen. Die allgemeine Begeisterung, welche fast überall den wütenden Preußenhaß und den verbissenen Trotz, den das Volk gegen den Sieger von 1866 hatte, verdrängte, reichte nicht bis zum Thron, und die Leiter des hessischen Staats vermochten nicht, das deutsche Empfinden, das sie zweifellos hatten, in den Vordergrund zu stellen; eben weil das gehaßte Preußen das deutsche Panier ergriff, deshalb wünschten sie ihm von Herzen die Niederlage.

Sowie einige Zweifel an der Haltung der Regierung aufkamen, wandten sich die „Mainzeitung" und die „Kölnische Zeitung" sofort gegen deren vermutete antinationale Stellung. Am 14. Juli veröffentlichte die „Mainzeitung" einen Artikel, in dem der hessische Gesandte in Paris, Graf Enzenberg, beschuldigt wurde, in Paris eine sogenannte Mainzer Frage[120] ins Leben gerufen zu haben. Diese Behauptung ist, soweit sie sich gegen Enzenberg richtet, jedenfalls grundlos. Am 19. Juli 1870 telegraphierte Enzenberg nach Darmstadt: „Der Unterzeichnete erklärt den Artikel der „Mainzeitung" vom 14. Juli l. J. für vollkommen erdichtet. — Hierauf Ehrenwort eines von seiner Dienstpflicht für Hessen durchdrungenen Mannes." Dieses Telegramm schließt aber nicht aus, daß man in Paris sich dennoch mit der Mainzer Frage beschäftigte, freilich nicht auf die Anregung Enzenbergs. Sehr wohl ist denkbar, daß jetzt die Fingerzeige, welche Dalwigk im Oktober 1868 dem General Ducrot gegeben hatte, auf französischer Seite Betrachtungen über die Rechtsverhältnisse der Festung Mainz veranlaßten. Die Nationalliberalen entwickelten in

[120] Gemeint ist natürlich die Frage, ob Preußen in der früheren Bundesfestung, die ja südlich der im Prager Frieden gezogenen Trennungslinie lag, einfach der Rechtsnachfolger des alten Bundes sei.

jenen Tagen nicht nur in der „Mainzeitung" eine große Regsamkeit, sondern vor allem suchten sie auch durch öffentliche Versammlungen die Gemüter für die deutsche Sache zu begeistern. Am 16. Juli 1870 wollten sie eine Versammlung auf den Darmstädter Marktplatz berufen mit der Tagesordnung: „Absetzung des Ministeriums Dalwigk, Abberufung des hessischen Gesandten in Paris." Dieses Programm wurde auf Veranlassung einiger führender Fortschrittler umgeändert in eine Kundgebung für die gemeinsame deutsche Sache, die auf den 17. Juli verlegt wurde. Der Staatsrat von Bechtold, der in vorübergehender Abwesenheit des Herrn von Dalwigk die Geschäfte führte, verbot die Versammlung mit der Begründung, daß die militärischen Operationen schon im Gange seien, und daß eine solche Kundgebung möglicherweise der Stadt gefährlich sei. Der Darmstädter Polizeidirektor, Herr von Willich, welcher dieses Verbot ausführte, fügte noch hinzu, daß die Franzosen schon in Freiburg ständen. Sofort ergriffen „Mainzeitung" und „Kölnische Zeitung" die Veranlassung, diesen Vorfall zu Angriffen gegen die hessische Regierung zu benutzen.[121] Die Regierung versuchte ihren Standpunkt zu rechtfertigen, allerdings in sehr unglücklicher Weise, indem sie die nationale Versammlung als eine „provozierende" bezeichnete.[122] Das Verhalten der hessischen Regierung in jenen kritischen Tagen zeigt eine absichtliche Unentschlossenheit und Unbestimmtheit. Dalwigk hatte am 14. Juli eine Erholungsreise angetreten und kehrte erst auf einen sehr dringlichen Brief des Gesandten Hofmann am 17. Juli nach Darmstadt zurück. Der Brief Hofmanns ist datiert vom 15. Juli 1870. Er setzte darin Dalwigk von dem Wunsche der preußischen Regierung in Kenntnis, daß dieselbe Wert darauf lege, daß bei dem bevorstehenden Abbruch der Beziehun-

[121] Die „Kölnische Zeitung" schreibt am 16. Juli: „Auf morgen vormittag war eine Volksversammlung zur patriotischen Kundgebung gegen Frankreich anberaumt. Die Polizei, auf Weisung des Ministeriums, hat sie, nachdem der französische Gesandte dem Vertreter des abwesenden Herrn von Dalwigk, Geh. Staatsrat von Bechtold, der vorher der Versammlung zustimmte, einen Besuch gemacht hatte, mit Rücksicht auf den französischen Gesandten untersagt; auch die ‚Darmstädter Zeitung' erläutert dieses Verbot dahin, daß jetzt die Zeit der Phrase zu Ende sei, und es nun der Tat gelte."

[122] Die „Darmstädter Zeitung" schreibt in Nr. 196: „Eine Lüge ist es, daß das Verbot der auf gestern angesagten und anfangs gestatteten Versammlung auf Anrufen des hiesigen französischen Gesandten erfolgt sei. Das nachträgliche Verbot wurde durch den Wunsch einiger hiesigen Bürger veranlaßt, welche es bedenklich fanden, gerade im gegenwärtigen Augenblick eine provozierende Demonstration zu machen, welche der nationalen Sache nicht den mindesten Nutzen, wohl aber möglicherweise der Stadt im Laufe der Ereignisse großen Schaden bringen könnte. Wenn ein hessischer Beamter oder eine hessische Behörde von umlaufenden politischen Gerüchten Notiz nimmt, um eine an sich wohlbegründete Verfügung noch weiter zu motivieren, so gehört ein hoher Grad von gehässigem Parteigeist dazu, um die Beamten der Verbreitung von Gerüchten zu beschuldigen, welche geeignet seien, Entmutigung in den Geist der Bevölkerung und der Armee zu tragen."

gen zwischen dem Norddeutschen Bund und Frankreich auch gleichzeitig die Vertreter der süddeutschen Staaten von Paris abberufen würden. Er wünschte eine baldige Weisung in diesem Sinne an den Grafen Enzenberg und verlangte die Berufung der hessischen Stände zur Bewilligung der Kriegskredite. „Entschuldigen E. E.," schließt Hofmann, „wenn ich mit diesen Zeilen die Ruhe Ihres Landaufenthaltes gestört habe, aber ich würde geglaubt haben, eine Pflicht zu versäumen, hätte ich E. E. nicht auf den Ernst der Situation, wie sie sich hier zeigt, aufmerksam gemacht."

Das Verbot der Volksversammlung hatte aber nicht nur die „Kölnische Zeitung" und die „Mainzeitung" zu scharfer Polemik angeregt, sondern auch die Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag wie Bismarck selber begannen auf das Verhalten der hessischen Regierung, das dem aller anderen süddeutschen Regierungen widersprach, ein Auge zu werfen. Bismarck beabsichtigte, das Großherzogtum Hessen früher als sonst nötig in Kriegszustand zu erklären und verlangte die sofortige Suspendierung des Herrn von Willich, der ja eigentlich nur den Absichten seiner Vorgesetzten entsprochen hatte.[123] Er gab sich aber wohl damit zufrieden, daß die hessische Regierung das Verhalten des Darmstädter Polizeidirektors nicht beanstandete, denn sowohl Herr von Willich, als auch der eigentliche Urheber des Verbotes, Staatsrat Bechtold, blieben im Amte.

Neben dem Verbot der Volksversammlung verschaffte ein anderes gefährliches Experiment der Darmstädter Regierung die weitgehende Kritik der nationalen Presse. Allgemein fiel es auf, und vor allem tadelte es in heftigen Worten die „Kölnische Zeitung", daß der französische Gesandte zu Darmstadt, Graf d'Astorg, die Stadt auch nach der Mobilmachung der hessischen Truppen, die auf Befehl des Königs von Preußen am 15. Juli begann, nicht verlassen hatte.[124] Am

---

[123] Am 19. Juli 1870 schreibt Hofmann an Dalwigk (Deutsche Revue, 1912, III p. 222): „Er richte deshalb an mich das amtliche Ersuchen, der Großherzoglichen Regierung mitzuteilen, sie möge den Sachverhalt eruieren, und wenn der betreffende Beamte in der Tat jene falsche Nachricht verbreitet habe, unverzüglich im Disziplinarwege, insbesondere mit Suspendierung desselben vorzugehen. Graf Bismarck fügte noch hinzu, daß in dem jetzigen Augenblicke, wo es sich für Deutschland um Hals und Kragen drehe, mit der größten Energie gegen diejenigen eingeschritten werden müsse, deren Tätigkeit sich als dem Siege der nationalen Sache hinderlich erweise, und er werde nötigenfalls zu militärischen Mitteln seine Zuflucht nehmen, um solche Schwierigkeiten zu beseitigen.

Ich erwiderte hierauf, ich könne unmöglich glauben, daß der genannte Beamte sich eines Verfahrens schuldig gemacht habe, welches die Großherzogliche Regierung veranlassen könne, zu seiner Suspendierung zu schreiten, derselbe habe jedenfalls im besten Glauben gehandelt. Graf Bismarck wiederholte sein Verlangen unter Hinweis darauf, daß das Verhalten der Großherzoglichen Regierung ihm unter Umständen Veranlassung geben könne, die Proklamierung des Kriegszustandes im Großherzogtum früher herbeizuführen, als sonst nötig wäre."

[124] „Kölnische Zeitung", 16. Juli, heißt es in einer Zuschrift aus Darmstadt: „Der französische Gesandte befindet sich noch hier und tröstet mit einer Invasion, die den Süden vom Norden abschneiden werde."

19. Juli abends meldete nun der hessische Gesandte in Berlin, daß Frankreich soeben den Krieg erklärt habe. Der hessische Gesandte in Paris wurde jetzt abberufen, aber Graf d'Astorg verließ Darmstadt erst am 21. Juli. Die Verzögerung, welche von der „Darmstädter Zeitung" mit der Zeit, welche die Zustellung der Pässe in Anspruch nahm, entschuldigt wurde, läßt sich leicht erklären, wenn man bedenkt, daß noch kurz vor Ausbruch des Krieges der Großherzog dem Herzog von Gramont einen Beweis hatte geben lassen, daß er immer noch seine alte franzosenfreundliche Gesinnung beibehalte. „Nur die Kanonen von Mainz", ließ er ihm sagen, „hinderten ihn, zur Verfügung des Kaisers Napoleon zu stehen und er erwarte den Tag, wo er diesem nach Rückgabe der Freiheit seine Sympathie bezeugen könne."[125] Man erwartete in den leitenden Kreisen zu Darmstadt — eine andere Erklärung für das zweideutige Verhalten der hessischen Regierung gibt es nicht — daß der Kaiser Napoleon gemäß den Ratschlägen, die ihm der Großherzog 1868 hatte zukommen lassen, mit einem wohlausgerüsteten Heere sofort am Tage der Kriegserklärung über den Rhein gehen werde, um durch einen ersten Erfolg die Südstaaten zum Anschluß an Frankreich zu bewegen. Die Gefahr einer offenen Verbindung mit Frankreich konnte man nicht wagen. Wenn man sich später, gewissermaßen unter dem Druck der Kriegsereignisse, von Preußen loslöste, so konnte man auch auf eine mildere Beurteilung dieses Schrittes in der Öffentlichkeit rechnen.

Die hessische Regierung gab über ihr Verhalten gegenüber Frankreich folgende knappe Erklärung, die sowohl auf die Öffentlichkeit wie auf Preußen beschwichtigend wirken sollte: „Der kaiserlich französische Gesandte dahier richtete am 18. l. M. im Auftrage seiner Regierung mündlich die Anfrage an den Großh. Minister des Äußeren, ob Hessen im Falle eines Krieges mit Preußen neutral bleiben werde. Diese Frage wurde sofort unbedingt verneint und das feste Zusammengehen mit Preußen als der einzige Weg bezeichnet, den eine patriotische und bundestreue deutsche Regierung im vorliegenden Falle wählen könne."[126]

Der Sturm, den das Verhalten der Regierung hervorgerufen hatte, hielt noch einige Zeit an. Bennigsen teilte in einer Versammlung zu Hannover mit, daß an die Generalkommandos mit Hinblick auf den Darmstädter Fall der Befehl gelangt sei, gegen jede verräterische Handlung kriegsrechtlich einzuschreiten. Wenn etwa eine süddeutsche Regierung versuchen sollte, so führte er weiter aus, ihre Truppen im Falle einer Schlappe zurückzuziehen, so seien Vorkehrungen getroffen, die Truppen zurückzuhalten. Im Einklang damit steht die Tatsache, daß die hessische Division aus dem Verbande des XI. Korps in den des IX. Korps übertrat und der Armee des Prinzen Friedrich Karl zugeteilt wurde, während das XI. Korps selbst sich der unter dem Befehl des Kronprinzen stehenden süddeutschen Armee

[125] Staatsarchiv, Bd. 57, Nr 10772. Brief des Herzogs von Gramont an Beust.
[126] „Darmstädter Zeitung", 22. Juli 1870.

anschloß. Die Öffentlichkeit verlangte die sofortige Entlassung Dalwigks, und man brandmarkte sein Verhalten mit den schärfsten Worten.[127]

Das weitere Verhalten der hessischen Regierung Ende Juli und Anfang August war übrigens völlig korrekt. Dalwigk hatte sofort die Kammern auf den 20. Juli einberufen und verlangte von ihnen die Bewilligung eines Kredits von 3 376 000 Gulden für das südhessische Kontingent. Die Zweite Kammer, die in ihrer Gesamtheit nach dem Verzicht des Prinzen Leopold von Hohenzollern auf die spanische Krone Frankreich als den Urheber des Krieges ansah, genehmigte ohne Schwierigkeiten die Kredite, einige Mitglieder mit dem seit dem Jahre 1866 sprichwörtlich gewordenen Vermerk, daß man nicht gut wisse, was werden solle, wenn man nicht zustimme, und daß ein anderer als ein zustimmender Beschluß gar nicht möglich sei. Auch in der Ersten Kammer stimmte man einstimmig zu. Dalwigk legte sich sehr für die Bewilligung des Geldes ins Zeug, er bat die Kammern, „trotz der Verschiedenheit der Ansichten, die die Herren in der vorliegenden Sache hätten", das nötige Geld ohne jeden Vorbehalt zu bewilligen.

Der Krieg war im Gange, und Dalwigks Hoffnungen, die volle Selbständigkeit Hessens wiederhergestellt zu sehen, konnten nur durch einen nachhaltigen Erfolg der französischen Waffen gefördert werden. Die Entwicklung der Ereignisse brachte aber, wie bekannt, Frankreich Niederlage auf Niederlage und in Deutschland eine Entfaltung und ein Wachstum des nationalen Gedankens ohnegleichen. Stürmisch begehrten bedeutsame Stimmen in der Öffentlichkeit den Anschluß des Südens an den Norden. Der Schwerpunkt der süddeutschen Frage lag aber in dem Verhalten Bayerns, und die eigentlich wichtigen Verhandlungen und Beratungen fanden deshalb statt zwischen Bismarck und dem Leiter der bayrischen Politik, dem Grafen Bray. Für Dalwigk als den Minister eines kleineren Staates, dessen Verhalten im großen ganzen nur eine Funktion der Stellung der übrigen Südstaaten, insbesondere auch Badens, das den Eintritt in den Norddbund seit mehreren Jahren begehrte, sein mußte, kam es bei der unaufschiebbaren Neuordnung Deutschlands darauf an, seinem Lande einen verhältnismäßig günstigen Platz zu sichern. Wollte er sein altes Ziel, die Bekämpfung der Vorherrschaft eines größeren Staates, auch unter den jetzigen Bedingungen beibehalten, so blieb ihm wiederum nur der versteckte Weg einer Politik des doppelten Spiels, das er in den letzten Jahren so geschäftig versucht hatte.

---

[127] Heinrich von Treitschke schreibt am 3. August: „. . . . im Darmstädter Kabinett steht es heute noch also, daß uns ein Einschreiten des Militärgouverneurs gegen den Freiherrn von Dalwigk dringend geboten erscheint". (Preuß. Jahrb., 1870, p. 248.) Noch am 25. September gebraucht er die starken Worte . . . . „wir wenigstens hätten ein derberes Einschreiten gegen die landesverräterischen Umtriebe des Herrn von Dalwigk gewünscht". (Preuß. Jahrb., Bd. XXVI p. 496.)

VI. Der Beitritt Hessens zum Reiche.

„Das erste praktische Resultat des Krieges ist die gänzliche Vernichtung des Prager Friedensvertrages, die Mainlinie hat faktisch zu existieren aufgehört, und es kann nach dem Kriege auf diesem Vertrag schlechthin nicht weitergebaut werden. Möge uns, das ist jetzt das heiße, inbrünstige Gebet jeder patriotischen Seele, der bevorstehende Krieg endlich zu der Verbrüderung aller deutschen Stämme führen und fürder kein Glied dieser in Eintracht starken Familie ausgeschlossen bleiben."

Wenn ein Blatt wie die „Volksblätter" am 23. Juli 1870 solche Worte schrieb, so ist dies ein Beweis für die elementare Änderung der Anschauungen, die sich innerhalb weniger Tage in der öffentlichen Meinung vollzogen hatte. Wenn sogar von demokratischer Seite solche bewegliche Rufe nach der Einheit und staatlichen Geschlossenheit Deutschlands laut wurden, — freilich dachte man sie sich auf jener Seite in anderem Sinne verwirklicht als ein erweiterter Norddeutscher Bund —, so kann man sich eine Vorstellung von dem Eifer machen, mit dem sich jetzt die hessische Fortschrittspartei zusammen mit den norddeutschen Nationalliberalen an die Behandlung der deutschen Frage machte, deren Lösung sie seit dem Jahre 1866 immer in kleindeutschem Sinne erwartet hatte.

Der Zollparlamentsabgeordnete für Mainz, Dr. Ludwig Bamberger, war zu Beginn des Krieges in Mainz von Bismarck ins Vertrauen gezogen worden, begleitete ihn bei den Märschen des Hauptquartiers im August als amtlicher Vermittler mit der Presse und nahm schließlich eine Stellung in der provisorischen Verwaltung des Elsaß ein. Schon zu Anfang August richtete Bamberger ein Schreiben an seinen Parteifreund Finger, Hofgerichtsadvokaten in Alzey, welches zur Wirkung hatte, daß Finger sich am 19. August an den norddeutschen Parteiführer Bennigsen wandte und ihn zur Agitation für eine freiheitlich-nationale Gestaltung Deutschlands aufforderte. Für seine Heimat, erklärte Finger, wolle er selbst in den nächsten Tagen die nötige Anregung geben. Bennigsen ließ das Schreiben Bambergers, welches Finger beigelegt hatte, am 22. August 1870 an Lasker gelangen.[128] Er erkannte richtig, daß der Wunsch Bambergers nach einer öffentlichen Agitation durch seine Besorgnisse um das Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Verfassung begründet sei.[129] Die Reise, welche Lasker und Bennigsen nach vorheriger Vereinbarung unter den norddeutschen Parteiführern im September nach Süddeutschland unternahmen, wird also wohl mit veranlaßt sein durch jene Aufforderung des Mainzer Abgeordneten. Die Fahrt der beiden Politiker berührte Hessen nicht, das Hauptfeld für ihr

[128] Oncken, Bennigsen II p. 176.
[129] Oncken, Bennigsen II p. 179.

Wirken waren München und Stuttgart. Auch von der Tätigkeit Forckenbecks, welcher sich in Frankfurt und Stuttgart aufhielt, ging keinerlei Wirkung auf die hessischen Verhältnisse aus Die Agitation in diesem Lande wurde vor allem von Bamberger selbst betrieben, den die anderen Führer der Partei, Metz und Dernburg, unterstützten. Ungemein förderlich war es für die nationale Bewegung besonders auf dem linken Rheinufer gewesen, daß es durch einen Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 8. August bekannt geworden war, daß Preußen 1866 den Antrag Napoleons auf Abtretung der bayrischen Pfalz und Rheinhessens zurückgewiesen hatte. In dem preußenfeindlichen Mainz bereitete sich allmählich ein gründlicher Umschwung der Meinung vor; die schwarz-rot-goldenen Kokarden, welche preußische Landwehrmänner im August 1870 in Mainz ansteckten, erweckten eine freudige Stimmung der Bürgerschaft. Als nach dem Siege von Sedan die Begeisterung mächtig wuchs, benutzte Bamberger die Gelegenheit, persönlich in seiner Vaterstadt zu erscheinen. Bei Gelegenheit der Siegesfeier richtete er eine Ansprache an die auf dem Markt sich drängende Volksmenge, vielleicht auch ein wenig von der Absicht geleitet, sein Mandat zum Zollparlament für die Zukunft zu sichern und sich bei den Mainzern, bei denen er keine sonderliche Verehrung genoß, beliebt zu machen. Unter großem Beifall sprach er: „Die Zeit ist gekommen zu fordern einen fest konstituierten, einzigen deutschen Bund, Verschwinden der unseligen Mainlinie, ein einziges deutsches Reich. Lassen Sie mich den Bewohnern des neuerworbenen deutschen Bodens die Versicherung bringen. Nicht wollen wir euch von einem Staate von 40 Millionen loslösen, um euch einem kleineren Gemeinwesen von 2 oder 5 Millionen einzufügen, nicht wollen wir die Schäden der Kleinstaaterei über euch verhängen, die wir an uns selbst beklagen. Sondern ihr sollt einkehren in den geeinigten, großen deutschen Staat, vertreten durch ein einziges deutsches Parlament." Die Forderung nach Zurückgewinnung Elsaß-Lothringens war übrigens schon von den „Volksblättern" am 10. August erhoben worden. Allenthalben entwickelte sich das deutsche Gemeinschaftsbewußtsein im Lande und fand seinen Ausdruck in einer Adresse der Darmstädter Bürgerschaft an den Großherzog am 1. September, in der er gebeten wurde, seinen Einfluß dafür einzusetzen, daß unter Ausschluß jeder fremden Einmischung ein nur die Interessen Deutschlands berücksichtigender Friede geschlossen werde."

Wie sich nun gegenüber dem steten Anwachsen der nordbund- und einheitsfreundlichen Gesinnung diejenigen Faktoren verhielten, die Preußen und dem Nordbund abgeneigt waren, ist für die erste Zeit des Krieges nicht festzustellen, da es hierfür vollkommen an Material fehlt. Die Preußenfeinde stehen während des August und des Anfangs des September unter dem wuchtigen Eindruck der Siege der deutschen Waffen, welcher ihre Hoffnungen vernichtete und sie

zunächst gegenüber den Einheitsbestrebungen die Sprache nicht finden ließ. Gerade aber in der Zeit, die an Äußerungen der Öffentlichkeit gegen Preußen und den Nordbund so arm ist, begann Dalwigk in den Kampf einzutreten, den er gegen Bismarck zu führen gedachte.

Der Großherzog hatte zu Beginn des Krieges kein Hehl daraus gemacht, daß er dem preußischen Oberkommando und dem Feldzug selbst mit gründlicher Abneigung gegenüberstand. Nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus dem tiefer liegenden Grunde, daß er doch nicht der Kriegsherr seiner Truppen war, brachte er der nationalen Bewegung wenig Verständnis entgegen.[130] Die Stimmung der leitenden Staatsmänner war immer noch mit Ausnahme Hofmanns dem Eintritt in den Norddeutschen Bund so abgeneigt wie zuvor.

Bei den Septemberverhandlungen zu München, welche der Minister Delbrück mit bayrischen und württembergischen Vertretern führte, war Hessen nicht vertreten. Nachdem nun einmal die Verhandlungen über ein engeres Verhältnis Süddeutschlands zu Norddeutschland in Fluß gekommen waren, mußte es im Interesse Hessens als eines kleineren Staates liegen, durch eine gemeinsame Phalanx der süddeutschen Staaten in Versailles, wo sich die Vertreter des Nordbundes mit den süddeutschen Bevollmächtigten über die endgültige Gestaltung Deutschlands einigen sollten, möglichst günstige Bedingungen zu erlangen. Wie wir wissen, hatte sich Heinrich von Gagern schon 1867 bemüht, die Südstaaten zu einem geschlossenen Auftreten zu bewegen, speziell Bayern zu veranlassen, den ganzen Süden gegenüber dem Norden zu vertreten. Die Forderungen, welche Dalwigk in Versailles hätte prinzipiell aufstellen müssen, wenn er nun, da er des Beistandes europäischer Mächte beraubt war, den Ideen Gagerns und Biegelebens Raum gab,[131] hatten wohl kaum Aussicht auf Erfolg. Darüber gab sich wohl auch ein Diplomat wie er keiner Täuschung hin, daß das Verlangen nach einer Reorganisation des preußischen Staates in der Weise, daß der preußische Landtag abgeschafft und der Schwerpunkt der Gesetzgebung in die Einzellandtage verlegt würde, zu diesem Zeitpunkt, da es für Bismarck vor allem darauf ankam, das Verhältnis zu Süddeutschland, besonders zu Bayern, zu ordnen, kaum in den Kreis der Erörterungen gezogen werden könne.

Durch den Antrag Badens auf Eintritt in den Norddeutschen Bund war die diplomatische Diskussion über die deutsche Frage unver-

---

[130] Albrecht von Stosch schreibt in seinen „Denkwürdigkeiten" p. 190 über seine Beobachtungen in Mainz am 2. August, an welchem Tage der König von Preußen in Mainz eintreffen sollte: „. . . . Als ich zum Bahnhof ging, fand ich den Großherzog mit einer langen Pfeife vor dem Palais sitzend, wo der König absteigen sollte. Er sagte mir: Ich begreife nicht, daß so viele deutsche Fürsten dem König in den Krieg folgen; ja, wer ein Kommando hat! Aber so ist es doch nur für alle Teile unbequem!"

[131] Vgl. darüber Kap. III u. IV.

meidlich und für Hessen unmittelbar aktuell geworden.[132] Am 17. Oktober 1870 teilte Legationsrat Hofmann dem badischen Gesandten von Türckheim mit, daß, nachdem Baden den Antrag auf Eintritt in den Norddbund gestellt habe, Hessen nunmehr nicht länger werde widerstreben können, auch mit Südhessen beizutreten.[133] Um dieselbe Zeit gab Hofmann auch im Auftrage seiner Regierung dem Präsidium des Norddeutschen Bundes die Bereitwilligkeit seiner Regierung kund, an den Besprechungen teilzunehmen, die auf Grund der Münchener Vorberatungen den Eintritt der süddeutschen Staaten und Südhessens in einen weiteren Bund des Norddeutschen Bundes zum Zweck haben sollten. Ein völliges Abseitsstehen der hessischen Regierung war undenkbar, und auch der Großherzog war bereit, im Einladungsfalle die Versammlung der deutschen Fürsten, welche Bismarck für den November 1870 vorübergehend ins Auge gefaßt hatte, zu besuchen.

Am 26. Oktober erschienen nun Dalwigk und Hofmann, ein nordbundfeindlicher und ein nordbundfreundlicher Vertreter, in Versailles, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Ende Oktober fanden einige Vorbesprechungen in unverbindlicher Form statt. Gegenüber Dalwigk wurde von preußischer Seite, wo Delbrück diese vorbereitenden Verhandlungen leitete, scharf betont, daß er nur als Vertreter der südlichen Teile des Großherzogtums Hessen, nicht des ganzen Landes anwesend sei. Dalwigk erklärte darauf, daß der Großherzog mit seinem ganzen Lande dem Bunde beizutreten wünsche. Delbrück hatte von der Stellung Hessens die Auffassung, daß Dalwigk nur einige, an sich unbedeutende Zugeständnisse in finanzieller Beziehung verlange. Wie wir nun aber wissen, war der Eintritt in den Nordbund durchaus nicht Dalwigks Herzenswunsch, seine ganze Politik während der Vorjahre hatte sich ja darauf gerichtet, diesem Bund möglicherweise internationale Schwierigkeiten zu bereiten und davon eine Besserung der Lage seines Landes zu erwarten. Die bestimmte Erklärung, welche Dalwigk in jenen Tagen Delbrück gab, daß Hessen sich dem Bunde unbedingt auch dann anschließen würde, wenn Bayern nicht beiträte, ist zu erklären aus der durch den Eintritt Badens für Hessen geschaffenen Zwangslage. Dalwigks eigentliches Ziel war nach wie vor, sich dem Einfluß des Nordbundes möglichst zu entziehen, und bei diesem Bestreben schien ihm zunächst der Wunsch einiger süddeutschen Staaten nach Gebietserwerb förderlich zu sein.

Ottokar Lorenz nimmt, wahrscheinlich mit Recht, an, daß Bayerns Verlangen nach Gebietsvermehrung schon während des

[132] Die badische Regierung teilte am 2. September 1870 dem Bundeskanzler mit, daß sie bereit sei, „in den Norddeutschen Bund mit seiner dermaligen Verfassung" einzutreten. Vgl. die badische Denkschrift bei Baumgarten-Jolly: „Staatsminister Jolly" p. 175/76.

[133] Ottokar Lorenz, „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches" p. 609.

Juliaufenthaltes des Kronprinzen von Preußen in München berührt worden ist.[134] Zu Ende des Oktober und Anfang des November traten nun in Versailles die Bevollmächtigten Bayerns mit dem Wunsche nach Gebietsabrundung hervor. Bayern wünschte, die seit Jahrzehnten erstrebte Verbindung des rechts- und des linksrheinischen Gebietes herzustellen und hoffte auf die Erwerbung der badischen Pfalz. Auch in Württemberg hatten einflußreiche Kreise die Vergrößerung Württembergs im Auge, und besonders war es die Königin Olga, der das preußische Hohenzollern zu diesem Zwecke geeignet schien. Auch Hessen trat mit dem Plane hervor, Oberhessen abzutreten und sich dafür durch Teile der bayrischen Pfalz entschädigen zu lassen.[135] Wäre dieser Wunsch Dalwigks in Erfüllung gegangen, so hätte sich Hessen gegenüber dem Norddeutschen Bund in viel günstigerer Stellung befunden. Die lästigen Bande, welche das Land mit dem Nordbund verknüpften, wären gelöst, die Bewegungsfreiheit des Staates in vollem Maße wiederhergestellt gewesen. Die Bereitwilligkeit, Oberhessen, den letzten selbständigen Rest des alten hessischen Stammlandes abzutreten, zeigt, wie brennend die Frage der Selbständigkeit für die Leiter des Staats geworden war, die noch 1866 auf die Erwerbung bayrischen Gebietes, das ihnen Preußen als Ersatz für Oberhessen anbot, verzichtet hatten und mit jenem Landesteil in den Norddeutschen Bund eingetreten waren. Die Pläne der süddeutschen Staaten scheiterten an der ablehnenden Stellung Bismarcks, vor allem aber an der Haltung des Großherzogs von Baden, der es ablehnte, das Elsaß als Entschädigung für die an Bayern abzutretenden Gebietsteile anzunehmen. Als den besten Weg zur Lösung der Territorialfrage sah er die Vereinigung der zu erwerbenden Grenzlande mit Preußen an oder die Schaffung eines Reichslandes, das unmittelbar unter dem Präsidium des zukünftigen deutschen Bundes stehen sollte. Ebenso wie Graf Bray, der bayrische Minister, sah sich also auch Dalwigk genötigt, auf andere Mittel zu sinnen, um die Ausdehnung des Nordbundes in seiner jetzigen Form auf Süddeutschland erfolgreich zu bekämpfen.

Am 1. November versuchte er zusammen mit dem sächsischen Minister Friesen[136] die alte Politik Hessens wieder aufzugreifen und Bayern zu veranlassen, die gemeinsame Sache aller süddeutschen Staaten gegen Preußen zu vertreten. Bayern sollte bewogen werden, auf eine zu weitgehende Sonderstellung zu verzichten und sich das Vertrauen der mittleren Bundesglieder zu erwerben, indem es für alle gleichmäßig bessere Bedingungen, als sie in der jetzigen Ver-

[134] Ott. Lorenz, p. 294 ff.

[135] Für Hessen sind uns die Bestrebungen nach Gebietsveränderung durch Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst bezeugt. Denkwürdigkeiten II p. 35.

[136] Friesens Absichten in Versailles waren übrigens durchaus ehrlich gemeint. Dalwigks fernere Handlungen geschahen vollkommen selbständig und in keinerlei Gemeinschaft mit Friesen.

fassung des Nordbundes für die Einzelstaaten enthalten waren, zu erlangen suchte. Man ging indessen ohne allen wahrnehmbaren Erfolg auseinander, weil die bayrischen Minister, nach Ablehnung ihrer wichtigsten Forderungen, dem König und ihrem Lande gegenüber die Verantwortung, zu einer Änderung ihrer Instruktion zu raten, nicht übernehmen wollten.[137] Dalwigk sah sich also genötigt, wenn er die Ausdehnung des Nordbundes in seiner jetzigen Form verhindern wollte, andere Wege einzuschlagen.

Noch gegenüber Bray hatte er zusammen mit Friesen auf die Bedeutung des Bundesrates im staatlichen Leben des Norddeutschen Bundes und auf die günstige Stellung der einzelstaatlichen Regierungen innerhalb desselben hingewiesen. Ganz merkwürdig muß es nun aber anmuten, daß er noch am selben Tage auf die Ideen, welche Heinrich von Gagern über eine Neuordnung Deutschlands unter preußischer Spitze hatte, zurückgriff,[138] und mit einem Verfassungsplan hervortrat, der aus Gagerns Gesichtskreis entsprungen war und auf den ersten Blick den unitarischen Strömungen, welche in Versailles wirksam waren, wohl behagen mußte. Er schlug vor, neben das Präsidium des Reiches ein Oberhaus zu stellen und entwickelte diesen Plan zunächst dem Kronprinzen von Preußen, der neben den Großherzögen von Oldenburg und Weimar und dem Herzog von Koburg eine straffe Zentralisation des neuen Bundes wünschte. Sein Antrag auf Schaffung eines Oberhauses und verantwortlicher Reichsministerien konnte, wenn er zur Besprechung stand, auf den Beifall dieser Fürsten rechnen. Eine Debatte über die Verfassung des neuen Bundes, der natürlich eine Kritik der Nordbundsverfassung vorhergehen mußte, war geeignet, die Diskussion von der eigentlich wichtigen Frage, dem Beitritt Bayerns zum Norddeutschen Bund, abzulenken. Zu einer Zeit, wo die Verhandlungen mit dem durch die Ablehnung seiner Gebietsforderungen gekränkten größten süddeutschen Staat ins Stocken gerieten, konnten Erörterungen über die Verfassung eines Bundes, dem noch kein Staat beigetreten war, nur Schwierigkeiten herbeiführen. Allem Anschein nach hat Dalwigk in jenen Tagen auch die Kaiserfrage angeregt, welche in diesem Zeitpunkt, da der König von Bayern dem Anschluß an den Nordbund noch die heftigste Abneigung entgegenbrachte, die Verworrenheit nur vermehren mußte. Die hessische Diplomatie kannte genau den Widerstand, den Bayerns König dem Versuch, seine Selbständigkeit zu schmälern, entgegensetzte. Freiherr von Gagern bezieht sich in seiner Kammerrede vom 20. Dezember ausdrücklich darauf, daß der Ent-

[137] Die Darstellung dieser Besprechung vom 1. November stützt sich auf die Aufzeichnungen des sächsischen Ministers Friesen. Aus meinem Leben III p. 192 ff.

[138] Vgl. Kap. III die Anschauungen der Freiherren von Gagern und von Biegeleben, welche diese Männer am 20. Dezember 1870 bei der Beratung der Reichsverfassung in der Zweiten hessischen Kammer kundtaten.

schluß des Königs Ludwig, dem Norddeutschen Bunde mit Modifikationen seiner Verfassung beizutreten, nach seinen Erfahrungen bei seiner Münchener Mission von 1867 keineswegs vorhergesehen werden konnte. Vor allem auch herrschte bei dem Könige eine starke Abneigung gegen die Einrichtung von Bundesministerien, welche der hessische Minister ebenfalls vorgeschlagen hatte. Die Wirkung des hessischen Antrags mußte, wenn er wirklich ernsthaft diskutiert wurde, ein heftiger Widerstand und ein langsames Sich-Zurückziehen Bayerns sein.

Es erhebt sich nun die Frage, ob Dalwigk diese Wirkung beabsichtigte oder nicht. Möglich wäre es, daß Dalwigk in jenen Tagen von seinem preußenfeindlichen Standpunkt plötzlich zu einem preußenfreundlichen gelangte, und diese Annahme wird gestützt durch die Vermutung, daß Bismarck die im Anfang Oktober in Cercay gefundenen Papiere des französischen Senatspräsidenten Rouher gegen Dalwigk verwendet habe. Diese Papiere hätten Material enthalten, welches bewies, daß Dalwigk in früheren Jahren mit Frankreich in enger Verbindung stand. Durch diese Beweise sei Dalwigk dazu gebracht worden, in Versailles einen Umschwung seiner Anschauungen und seiner Tätigkeit in unitarischem Sinne zu vollziehen.[139]

Bevor wir diese Frage prüfen, ist es zunächst nötig, sich darüber Rechenschaft zu geben: „Sind überhaupt in Cercay für Dalwigks franzosenfreundliche Politik zeugende Papiere gefunden worden, und welchen Inhalt hatten sie?" Es geht nicht an, auf keiner anderen Grundlage als auf der einer unklaren Zeitungsnotiz allgemein von den Papieren von Cercay zu reden, ohne ihren tatsächlichen Inhalt zu kennen.[140] Wir können auf anderer Grundlage als dieser Behauptung in der „Kölnischen Zeitung" vom 15. November nachweisen, daß in Cercay tatsächlich ein Papier gefunden wurde, aus dem Dalwigks franzosenfreundliche Gesinnung und Tätigkeit während früherer Jahre Bismarck bekannt wurde. In Cercay fand sich wohl kein Brief Dalwigks an Rouher, sondern nichts geringeres als jener Brief des Grafen d'Astorg, des französischen Gesandten in Darmstadt, an Moustier, in dem er diesem von der Bereitwilligkeit des hessischen Ministers Mitteilung machte, durch einen Antrag Hessens auf Eintritt in den Nordbund einen Kriegsgrund für Frank-

[139] Vgl. hierüber A. v. Ruville „Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches" p. 291 ff.

[140] Vgl. Kap. III. Es handelt sich hier um die Notiz Wachenhusens in der „Kölnischen Zeitung" vom 15. November 1870, in der der Kriegsberichterstatter, welcher auf dem Landhause Rouhers ein Blättchen gefunden hatte, auf dem die Worte standen „Deutschland wünsche zwar nicht den Einmarsch der Franzosen, aber wenn sie kämen, würde man sie mit offenen Armen empfangen," gegen Dalwigk den Vorwurf erhebt, anläßlich der Luxemburger Frage an Rouher einen Brief dieses Inhalts geschrieben zu haben. Dalwigk dementierte diese Behauptungen sofort in der „Darmstädter Zeitung". Auf dieser Notiz Wachenhusens baut Ruville seine Darstellung auf.

reich zu schaffen.[141] Dieser Brief d'Astorgs ist das Dokument von Cercay, und man kann verstehen, daß dieses Beweisstück in den Händen Bismarcks unter Umständen eine Waffe gegen Dalwigk werden konnte, wenn dieser versuchte, antinationale Politik in Versailles zu treiben.

Man kann sehr wohl zu der Annahme gelangen, daß Bismarck von Dalwigks Bemühungen, in Versailles die Südstaaten zu geschlossenem Auftreten gegen die Ausdehnung des Nordbundes zu bewegen, erfuhr, und ihn am 1. November, nach der Besprechung Dalwigks mit Friesen und dem Grafen Bray, dazu bewog, davon abzustehen, indem er mit der Veröffentlichung des Dokumentes drohte. Durch diese Hypothese wird aber immer noch nicht erklärt, wie Dalwigk innerhalb weniger Stunden, von der Besprechung mit dem Grafen Bray bis zu der mit dem Kronprinzen, eine solche Änderung seiner Überzeugung vornahm, daß er gerade den Oberhausplan wählte, um ihn in die diplomatische Erörterung zu werfen.

Die Anschauung, daß er nach der Unterredung mit Bray die Schwierigkeiten erkannte, welche Bayern jeder Bestrebung nach größerer Zentralisation entgegensetzte, daß er die Beobachtung machte, es werde von bayrischer Seite ein zäher Widerstand gegen die Annahme der norddeutschen Bundesverfassung geleistet werden, dürfte uns einen anderen Weg zeigen, die politischen Absichten Dalwigks am 1. November zu erkennen und zu motivieren. Geht man aus von der Annahme seiner durchaus preußenfeindlichen Gesinnung, so wird es erklärlich, daß er die Diskussion zu verwirren und unter unitarischer Maske die Verhandlungen zwischen Preußen und Bayern zum Abbruch zu bringen suchte. Die internationalen Schwierigkeiten steigerten sich für Preußen und den Norddeutschen Bund. Rußland rollte im November 1870 die Dardanellenfrage auf, und bei dem engen Zusammenhang zwischen dem hessischen und dem russischen Hofe ist es sehr wohl denkbar, daß Dalwigk, der ja beim Zaren Alexander eine hohe Wertschätzung genoß, über alle

[141] Der Nachweis, daß es sich tatsächlich um diesen Brief d'Astorgs und die darin mitgeteilte Erklärung Dalwigks handelt, ist zu führen an der Hand eines Briefes, den Legationsrat Hofmann am 27. März 1871 an Dalwigk richtete. Erst zu dieser Zeit erfuhr er von der Existenz solcher Mitteilungen d'Astorgs an seine Regierung. „. . . Es ist mir nämlich in vertraulicher, aber ganz zuverlässiger Weise mitgeteilt worden, daß unter den im Landhause Rouhers gefundenen und mit Beschlag belegten Papieren, welche zur Durchsicht hierher an das Auswärtige Amt geschickt wurden, sich Auszüge von Depeschen französischer Agenten an deutschen und anderen Höfen vorfanden. Darunter war der Auszug aus einem Berichte des französischen Gesandten, Grafen d'Astorg in Darmstadt, über eine Unterredung mit E. E., worin Höchstdieselben sehr lebhafte Sympathien für Frankreich an den Tag gelegt hätten. Etwas Näheres über den Inhalt des d'Astorgschen Berichtes konnte ich nicht erfahren." (D. Revue, 1912, III p. 344.) Da Hofmann selbst sich unbestimmt über den Zeitpunkt dieses Berichtes äußert, — er nennt etwa das Jahr 1868 oder 1869 — ist wohl anzunehmen, daß eben jener Brief d'Astorgs vom 28. September 1867, der wichtig genug war, ihn aufzuheben, zu Cercay gefunden wurde.

internationale Beziehungen, die zur Zeit der Versailler Verhandlungen von Wichtigkeit waren, wohl informiert war. Je mehr sich in Europa und in Deutschland die politischen Verhältnisse zuspitzten, desto aussichtsreicher wurden die Wünsche des hessischen Ministers, die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf den Süden Deutschlands und Hessen zu vereiteln.

Auch der Antrag Dalwigks selbst, der bei erster Betrachtung überaus unitarisch erscheint, enthielt einen bemerkenswerten antipreußischen Bestandteil.[142] Dalwigk wünschte nämlich, daß in dem zu schaffenden Oberhaus neben den deutschen Fürsten, welche dort Ersatz für die an den Bund abgetretenen Hoheitsrechte finden sollten, auch die Herrscherhäuser der 1866 von Preußen annektierten Lande vertreten sein sollten,[143] ein Verlangen, von dem er hoffen durfte, daß es eine heftige und langwierige Diskussion zur Folge haben würde.

Daß Dalwigks Forderungen nicht eingehend behandelt wurden, ist vor allem Bismarck zuzuschreiben, der es gegenüber dem Kronprinzen bedauerte, daß Dalwigks Ideen überhaupt in die Erörterung gezogen worden seien, weil man Bayern und Württemberg dadurch zurückstoße.[144] Vielleicht ist eine Einwirkung Bismarcks auf Dalwigk mit Hilfe der Papiere von Cercay noch nach dem 1. November erfolgt, um ihn zum Verzicht auf die Behandlung seines Antrages zu bewegen. Er wird aber wohl kaum persönlich mit Dalwigk wegen jener Dokumente Fühlung genommen haben.[145] Es bleibt immerhin die Möglichkeit, daß er durch dritte Personen eine Einwirkung auf Dalwigk versucht habe.[146] Dies ist, wenn man sich die Opposition des Ministers gegen Bismarck, seine Preußenfreundlichkeit und seine Gefährlichkeit für die Vollendung des Einigungswerkes vor Augen führt, an sich wahrscheinlich. Daß Bismarck, um den alten Gegner unschädlich zu machen, im November zu Versailles zu diesem Mittel griff, ist psychologisch verständlich und erklärlich.

Wenn man nun auch die Annahme Ruvilles, der die Benutzung des Dokuments von Cercay mit Entschiedenheit in die Zeit der Ver-

---

[142] Für die Beurteilung des Antrages Dalwigks in diesen Ausführungen ist die Wirkung entscheidend, die er zu diesem Zeitpunkt unbedingt haben mußte. Es sei aber nicht versäumt, darauf hinzuweisen, daß es auch denkbar ist, daß Dalwigk in Versailles eine Revision seiner alten Anschauungen vornahm und den Oberhausplan tatsächlich ernsthaft in Vorschlag brachte, weil er die Einrichtung eines Oberhauses gegenüber dem auf demokratischer Basis beruhenden Reichstag für nötig hielt.

[143] Verhandl. der Zweiten Kammer, 20. Dezember 1870.

[144] Kaiser Friedrichs Tagebücher ed. Poschinger, 16. November.

[145] Dalwigk sagt in seinem Dementi auf Wachenhusens Artikel, „Darmstädter Zeitung", 16. November 1870, daß er von dem Bundeskanzler stets sehr liebenswürdig behandelt worden sei. Er habe selbst nur dreimal und in Gegenwart vieler Zeugen eine Unterhaltung mit Bismarck in Versailles geführt.

[146] Ruville, p. 292, nennt hier den badischen Minister von Freydorf.

sailler Verhandlungen verlegt, danach nicht unbedingt verwerfen kann, so ist es dennoch nötig, ihr gegenüber darauf hinzuweisen, daß es nicht recht einzusehen ist, warum Bismarck dieses Schriftstück d'Astorgs noch ein zweites Mal im Frühjahr 1870 benutzte, um mit seiner Hilfe Dalwigks Sturz herbeizuführen. Gewiß, der Brief des Darmstädter Gesandten an Moustier war Bismarck schon zu Versailles bekannt, und er machte aus seinem persönlichen Unwillen schon dort kein Hehl.[147] Aber die Tatsache, daß ein Kriegsberichterstatter die Öffentlichkeit noch im Verlaufe des November auf Dalwigks antinationale Stellung hinwies, beweist noch nicht schlagend, daß das Papier von Cercay schon im November wirklich eine Rolle gegen Dalwigk gespielt habe. Die preußenfeindliche Gesinnung des hessischen Ministers war öffentlich genugsam bekannt und auch seine Franzosenfreundlichkeit hatte schon vor Ausbruch des Krieges die Aufmerksamkeit der Presse, insbesondere der „Kölnischen Zeitung", auf ihn gelenkt. Was liegt näher als die Annahme, daß Wachenhusen das Stück Papier, das er nach seiner eigenen Aussage in Cercay fand, mit der Person Dalwigks in Zusammenhang brachte; vielleicht fand er gerade ein Bruchstück eines Ducrotschen Berichtes und begann dann gegen den Mann zu kombinieren, der von allen deutschen Ministern am meisten der Hinneigung zu Frankreich verdächtig war. Daß ihm der d'Astorgsche Brief bekannt war, ist nicht erwiesen.

Man kann Ruvilles Hypothese nicht gut mit schlagenden Gründen widerlegen, aber man kann mit mindestens der gleichen Berechtigung die Ansicht vertreten, daß der Brief an Moustier erst im März 1871 gegen Dalwigk benutzt wurde.[148]

Gerade nun in der ersten Hälfte des November suchte Bismarck mit aller Kraft das Einigungswerk vorwärts zu treiben. Die Verhandlungen mit Baden schritten voran und diesem Drucke mußte sich Hessen fügen, ob es wollte oder nicht. Bismarck hatte es wohl nicht nötig, von dem Dokumente von Cercay gegen Dalwigk Gebrauch zu machen, denn die nordbundfreundliche Haltung Badens bildete eine sichere Bürgschaft für den Beitritt Südhessens. Dalwigk führte für Hessen die Verhandlungen parallel den badischen. Am 15. November gelangten diese zum Abschluß. Sein Antrag auf Oberhaus und Bundesminister war aus dem Kreise der Erörterungen verschwunden und gewann auch fürderhin keine praktische Bedeutung mehr, wenn ihn auch die hessische Regierung am 20. Dezember noch

[147] „Ich muß gestehen", schreibt Hofmann am 27. März 1871 an Dalwigk, „daß mir das Benehmen des Grafen Bismarck in Versailles E. E. gegenüber, damals schon den Eindruck machte, als ob der Bundeskanzler in einer persönlichen Mißstimmung befangen sei, die ich mir zu jener Zeit nicht vollständig zu erklären vermochte . . ." (Deutsche Revue, 1912, III p. 344.)

[148] Dalwigk trat damals mit überraschender Plötzlichkeit von der Leitung der Geschäfte zurück. Es läßt sich nachweisen, daß dies auf Grund des Schriftstückes von Cercay geschah. Vgl. darüber weiter unten.

einmal erwähnte und gegenüber Metz auf diesen Beweis ihres Interesses an der Neugestaltung Deutschlands hinwies.[149] Ebenso wie Freydorf und Jolly, die Vertreter Badens, mußten auch Dalwigk und Hofmann den Vertrag unterzeichnen, ganz „contre-coeur", wie Jolly sich ausdrückte.[150] So war jetzt das ganze Großherzogtum Hessen mit dem Staatsgebilde verbunden, das Dalwigk jahrelang zwar mit viel Geschick, mit richtiger Erkenntnis aller politischen Möglichkeiten, aber ohne Glück, ohne Macht und deshalb ohne Erfolg bekämpft hatte. Das Geschick des Staates war entschieden, und die öffentliche Diskussion, die sich in Hessen über die Frage entspann, ob der Beitritt zum Norddeutschen Bund erwünscht sei, hatte keinen ausschlaggebenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse.

Sowie das öffentliche Interesse nicht mehr ausschließlich durch die Kriegsereignisse bestimmt war, begannen die politischen Parteien des Landes sich über ihre Stellung zum Norddeutschen Bund zu äußern. Die von dem Bischof Ketteler geführte katholische Richtung huldigte von altersher großdeutschen Idealen. Seiner Sympathie für das österreichische Kaiserhaus hatte Bischof Ketteler oft Ausdruck gegeben[151] und im Jahre 1867 durch seine Schrift „Neuorientierung der deutschen Politik" seine großdeutsche Überzeugung publizistisch vertreten.[152] Der Bischof und seine Anhänger waren auch die ersten, die nun, im Oktober 1870, den Eintritt Hessens in den Nordbund kritisch zu betrachten anfingen. Das „Mainzer Journal", das unter dem Einfluß des Bischofs stehende großdeutsche Blatt, wandte sich zunächst schroff gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund. In Nummer 242 führte es aus: „Die süddeutschen Staaten und Völker sind aber entschiedene und erklärte Gegner des Unitarismus, sie huldigen dem Föderalismus und wollen weder von einer direkten Verschlingung, noch von einer Auffaugung etwas wissen. Wir bedauern sehr, daß man ihnen mit solchen Ideen (d. h. des Eintritts in den Nordbund) zu nahe tritt und sie in einer Weise behandelt, die ihren bisherigen Leistungen, ihren großen Verdiensten, die sie sich in dem gegenwärtigen Kriege erworben haben, nicht entspricht. Ob in dieser Hinsicht auch das Vorgehen Preußens im Elsaß und in Deutsch-Lothringen den süddeutschen Verbündeten gefallen wird, möchten wir sehr bezweifeln; daß dort das Postwesen sogleich

[149] Vgl. gegen Ende dieses Kapitels.

[150] Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly, p. 196. Der Ausdruck Jollys bezieht sich wahrscheinlich nur auf Dalwigk.

[151] Am 28. August 1866 hatte er an Kaiser Franz Josef geschrieben: „Nicht der Staatenbund, wie wir ihn gehabt haben, sondern nur ein einiges Deutschland mit dem Erben der alten deutschen Kaiserkrone an der Spitze entspricht den wahren Bedürfnissen Deutschlands und der Stellung, die Gott ihm in der Weltgeschichte zugewiesen hat." (Pfülf, II p. 266.)

[152] „Wir gestehen Österreich, trotz Nikolsburg und Prag, das Recht zu, mitzusprechen und seine Ansprüche auf alles zu erheben, was über die Mainlinie hinaus geschieht." (W. E. v. Ketteler, Ausgew. Schriften, herausgegeben von Johann Mumbauer, 1911.)

definitiv von der norddeutschen Bundespostverwaltung organisiert wird, zeigt notwendig, welche Zukunft diesen neuerworbenen Gebieten bestimmt ist, zeigt, daß die süddeutschen Staaten sich auf Vergrößerungen keine Hoffnung machen dürfen, trotzdem sie gerade am meisten zur Erwerbung derselben beigetragen haben." Auch von demokratischer Seite ging man an die Kritik der norddeutschen Verfassung heran. Moritz Mohl, ein Hauptführer der schwäbischen Volkspartei, ließ im Herbst 1870 zu Stuttgart eine Broschüre erscheinen „Für die Erhaltung der süddeutschen Staaten", welche auch in Hessen Verbreitung fand. Das „Mainzer Journal" druckte sie wortgetreu an leitender Stelle ab. Der Inhalt der Schrift besteht wesentlich in einer abfälligen Betrachtung der norddeutschen Verfassung. Mohl weist darauf hin, daß sich eine finanzielle Mehrbelastung für die Südstaaten ergeben werde, und daß sie in ein Vasallenverhältnis zu Preußen treten würden. Auch Modifikationen der Verfassung des Bundes würden den Eintritt nicht erträglich machen. Positive Vorschläge gibt Mohl nicht, er richtet nur die Aufforderung an die Regierungen, wenn sie überhaupt in Verhandlungen eintreten würden, möglichst für die Wahrung und Erlangung von Volksrechten zu sorgen. Er schließt mit den Worten: „Mit dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland ist die Möglichkeit einer mit Preußen zu vereinbarenden Bundesverfassung weggefallen, in welcher sich die süddeutschen Staaten befriedigt fühlen könnten. Darüber sollte man, scheint es uns, sich klar werden und von Verhandlungen ganz abstehen, deren Gelingen in gutem Sinne unmöglich und deren Mißlingen unzweifelhaft eine Quelle der Mißstimmung werden würde." Am 9. November forderte das „Mainzer Journal" kurzweg, daß Hessen den Eintritt in den Nordbund ablehne.

So sehr man in den führenden großdeutschen Kreisen gegen den Eintritt in den Nordbund Stellung nahm, so sehr muß man betonen, daß diese Strömungen keineswegs imstande waren, das Volk als solches zur Opposition gegen Preußen und den Norddeutschen Bund fortzureißen. Durch den Krieg und durch die Waffenbrüderschaft mit Preußen hatte sich ein Umschwung der Anschauungen in preußenfreundlichem Sinne vollzogen, der durch die eifrige Arbeit der Fortschrittspartei wohl vorbereitet worden war.[153]

Wie die hervorragenden Parteiführer im Lande das schließlich aus den Versailler Verhandlungen hervorgegangene Ergebnis, das

[153] Beilage zur „Allgem. Ztg.", 1870, Nr. 327 p. 5170 heißt es z. B.: „Es darf als ausgemacht gelten, daß die unmittelbar nach 1866 allerdings vorhandene überwiegende Abneigung, ja Feindseligkeit gegen Preußen im Laufe der letzten Jahre in den Kreisen der Bevölkerung allgemach einer gänzlich veränderten Anschauung gewichen ist. — Hessen hat in höchstem Maße erfahren, was in geringerem Maße ja ganz Süddeutschlands Schicksal war; es hat die Lasten des Norddeutschen Bundes fast alle mitgetragen, während es von den Vorteilen eines großen mächtigen Staatslebens ausgeschlossen war."

für Hessen den Eintritt in den Norddeutschen Bund unter geringfügigen Modifikationen brachte, beurteilten, dafür geben uns die Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landstände vom 20. Dezember 1870 ein sprechendes Bild. Bedingungslos für Annahme der Verträge war die Fortschrittspartei. Metz und Dernburg begrüßten aufs wärmste die erzielte Einigung und letzterer sprach seine Freude aus, daß die Zeiten, da das Land große Politik zu treiben können glaubte, vorbei seien. Ebenfalls für Annahme waren die liberalkonservative Regierungsmehrheit und die Männer innerhalb der hessischen Regierung, welche die eigentlichen Führer dieser teils aus Großdeutschen, teils aus Beamten zusammengesetzten Partei waren. Die Freiherren von Gagern und von Biegeleben begründeten ihre Zustimmung mit interessanten Reden, in denen sie ihren prinzipiellen Standpunkt keineswegs verhehlten. Freiherrn von Biegelebens Rede ist ein wertvolles Zeugnis für seine politische Gesinnung. Innerlich war und blieb er Gegner Preußens und Anhänger Österreichs, aber er verschloß sich nicht der Einsicht, daß der Beitritt zum Nordbund für Südhessen unumgänglich und eine politische Notwendigkeit sei.[154] Eine Reorganisation des preußischen Staates sei aber nötig, um ihn zu einem Freunde des neuen Reiches zu machen. Ungefähr in derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen des Freiherrn von Gagern, der seine Rede mit einer Darstellung seiner Münchener Sendung vom Jahre 1867 begann. Neben einer Verlegung des Schwergewichts des preußischen Staates in die Einzellandtage verlangte er vor allem die Schaffung eines Oberhauses; der Bundesrat sei eine Anomalie, denn er habe teils legislative, teils exekutive Gewalt. Dalwigk teilte darauf der Kammer mit, daß die hessische Regierung in Versailles einen schriftlichen Antrag auf Errichtung eines Oberhauses gestellt habe; in trockenen Worten fügte er die freilich

[154] Er führte aus: „Ich bin kein Verehrer des Norddeutschen Bundes und seiner Verfassung, noch auch des daraus hervorgegangenen Reiches. Ich kann nicht den Ursprung dieser neuen Schöpfung vergessen, ich kann nicht vergessen, daß uns dadurch ein Drittel Deutschlands entfremdet worden ist, ein Drittel Deutschlands, das mit seine schönsten Länder umfaßt, die nahezu tausend Jahre mit uns verbunden waren. Ich kann auch das Gefühl nicht unterdrücken, daß aus einem solch ungesunden Boden eine gesunde Saat nicht entsprießen werde und ich kann nur wünschen, daß sich dieses, mein Vorgefühl, nicht bewahrheiten werde." Dann betonte er die Unmöglichkeit für zwei Provinzen eines kleinen Staates, in dem neuen deutschen Bunde allein demselben fremd zu bleiben. Wenn er für die vorliegenden Verträge stimme, so geschehe es nur deshalb, weil er nicht für die Fortdauer eines unhaltbaren Zustandes stimmen könne und sich in das Unvermeidliche fügen müsse. Er sei Föderalist, ein Gegner des Zentralisationssystems, das er für das Verderben Deutschlands halte. So lange nicht die Präponderanz des preußischen Staates durch die Entfernung des preußischen Landtages beseitigt sei, so lange nicht die preußischen Provinziallandtage die Stellung sämtlicher deutschen Landtage einnehmen würden, könne er in dem neuen Reiche nur ein vergrößertes Preußen und einige ins Schlepptau genommene Staaten erblicken. (Verhandl. der Zweiten Kammer der Landstände, 20. Dezember 1870.)

sehr unwahrscheinlich klingende Bemerkung hinzu, daß die Regierungen diese Frage vielleicht noch einmal prüfen würden. Gegen den Oberhausplan, der sich ja ebenso wie die prinzipielle Forderung nach Auflösung des preußischen Landtags gegen Preußen richtete, wandte sich vor allem Metz, der darauf hinwies, daß es eine stete Beunruhigung für Deutschland sein würde, wenn die depossedierten Fürsten in einem mit nahezu souveräner Gewalt ausgestatteten Oberhause vertreten seien. Auf die Kritik, die namentlich die Demokraten an dem Vertrage übten, — der Abgeordnete Baké erklärte, er werde gegen den Antrag stimmen, weil er sonst gegen seinen landständischen Eid, der ihm befehle, das Wohl Hessens zu fördern, verstoße — ergriff Dalwigk das Wort, um die Stellung der Regierung folgendermaßen zu begründen: „Es hieß in Versailles entweder ablehnen oder annehmen. Von Modifikationen von größerer Tragweite konnte keine Rede sein." Die Kammer, deren Mehrheit der Regierung unbedingt zur Verfügung stand, nahm mit allen gegen die Stimmen der Abgeordneten Dumont, Ochsner und Baké den Vertrag an.

Am 29. Dezember stimmte auch die Erste Kammer dem Verfassungsentwurf zu, wobei auch sie ihren Bedenken Ausdruck verlieh. Herr von Krug zu Nidda, der Vertreter des oberhessischen Adels, erwartete von dem komplizierten staatlichen Organismus, welcher der Idee der Gleichberechtigung der einzelnen Staaten nicht entspreche, wenig Heil für Deutschland. Die Grafen Erbach, die Fürsten von Isenburg und Büdingen bgründeten ihre Zustimmung zu den Verträgen damit, daß man durch die Verhältnisse zur Annahme gezwungen sei und ein ablehnender Beschluß weder Erfolg noch Sinn haben würde, da ja bei Verträgen zwischen Preußen und Hessen die Zustimmung der hessischen Kammern eigentlich eine überflüssige Sache sei. Von solchen Gesichtspunkten aus entschied sich die Erste Kammer für die einstimmige Annahme der Reichsverfassung.

Möglich ist, daß der Großherzog, vielleicht durch den Einfluß des Prinzen Ludwig bewogen, im Anfang Dezember preußenfreundlicher war als sonst.[155] Diese vorübergehende Anwandlung dürfte jedoch bei einem Regenten wie ihm, der seinen Hauptstolz darin sah, Herrscher eines souveränen Staates zu sein, und der sich von dieser Empfindung in seiner ganzen politischen Stimmung und Handlungsweise leiten ließ, bald verschwunden sein, als, im Gegensatz zu Baden, Bayern und Württemberg, Hessen keine Einladung von Bismarck erhielt, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Für die Tatsache, daß der Hof im Grunde seine preußenfeindliche Gesinnung auch in der Folge beibehielt, ist der Umstand bezeichnend, daß die Darmstädter offiziellen Kreise beim Einzug des Magdeburgischen

[155] Eine Andeutung in dieser Richtung gibt uns eine Bemerkung Buschs, der sich in der Umgebung Bismarcks zu Versailles befand (Tagebuchblätter, II p. 5), daß der Großherzog von Hessen wünsche, daß Elsaß-Lothringen mit Preußen vereinigt werde und daß er hierbei im Gegensatz zu Dalwigk stehe.

Fußartillerie-Regiments Nr. 4, der vorher bekannt war, und von dem man hätte erwarten können, daß es wegen seiner Beteiligung an den wichtigen Kämpfen an der Lisaine gebührend begrüßt würde, eine auffallende Zurückhaltung und Unlust an den Tag legten,[156] die in merkwürdigem Gegensatz zu der zuvorkommenden Weise stand, mit der man stets die bei Gefangenen- und Verwundetentransporten durchziehenden Bayern empfangen hatte.

Die Tatsache, daß man auch nach der Neuordnung der Zustände in Deutschland in Darmstadt immer noch in dem alten Groll gegen Preußen verharrte, war auch Bismarck bekannt und führte schließlich zum Sturze Dalwigks. Die Veranlassung, daß Bismarck wieder auf seinen alten Gegner aufmerksam wurde, gaben die Reichstagswahlen im Frühjahr 1871. Auf diese und die Stellung der politischen Parteien in jener Zeit müssen wir deshalb zunächst unser Augenmerk richten.

Die großdeutsch-katholische Richtung übte zu Anfang des Jahres 1871 mancherlei Kritik an der neuen Verfassung. So vor allem das „Mainzer Journal" in verschiedenen Artikeln im Laufe des Januar. So schreibt es am 24. Januar, daß die Reichsverfassung den Charakter des Provisoriums an sich trage. Es werde zur Entscheidung kommen müssen zwischen ihren föderativen und zentralistischen Elementen. „Nach der Analogie des seitherigen Verlaufes können wir nur vermuten, daß letztere den endlichen Sieg davontragen werden. Die Partikularisten werden daran gehen müssen, anstatt an ihre Idee, die in den Wurzeln geknickt ist, zu denken, in die Parteikämpfe des neuen Reiches einzutreten." Am 4. März 1871 erklärte das „Journal", daß die katholische Partei die jetzige Form des Reiches nicht als einen Übergang zum Zentralismus, sondern als unabänderlich betrachte. Die zu jener Zeit erschienene Literatur über die deutsche Verfassung wurde ebenfalls im „Mainzer Journal" kommentiert; so am 20. März das zu Bern erschienene Buch von Viktor Cherbulicz „Das politische Deutschland seit dem Prager Frieden." Das Blatt identifiziert sich mit dem Standpunkt des Verfassers, der dem praktischen Verstande und der Energie der preußischen Politik Gerechtigkeit widerfahren lasse, dagegen Zeile für Zeile die altbekannte Tatsache konstatiere, daß die preußische Politik

[156] Bemerkenswert ist eine Schilderung der „Mainzeitung" über diese Vorgänge vom 30. März 1871. „Als sie einzogen, niemand war am Tor, keine Fahnen, kein Jubel, still war's wie in Feindesland. Der Führer dieser Helden war der Hauptmann, welcher im Schloß zu Montbéliard kommandierte. Es war nicht einmal jemand da, der den Weg zeigte." Am nächsten Tage schreibt dasselbe Blatt: „Über schlechte, zum Teil jämmerliche Bewirtung und Verpflegung in Häusern und Familien, in welchen man es wahrlich am wenigsten erwarten sollte, wurden die verschiedensten Klagen laut, und es ist nur der wahrhaft erstaunlichen Bescheidenheit der Wehrmänner zuzuschreiben, daß es nicht zu wohlberechtigten Vorwürfen und Skandalen kam. — Der Abzug der Helden von Belfort glich ihrem Einzuge, ein Major mit seinem Adjutanten gab das Geleit."

allezeit zunächst für Preußen sorgte und nur insoweit in zweiter Linie auch deutsch gewesen sei, als der engere Staatszweck es zuließ. Am 30. März machte das Blatt des Mainzer Bischofs darauf aufmerksam, daß in einer für die preußischen Schulen bestimmten Schrift von Fr. Eduard Keller allein der preußische Standpunkt betont sei. Anläßlich der Wahlen zum ersten allgemeinen deutschen Reichstag erschien bei J. Sausen in Mainz März 1871 ein Flugblatt, das ebenfalls im Sinne der katholisch-großdeutschen Richtung geschrieben war. Mit Österreich vereinigt, — so ist die Ansicht des Verfassers der Schrift — werde Deutschlands Wort schwer genug wiegen, um auch Italien zur Achtung des Völkerrechts zurückzurufen und die Ansprüche der katholischen Welt auf die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt ihres Oberhauptes zur Geltung zu bringen. Die deutsche Freiheit müsse ausgestaltet werden. Den Einzelregierungen müsse die volle Freiheit verbleiben, die besonderen Interessen ihrer Länder und Provinzen wahrzunehmen. Es müßten Garantien gegeben werden, daß der Oberbefehl über das deutsche Heer nicht dazu benützt werde, die unmittelbare Verbindung der deutschen Kontingente mit ihrer Heimat und ihren Landesfürsten zu unterbrechen. Die Ungleichheit der Territorialausdehnung der im Reiche vereinigten Staaten und insbesondere das Übergewicht Preußens sei zu groß, um nicht befürchten zu lassen, es werde, wie bisher im Norddeutschen Bund, so auch im neuen Reiche die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten vollkommen verschwinden. Erleichterungen der Militärlast seien nötig. Es sei wünschenswert, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens in die Einzellandtage verlegt werde. Daß die katholisch-politische Richtung so nachdrücklich in den Wahlkampf eintrat und sich nicht grollend abseits stellte, war vor allem das Verdienst des Bischofs Ketteler, der schon frühzeitig die Notwendigkeit erkannt hatte, an dem Parteileben des neuen Reiches teilzunehmen. Am 27. Januar 1871 veröffentlichte er einen Wahlhirtenbrief an die Priester und Gläubigen seiner Diözese, in dem er gegenüber den irreligiösen oder antireligiösen Parteien die Wahl katholischer Männer zu Abgeordneten empfahl. Im Februar übte er Kritik an dem neuen Reiche und schrieb: „Ebensowenig (d. h. im Vergleich zu dem alten deutschen Bund) kann ich das Resultat des jetzigen Krieges mein Ideal nennen. Mein Ideal wäre ein deutsches Reich gewesen, in welchem das Recht aller deutschen Völker auf Reichseinheit volle Befriedigung gefunden hätte, in welchem auch das alte deutsche Kaiserhaus mit seinen alten deutschen Volksstämmen einen Platz erhalten hätte. Ein in dynastischem Interesse verstümmeltes deutsches Reich ist nicht mein Ideal. — Wenn auch das jetzige deutsche Reich nicht mein Ideal ist, so hindert mich das nicht, es nicht nur dem deutschen Bunde, sondern auch dem alten deutschen Reiche in seinen letzten Zeiten vorzuziehen. Ich betrachte es nämlich als eine bedeutende Abschlagszahlung, welche dem Rechte des deutschen Volkes, eine ein-

zige große Nation zu bilden, durch die Gründung desselben geleistet worden ist."[157]

Dalwigk machte aus seiner Abneigung gegen die nationalliberalen Bestrebungen von jeher kein Hehl. Im Januar und Februar erwog er nun den Gedanken, die hessischen Reichstagswahlkreise anders einzuteilen, unter anderen auch die südlichen Teile des Kreises Oppenheim vom Kreise Mainz abzutrennen und dafür den Wahlkreis Bambergers durch einige rheinabwärts gelegene Ortschaften zu ergänzen, was nicht geringeres bedeutete als die Niederlage Bambergers, der schon an sich mit einer starken katholischen und einer kleinen demokratischen Minderheit zu kämpfen hatte, welche bei den Zollwahlen beinahe die Kandidatur Dumont zum Siege geführt hätten. Aller Wahrscheinlichkeit nach waren ähnliche Abrundungen ins Auge gefaßt im Kreise Erbach-Bensheim, dem die katholischen Ortschaften des rechtsrheinischen Kreises Heppenheim, die dem Wahlkreise Worms angehörten, zur Sicherung der Kandidatur des Freiherrn von Gagern zugeteilt werden sollten. Formell war der Minister zum Vorschlag einer solchen Änderung berechtigt — in Württemberg wurde eine Neueinteilung der Wahlkreise auch anstandslos durchgeführt, — so aber wie die Wahlkreisabrundung geplant war, richtete sie sich zu offensichtlich gegen die hessische Fortschrittspartei. Der für sein Mandat besorgte Bamberger schrieb sofort über die Pläne Dalwigks an Bennigsen[158] und begann unter dem Titel „Warnende Exempel" in Eingesandts im „Mainzer Anzeiger" einen Feldzug gegen das Ministerium Dalwigk, das er auch in seinen Versammlungen der offenen Unterstützung der katholischen Volkspartei bezichtigte. Durch Bennigsen wird wohl Bismarck von Dalwigks Absichten erfahren haben. Jedenfalls vertrat der Kanzler die Interessen der Nationalliberalen gegenüber Dalwigk und protestierte gegen die geplante Änderung der hessischen Wahlkreise.[159] Es half nichts, daß Dalwigk in einem Schreiben an Hofmann vom 17. Februar 1871 auf die ungleiche Behandlung hinwies, die Hessen, Württemberg und Baden in der Frage der Wahlkreisänderung erfahren hätten. Auch Hofmann war über das Vorgehen Bismarcks nicht erfreut und begrüßte es nicht, daß der Kanzler die Geschäfte einer parlamentarischen Partei gegenüber einer Bundesregierung besorgte.[160] Man vermag sich das Verhalten Bismarcks in dieser

[157] Ausgew. Schriften, p. 142.

[158] Deutsche Revue, XVII p. 197.

[159] In einem Schreiben an Dalwigk vom 8. Februar 1871 hatte Legationsrat Hofmann die Meinung ausgesprochen, daß die Rücksicht auf die nationalliberale Partei den Bundeskanzler bewogen habe, sich gegen die geplante Wahlkreiseinteilung zu wenden.

[160] Am 21. Februar 1871 schreibt Hofmann an Dalwigk: „Es ist übrigens nicht das erstemal, daß ich die Erfahrung mache, wie geneigt man hier ist, den Wünschen der nationalliberalen Partei auf Kosten der Regierungen der kleineren Staaten nachzugeben. Man braucht eben diese Partei, um der Majorität

Frage nicht anders zu erklären, als durch seine persönliche Erbitterung gegen Dalwigk, dessen Vorgehen in dieser Frage er als eine Fortsetzung der alten, preußenfeindlichen Umtriebe des Ministers betrachten mußte. Der preußische Minister und Bundesratsbevollmächtigte Delbrück lehnte es, als Hofmann um den 20. Februar nochmals mit seinen Abänderungsvorschlägen hervortrat, ab, im Bundesrate auf eine Diskussion der Wahlkreisfrage einzugehen. Wenn Hofmann trotzdem die Sache im Bundesrate reproduziere, so werde er die preußischen Stimmen gegen die hessischen Vorschläge abgeben.[161]

So ging der Wahlkampf ohne die Einwirkung der hessischen Regierung vonstatten und auch die liberal-konservative Partei, das Gebilde, womit Dalwigk bei den Landtags- und Zollwahlen die Fortschrittspartei bekämpft hatte, verschwand allmählich von der Bildfläche. Die Elemente, die in ihr vereinigt waren, zogen sich teils grollend zurück, wie es Dalwigk selbst noch im Frühjahr tat, teils lösten sie sich auf in anderen festgeschlossenen Parteigruppen. Ihre Anhänger gingen, sofern sie warme Freunde des neuen Reiches wurden, ins nationalliberale Lager über, teils verstärkten sie die Reihen der katholischen Volkspartei. Die Kandidaturen Heinrich von Gagerns in Erbach und Bingen und des Herrn von Biegeleben in Worms entsprachen der Kandidatur des Domkapitulars Moufang in Mainz. Es gab eigentlich von allen hessischen Wahlkreisen nur in einem einzigen eine liberal-konservative Kandidatur, die des Hofgerichtsadvokaten Hallwachs in Darmstadt, welche gegenüber der Fortschrittspartei kläglich Schiffbruch litt. Die Reichstagswahlen am 3. März brachten fraglos einen großen Erfolg der letzteren. In Darmstadt siegte der Nationalliberale Hofmann, in Alzey wurde Metz mit großer Majorität gewählt, in Offenbach Dernburg in einer Stichwahl gegen die Großdeutschen, in Friedberg-Büdingen gewannen die Nationalliberalen den Sitz des Kammerpräsidenten Buff, in Worms unterlag Staatsrat von Biegeleben gegen den Kreisrat Pfannebeker, der der Fortschrittspartei nahestand. Eine mehr konservative Richtung, die in Oberhessen auf agrarischer Grundlage erwachsen war, siegte in zwei Kreisen. In Gießen wurde Freiherr von Rabenau gewählt, in Alsfeld-Lauterbach Graf Solms-Laubach gegenüber dem nationalliberalen Kandidaten, dem Professor Oncken, beide Abgeordnete waren Freunde des Reiches, und sie suchten im Reichstage Fühlung zu gewinnen mit den Konservativen anderer deutscher Länder. Empfindlich für Regierung und katholische Volkspartei war vor allem die Niederlage Heinrich von Gagerns in zwei

---

im Reichstage sicher zu sein, während man im Bundesrate ohnehin auf die Majorität zählen kann und deshalb die Opposition eines oder des anderen Staates im Bundesrat weniger fürchtet, als die Opposition der Nationalliberalen im Reichstag." (D. Rev., 1912, III p. 340.)

[161] Brief Hofmanns an Dalwigk, vom 24. Februar 1871, D. Rev., III p. 341.

Wahlkreisen, er konnte weder in Rheinhessen gegen Metz noch in Erbach-Bensheim, wo er allerdings nur um wenige Stimmen in der Minderheit blieb, zum Siege gelangen. Auch in dem vielumstrittenen Mainz behielt Bamberger, wenn auch nur mit knapper Mehrheit gegenüber Dr. Moufang, sein Mandat. Charakteristisch für die Wahlen ist das Unterliegen der demokratischen Richtung, die noch Anfang 1870 großen Anhang gewonnen hatte und in ihrer Presse, dem „Mainzer Wochenblatt", der „Frankfurter Zeitung" und den „Volksblättern", für die Einführung des Milizsystems eingetreten war. Ihr Führer Dumont, der noch 1868 Bambergers gefährlichster Gegenkandidat gewesen war, vereinigte in Mainz nur eine geringe Stimmenzahl auf sich, die Partei verlor ihr wichtigstes Organ, die „Volksblätter", das sich jetzt in eine parteilose Tageszeitung umwandelte. Die Wahlen hatten samt und sonders gegen die jetzige Kammermehrheit entschieden, und Dalwigk mußte die heftigste parlamentarische Gegnerschaft erwarten, wenn er mit der im Frühjahr 1872 neuzuwählenden Kammer arbeiten wollte.

Jahrelang hatte der Minister unter den schwierigsten Verhältnissen seinen Posten behalten und ihn, wenn auch nicht immer mit Glück, so doch mit Geschick ausgefüllt. Jetzt aber ging es nicht mehr länger. Zu der Opposition im Lande gesellte sich die unmögliche Stellung, die der Leiter des hessischen Staats zu Bismarck und dem Reiche einnahm. Durch sein unglückliches Experiment bei den Reichstagswahlen hatte er die Aufmerksamkeit des Kanzlers, der ihn schon seit Jahren mit Mißtrauen betrachtete, erneut auf sich gezogen. Hierin wird auch wohl die Veranlassung für seinen Sturz zu suchen sein. Das Mißtrauen, welches Bismarck gegen Dalwigk hatte, zeigte sich auch darin, daß die hessischen Vertreter zu Versailles im Gegensatz zu allen anderen beteiligten Ministern bei den Ordensverleihungen aus Anlaß der Versailler Verträge übergangen wurden.[162] Nachdem Bismarck zu der Meinung gekommen war, daß Dalwigk auch im neuen Reiche seine Opposition gegen Preußen fortsetzte, erstrebte er mit Energie die Absetzung seines alten Gegners. Dalwigk kannte wohl die Abneigung, welche ihm Bismarck entgegenbrachte und hatte wohl das Gefühl, daß sein persönliches Erscheinen bei den Sitzungen des Bundesrats in Berlin nicht erwünscht sei. Am 11. Februar 1871 wurden daher außer dem Legationsrat Hofmann die Obersteuerräte Ewald und Göring zu Vertretern Hessens beim Bundesrate ernannt. Daß Dalwigks Auftreten vor dem Reichstag nach seiner ganzen politischen Vergangenheit kein glückliches sein werde, empfand deutlich der hessische Gesandte zu Berlin. Er legte es Dalwigk nahe,

[162] Am 27. März 1871 schreibt Hofmann an Dalwigk: „. . . . ich weiß positiv, daß von Bismarck zu Personen seiner Umgebung geäußert hat, es sei ihm mit Rücksicht auf die frühere politische Haltung E. E. unmöglich, bei Sr. Majestät dem Kaiser auf Verleihung eines preußischen Ordens für E. E. anzutragen." (D. Rev., 1912, III p. 344.)

im Gegensatz zu den Ministern der übrigen Südstaaten von der Reichshauptstadt fernzubleiben.[163]

Zur selben Zeit entwickelte sich aber auch in der Öffentlichkeit ein wahrer Sturm gegen das fernere Verbleiben Dalwigks in seinem Amte. Das Verbot der Volksversammlung im Juli 1870, die bekannte Preußenfeindlichkeit des Ministers, unverbürgte Gerüchte von seiner Hinneigung zu Frankreich wurden vorzugsweise in der nationalliberalen Presse gegen ihn verwertet. Neben der Darmstädter „Mainzeitung" verlangte vor allem seine alte Feindin, die „Kölnische Zeitung", stürmisch seine Abberufung.[164] Auch aus mehr konservativ gerichteten Kreisen, in der „Posener Zeitung" und den „Preußischen Jahrbüchern", wurde der Ruf laut, daß dieser Minister unbedingt zurücktreten müsse. Letztere schrieben im Märzheft von 1871 die für das allgemeine Interesse an dem „Fall Dalwigk" äußerst charakteristischen Worte: „Das fernere Verbleiben von Dalwigks in seinem Ministeramte ist jetzt noch weit weniger wie früher eine bloß hessische Frage, es geht ganz Deutschland an." Preußische Behörden warnten öffentlich vor der Wahl des Domkapitulars Dr. Moufang, der sich auch in Mayen-Ahrweiler zur Wahl gestellt hatte, mit dem Hinweis auf Dalwigks Stellung. So veröffentlichte der preußische Landrat Dr. Delius in der „Andernacher Zeitung" vom 26. März eine amtliche Bekanntmachung, in der er zur Wahl des Domprobstes Holzer in Trier gegenüber Dr. Moufang aufforderte, welcher letztere „als Anhänger des bekannten preußenfeindlichen Ministers von Dalwigk, der lieber von Frankreich als von Preußen das Heil Deutschlands erwarten wollte", bekannt sei.

Als der Minister trotz der öffentlichen Kritik immer noch in seinem Amte blieb, griff Bismarck zu dem Mittel, das ihm zur Ent-

[163] Am 12. März 1871 rät Hofmann Dalwigk ab, persönlich im Bundesrate zu erscheinen, so erwünscht es ihm selbst auch sein müßte, im Kampfe mit den Herren Metz und Genossen Unterstützung zu haben.

[164] Am 16. Februar 1871, Nr. 47, brachte die „Kölnische Zeitung" folgenden, aus Darmstadt datierten Artikel: „Die Begeisterung für die Idee der deutschen Einigung, welche durch den Krieg mit Frankreich in allen Teilen Deutschlands hervorgerufen wurde, ist auch hier, wie im ganzen Großherzogtum, so mächtig hervorgetreten, daß selbst die bisherigen Gegner dieser Idee zum Schweigen gebracht wurden. Sie schweigen, aber sie sind die Unverbesserlichen, welche nach Wiederherstellung des Friedens ohne Zweifel mit ihren antinationalen Bestrebungen wieder hervortreten und die Weiterentwicklung im Bunde mit den Gleichgesinnten in anderen deutschen Mittelstaaten aufzuhalten versuchen werden. Wir müssen zu diesen Männern nach den hier hervortretenden Wahrnehmungen unbedenklich den Freiherrn von Dalwigk rechnen, trotzdem er sich zu dem Vertrage von Versailles bequemt hatte. Dahin gehört ferner der Vorstand der hessischen Justiz, Geheimerat Franck. Seine ultramontane und preußenfeindliche Gesinnung ist hier hinlänglich bekannt. In dieser Richtung haben ihn seine Anstellungen und Beförderungen genugsam gekennzeichnet. Wenn Darmstadt nicht die Veranlassung zu Hemmungen in der neuen Entwicklung der Dinge geben und dadurch Differenzen hervorrufen soll, so müssen diese Männer und ihr Einfluß auf die Leitung der Geschäfte und die Auswahl der Beamten beseitigt werden."

fernung des alten Preußenfeindes, von dessen politischer Gewandtheit er innere Schwierigkeiten erwartete, am dienlichsten schien, zu dem Dokumente von Cercay. Die Benutzung des d'Astorgschen Briefes gegen Dalwigk geschah indessen in schonendster Weise, wohl um bei dem Darmstädter Hofe den Schein zu vermeiden, als übe man von Berlin aus einen Druck auf die Politik Hessens. Zunächst wies am 20. März 1871 ein nicht von Darmstadt, sondern von Berlin datierter Artikel der „Kölnischen Zeitung" auf die frühere franzosenfreundliche Stellung des Ministers hin. Der Schluß des Artikels, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach auf Bismarcks Geheimsekretär Busch zurückgeht,[165] enthält in der Wendung von den Dingen, „welche geplant, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind", einen zunächst nur für Dalwigk erkennbaren, deutlichen Hinweis auf seine Unterredung mit d'Astorg, auf sein Bestreben, für Frankreich durch den Eintritt Südhessens im Jahre 1867 einen Kriegsgrund gegen Preußen zu schaffen.[166] Ferner aber ließ Bismarck zu Ende März dem hessischen Gesandten in Berlin, dem Herrn Hofmann, mitteilen, daß zu Cercay ein Brief d'Astorgs gefunden worden sei, der Dalwigks

[165] Die Annahme, daß auch dieser Artikel auf Busch zurückgeht, wird gestützt durch die Tatsache, daß Busch am 5. Juli nochmals einen Artikel über die Darmstädter Verhältnisse im Auftrage seines Chefs schrieb. Vgl. gegen Ende des Kapitels. Dadurch, daß man den Artikel von Berlin und nicht von Darmstadt aus datierte, gab man Dalwigk einen Wink, daß die leitenden Kreise des Reiches auf ihn aufmerksam geworden seien.

[166] Der Artikel lautet: „Aus dem Großherzogtum Hessen gelangen fortwährend die lebhaftesten Beschwerden hierher über das Verhalten des Ministers Dalwigk und seines Geheimerates Franck, welcher als seine rechte Hand und als noch weit mehr als das bezeichnet wird, und der — das scheint in der Tat außer Zweifel zu stehen — der Zentralpunkt aller dortigen ultramontanen Bestrebungen ist, was seine Wirkung in der ganzen Staatsmaschine, zunächst aber, da Franck die Funktionen eines Justizministers übt, auf dem Gebiete der Rechtspflege äußert. Franck ist unzweifelhaft ein Mann von Verstand und von Kenntnissen; dabei hat er dieselbe Hartnäckigkeit und Geflissenheit in personalibus wie weiland in Preußen der Justizminister Graf zur Lippe. Herr von Dalwigk war von jeher die Seele der antizollvereinlichen und aller antideutschen Bestrebungen der weiland sogenannten „Würzburger Regierungen". Im Jahre 1866 stand er an der Spitze der Preußenfresser. Als man in der Darmstädter Kammer mit Entrüstung hervorhob, in Württemberg sei der Ausdruck gefallen: ‚Lieber französisch als preußisch!' sagte Dalwigk, nun, das sei denn doch eigentlich weiter gar nichts als eine nicht recht korrekte Art, den an sich wohlbegründeten Abscheu wider das Hohenzollernsche Regiment kundzutun. Im Juli 1870, nachdem der Krieg unzweifelhaft und die Mobilmachung auch der Großherzoglichen hessischen Truppen schon verfügt und im Vollzuge begriffen war, erfolgte in Darmstadt das Verbot einer zur Weihung der nationalen Begeisterung ausgeschriebenen Volksversammlung. ‚Man darf die Franzosen nicht böser machen, als sie schon sind', und ‚sie stehen schon im Breisgau', hieß die offizielle Motivierung. Seitdem hat von Dalwigk seine Stellung nicht geändert. Er hat Verpflichtungen auf sich, welche ihm dies unmöglich machen und ihm zugleich den Rücktritt außerordentlich erschweren, namentlich den plötzlichen und unvorbereiteten Rücktritt, der Dinge hinterläßt, welche geplant, aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Aber, kann das die Beibehaltung eines Ministers rechtfertigen, dessen Person ein lebendiger Protest gegen Kaiser und Reich ist."

Hinneigung zu Frankreich für die Zeit vor 1870 beweise. In dem schon mehrfach erwähnten Briefe vom 27. März berichtete Hofmann diese Mitteilung an Dalwigk und hierdurch dürfte der Minister Kenntnis davon erhalten haben, daß sich jenes Aktenstück in den Händen Bismarcks befand.

Diese Einwirkungen werden es wohl gewesen sein, die den Minister bewogen, am 1. April 1871 um seine Entlassung einzukommen. Innere Schwierigkeiten, wie der mit dem zunehmenden Alter des Großherzogs wachsende Einfluß des Prinzen Ludwig und das Herannahen des Kulturkampfes, der die Verbindung zwischen der Regierung mit dem Bischof von Mainz zu lockern drohte, dürften erst in zweiter Linie eine Rolle gespielt haben. „Das Zeugnis aufrichtiger Vertragstreue", sagt Dalwigk in seinem Entlassungsgesuch, „darf ich für mich in Anspruch nehmen. Es war für mich eine hohe Genugtuung, von Ew. Kgl. Hoheit zu dem Abschluß der Versailler Stipulationen, welche bestimmt sind, Deutschland eine neue und glänzende Zukunft zu bereiten, bevollmächtigt worden zu sein. Dagegen scheint es an dem Vertrauen, dessen ich zu einer ersprießlichen Dienstleistung bedarf, in den maßgebenden Kreisen der Bundesregierung zu fehlen."[167] Sein Gesuch wurde genehmigt, am 11. April 1871 brachte die „Darmstädter Zeitung", in deren Redaktion schon am 1. April ein Wechsel eingetreten war, die Mitteilung, daß der Ministerpräsident „Dr. Reinhard Carl Friedrich Freiherr von Dalwigk zu Lichtenfels auf sein Nachsuchen und unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner langjährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstführung" in den Ruhestand versetzt worden sei. Auch nach seinem Rücktritt nahm Dalwigk eine geachtete Stellung ein. Für die höheren gesellschaftlichen Kreise Darmstadts blieb sein gastfreies Haus nach wie vor der gesuchteste Vereinigungspunkt. Der Annahme, daß er auf direkten Wunsch Bismarcks zurückgetreten sei, widerspricht eine ausdrückliche offiziöse Erklärung, die auf die Freiwilligkeit seines Rücktritts hinwies.[168] Bismarck hat aller Wahrscheinlichkeit nach die möglichste Schonung der hessischen Souveränität walten lassen und ein förmliches Ersuchen auf den Rücktritt des Ministers in Darmstadt nicht gestellt. Der Hinweis auf das Dokument von Cercay genügte ja auch, um zusammen mit anderen Zeichen des Mißtrauens den Sturz Dalwigks zu veranlassen.

Der Charakter des gestürzten Mannes ist sicherlich nicht makellos gewesen. Die Mittel, die er zur Erreichung seiner politischen

---

[167] Erinnerungsblätter an Freiherrn v. Dalwigk, p. 104.

[168] In der „Kölnischen Zeitung" vom 13. April und dem „Mainzer Journal" vom 10. April ist diese Erklärung abgedruckt: „Der Rücktritt des Herrn von Dalwigk ist ein entschieden freiwilliger und ist nicht, wie dieses unsere Nationalliberalen glauben machen möchten, auf einen Wunsch von Berlin erfolgt. Diese Kombination wird durch die Ernennung des Herrn von Bechtold genügend widerlegt."

Zwecke benutzte, verdienen die schärfste Verurteilung. Es gibt ein merkwürdiges Schauspiel, wenn man sieht, wie inmitten einer Zeit großer nationaler Erhebung der Minister eines deutschen Staates sich der Zeiten deutscher Knechtschaft erinnerte und von Frankreich Hilfe und Rettung begehrte gegenüber dem Staat, von dem die Reorganisation Deutschlands ausging. Man muß sich aber auch bei der Beurteilung der Handlungsweise des Ministers vor Augen halten, daß er seine große politische Rolle zur Zeit des deutschen Bundes gespielt hatte, in dem die Bedeutung der deutschen Mittelstaaten weit über ihre tatsächlichen Machtverhältnisse hinausging. Sein Heimatland liebte er mit warmem Herzen und sein eigentliches Streben in der „Würzburger Politik" ging ja dahin, ihm alte Bedeutung und Stellung in Deutschland wiederzugewinnen. Seinen Plan, ein Königreich Hessen zu errichten, mußte er aufgeben, nachdem Preußen im Jahre 1866 die Hand auf den Besitz der Kasseler Linie gelegt hatte. Von nun an wurde seine alte Abneigung gegen Preußen, das ihm schon von jeher zu stark erschienen war, zu glühendem Haß, und sein politisches Ziel wurde die Koalition des alten deutschen Kaiserhauses, das er warm verehrte, mit der Großmacht jenseits des Rheins, um den unliebsamen norddeutschen Großstaat, der mit uralten Dynastien und Rechten aufgeräumt hatte, zu vernichten. In seinem Preußenhaß ging er auf, in ihm lebte und fühlte er, und die Mittel, die er ersonnen, ihn zu befriedigen, verheimlichte er vor seinen Kollegen und dem Auge der Welt. Man wird ihm die Anerkennung nicht versagen dürfen, daß er ein Mann von höchstem politischen Geschick und kluger Berechnung war, und auch auf der Seite seiner Gegner wußte man diese Eigenschaften zu würdigen.[169] Seit es ihm gelungen war, zusammen mit seinem Freunde Beust dem deutschen Bund eine Vertretung bei den Londoner Konferenzen zu gewinnen, hatte seine Politik in allen Mittelstaaten einen Kreis von Freunden, ja von Bewunderern, wie die 1881 von einem alten Diplomaten veröffentlichten „Erinnerungsblätter an Freiherrn von Dalwigk" beweisen. Aber vom deutschen Standpunkte aus, wie wir ihn jetzt auffassen, entschuldigt nichts die Verirrung seiner Gefühle, die ihn den Weg nach Frankreich suchen und finden ließ. Auch nach seinem Rücktritt schlug in seiner Brust ein warmes Herz für das deutsche Vaterland, wie er es erträumt hatte,[170] aber voll Ärger

[169] Nach seinem Rücktritt äußert sich z. B. eine Zuschrift an die „Allgemeine Zeitung" vom 14. April, p. 1803: „Er war denn doch ein Mann von unleugbarer staatsmännischer Begabung, erhaben über so manches Vorurteil und so manche Engherzigkeit, wie sie in politischen Kreisen kleinerer Staaten nur zu leicht chronisch werden, zumal in den Kreisen der höheren Bureaukratie."

[170] Am 12. November 1871 schrieb der Minister, einer natürlichen poetischen Veranlagung folgend, nachstehende Zeilen in das Stammbuch des Nürnberger Germanischen Museums:

„Du hast geblutet und gerungen,
Mein deutsches Volk, für Land und Herd;

grollte er dem Reiche, von dem er meinte, daß es den Bedürfnissen der Deutschen nach einem föderalistisch organisierten Staate nicht genügen werde. „Dalwigk war kein Partikularist in gewöhnlichem Sinne, sondern er war Föderalist." Dem mitunter sehr verherrlichenden Urteil des ungenannten Verfassers der „Erinnerungsblätter" wird man in dieser Anschauung vollkommen beipflichten müssen. In dieser politischen Grundstimmung war Dalwigk mit den übrigen Vertretern der hessischen Diplomatie, insbesondere mit Gagern und Biegeleben, völlig einig, wenn sie auch die politischen Mittel, deren er sich bediente, wenn sie dieselben gekannt hätten, nie gebilligt hätten.

Die Auffassung, daß mit Dalwigks Rücktritt eine vollständig neue Politik sofort in die Wege geleitet worden sei, ist falsch. Zum Präsidenten des Ministeriums wurde Ministerialrat Bechtold ernannt, der 1870 in Abwesenheit Dalwigks die Staatsgeschäfte geführt hatte und dem die Hauptschuld für das Verbot der nationalliberalen Volksversammlung zuzuschreiben ist. Die übrigen Minister und Staatsräte, die sich ebenso wie Bechtold und Dalwigk meist seit 1850 im Amte befanden, die Herren von Lindelof, von Schenck, von Rodenstein, von Biegeleben, Lehmann und Franck, wiesen ebenfalls von altersher eine große Harmonie der Anschauungen auf, so daß im Lande über die Homogenität dieses Ministeriums kein Zweifel bestehen konnte. In der Presse, besonders in der „Mainzeitung",

---

Nun, da der fremde Feind bezwungen,
Sei innenwärts dein Blick gekehrt.
Befrage dich, willst du dich wahren,
Daß Recht sich beuge der Gewalt
Und stürze, was seit tausend Jahren
Als rühmlich dir und heilig galt?
Willst du der Stämme alte Reinheit,
Der Bildung Hort, der Freiheit Gut
Vertauschen mit dem Reich der Einheit,
Das in der Zukunft Schoße ruht?
Willst du, daß freudig man vertraue
Dem Kaiser, was des Kaisers Recht,
Doch nicht, daß je in deutschem Gaue
Ein Land sei eines andern Knecht?
Willst Keinen du, der machtgeblendet
Stets Ja zu sagen ist bereit?
Willst du, daß der, den du gesendet,
Ein Nein auch hat zur rechten Zeit?
Und siehst du, was du willst, mit Klarheit,
Und folgt die Tat dem Willen gleich,
Dann schaffst, mein Volk, du erst in Wahrheit
Ein ächtes deutsches Bundesreich."
(Erinnerungsblätter, p. 143 u. 144.)

Im Januar 1872 sandte er an Hofmann, mit dem er immer noch in persönlichem Verkehr blieb, ein 1841 verfaßtes Antwortgedicht auf Alfred de Mussets Rheinlied, zweifellos von der Absicht geleitet, dem Gesandten, der von Dalwigks innerer Anhänglichkeit an Deutschland überzeugt war, einen neuen Beweis seines nationalen Empfindens zu geben. Vgl. D. Rev., 1912, III p. 348

wurde auch darauf hingewiesen.[171] Das neue Kabinett hatte denn auch in der Folge mit starker nationalliberaler Opposition zu kämpfen und konnte sich nicht länger als bis 1874 halten, wo es durch ein Ministerium Hofmann ersetzt wurde, das das Vertrauen der Fortschrittspartei genoß. Der alte Großherzog konnte sich noch nicht dazu verstehen, schon zu dem jetzigen Zeitpunkt mit den Erinnerungen des Jahres 1866 zu brechen und ein ausgesprochen preußenfreundliches Ministerium zu ernennen. Auch Heinrich von Gagern blieb vorderhand noch auf seinem Wiener Posten. Er war schon im Frühjahr um seine Entlassung eingekommen und gedachte sich dem politischen Leben Deutschlands als Abgeordneter zu widmen. Seine verschiedenen Kandidaturen gelangten aber nirgends zum Siege, und dieser Umstand veranlaßte ihn zusammen mit dem Wunsche des Großherzogs, auf seinem Posten zu bleiben, der für den Staat jetzt eigentlich unnötig geworden war. Im Landtage hatte man schon früher auf den dekorativen Charakter der hessischen Gesandtschaft zu Wien hingewiesen, und nach dem Frieden unternahm es auch Bismarck, das fernere Verbleiben eines hessischen Gesandten in Wien einer Kritik zu unterziehen. Er gab seinem Sekretär Busch die Unterlagen zu einem Artikel für die „Kölnische Zeitung", den dieser, aus Darmstadt datiert, am 5. Juli schrieb. Der Artikel geht darauf ein, daß, trotzdem die neuen Minister sich den Verhältnissen fügten, der Einfluß des Prinzen Alexander am Hofe eine Fortdauer der preußenfeindlichen Stimmung veranlasse. Der Prinz stehe mit den Wiener Kreisen in Verbindung, welche die deutsche Stellung des Hauses Österreich wiederherstellen wollten und übe eine Art Mitregentschaft aus. Trotzdem der Freiherr von Gagern entlassen werden wolle, habe man die Absicht, nach dessen Rücktritt die Gesandtschaft wieder zu besetzen, und zwar mit der Person des preußenfeindlichen Freiherrn von Biegeleben. Als Symptom der in den führenden Kreisen Hessens herrschenden Stimmung seien diese Dinge immerhin interessant, wenn sie auch infolge der geringen Macht des Landes nur komisch wirken könnten. Wenn man intrigieren wolle, könne man es mit und ohne Gesandtschaft. Diese Bemühungen hatten den Erfolg, daß der Gesandtschaftsposten nach dem Rücktritt Gagerns am 1. Januar 1872 nicht mehr besetzt wurde. Unter dem Druck der Verhältnisse mußten sich auch die dem Reiche abgeneigten Strömungen in Hessen wie in ganz Süddeutschland allmählich dazu bequemen, in dem neuen Reichskörper zu leben und mitzuwirken, die Nachteile, die er, wie es schien, brachte, mit in Kauf zu nehmen und von seinen Vorteilen Nutzen zu ziehen. Niemand konnte sich, er mochte wollen oder nicht, auf die Dauer davon ausschließen, Mitarbeit für die Gesamtheit zu verrichten, so groß erwies sich im Laufe der Jahre das

[171] Die „Mainzeitung" schreibt z. B. am 13. April: „Der Minister Dalwigk ist gefallen, das Ministerium Dalwigk ist geblieben."

Werk Bismarcks. Heinrich von Gagern, der, wie so viele Politiker seiner Generation, nach dem Jahre 1859 aus einem Freund ein Gegner Preußens geworden war, soll sogar in den letzten Jahren seines Lebens eine wahre Freude am Reiche empfunden haben.[172]

Ein weiterer Schritt zur engeren Verbindung mit Preußen, den Hessen im Laufe des Jahres 1871 tun mußte, war der Abschluß einer neuen Militärkonvention. Der Vertrag überträgt die Ernennung der Offiziere, die in einem Revers dem Großherzog versprechen müssen, sein und des Landes Wohl zu fördern, an den König von Preußen. Die Abzeichen und Fahnen der Regimenter werden weitergeführt. Die hessischen Truppen, über die der Landesherr die Rechte eines kommandierenden Generals ausübt, bilden eine geschlossene Division innerhalb der preußischen Armee und dürfen in Friedenszeiten nur vorübergehend und in gewissen Fällen aus dem Lande verlegt werden.

Am 6. Juli 1871 wurde diese Konvention von der Zweiten Kammer angenommen. Der Widerstand war stärker als bei den Versailler Verträgen, die Ende Dezember 1870 zur Beratung gestanden hatten, es kam knapp die zur Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit mit 27 gegen 11 Stimmen zustande. „Die Militärkonvention," sagte der dagegenstimmende Staatsrat und Abgeordnete von Biegeleben, „ist eine Etappe zum Einheitsstaat und der Einheitsstaat das Grab des deutschen Geistes." In der ersten Kammer sprach man sich ebenfalls gegen den Vertrag gründlich aus; die Mehrheit stand auf dem entgegengesetzten Standpunkt des Prinzen Ludwig, der die Konvention verteidigte, stimmte aber schließlich, wie so oft seit dem Jahre 1866, doch zu, weil etwas anderes als die Zustimmung gar nicht möglich war. Am 1. Januar 1872 trat diese Konvention, durch die eine Zeit langen und unerquicklichen Streites ihren Abschluß fand, in Kraft. Sie bildete zugleich nicht nur für Hessen, sondern auch für ganz Süddeutschland das letzte Glied in der Kette jener „Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum", die ihren Höhepunkt und Austrag gefunden hatten in den Verhandlungen zwischen Bismarck und den Vertretern der süddeutschen Staaten zu Versailles.

---

[172] Ludwig Pastor, Leben des Freiherrn Max von Gagern, p. 435.

Lebenslauf.

Ich, Ernst Götz, wurde am 14. Februar 1892 als Sohn des Großh. Hofkutschers Peter Götz in Darmstadt geboren. Von Ostern 1898 bis Ostern 1901 besuchte ich die Knabenmittelschule zu Darmstadt und trat dann in das Realgymnasium zu Darmstadt ein. Die Reifeprüfung bestand ich an derselben Anstalt im Frühjahr 1910. Darauf studierte ich vom 21. April 1910 bis 28. Juli 1911 an der Universität München Deutsch, Geschichte und Philosophie. In dem ersten Fache hörte ich die Vorlesungen der Professoren Dr. Paul, Dr. Muncker und Dr. v. d. Leyen. Ferner besuchte ich die historischen Vorlesungen der Professoren Dr. Grauert, Dr. v. Heigel und Dr. Simonsfeld. Die Geschichte der Philosophie hörte ich in München bei den Professoren Dr. Schneider und Güthler. Ferner beteiligte ich mich an den von Herrn Professor Dr. Drerup abgehaltenen griechischen Elementarkursen.

Vom 25. Oktober 1911 ab studierte ich an der Universität Straßburg. Dort beteiligte ich mich an wissenschaftlichen Übungen, welche die Vertreter meiner Fächer abhielten. Aus den Seminarübungen von Professor Dr. Wiegand schöpfte ich die Anregung zu meiner Arbeit. Ich besuchte in Straßburg die Vorlesungen der Professoren Dr. Wiegand, Dr. Neumann und Dr. Spahn. In Philosophie hörte ich Professor Dr. Baeumker und Professor Dr. Störring.